



93. Sitzung

Wiesbaden, den 31. Januar 2006

	Seite		Seite
Amtliche Mitteilungen	6429	66. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der FDP betreffend Privatisierung des Uniklinikums Gießen und Marburg sichert und stärkt die Hochschulmedizin	
<i>Entgegengenommen</i>	6433	– Drucks. 16/5183 zu Drucks. 16/4968 –	6434
Präsident Norbert Kartmann	6429, 6433	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i>	6464
80. Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Januar-Arbeitslosenzahlen zeigen: Die Hessische Landesregierung steht vor dem Scherbenhaufen ihrer Wirtschaftspolitik		67. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend unsinnigen Verkauf des Universitätsklinikums Gießen und Marburg stoppen	
– Drucks. 16/5217 –	6429	– Drucks. 16/5184 zu Drucks. 16/4973 –	6434
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i>	6433	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i>	6464
Tarek Al-Wazir	6429	68. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Verkauf des Universitätsklinikums Gießen und Marburg schafft Risiken für Wissenschaftsfreiheit und Krankenversorgung	
Axel Wintermeyer	6429, 6432	– Drucks. 16/5185 zu Drucks. 16/5000 –	6434
Jürgen Walter	6430	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i>	6464
Jörg-Uwe Hahn	6431	69. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der CDU betreffend Zukunftsfähigkeit des Uniklinikstandorts Gießen-Marburg ist gesichert	
Präsident Norbert Kartmann	6431, 6433	– Drucks. 16/5186 zu Drucks. 16/5002 –	6434
Frank-Peter Kaufmann	6432	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i>	6465
Reinhard Kahl	6433	Minister Udo Corts	6434
58. Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Landesregierung betreffend Privatisierung des Universitätsklinikums Gießen und Marburg; Veräußerung eines Teilgeschäftsanteils in Höhe von nominal Euro 475.000 an der Universitätsklinikum Gießen und Marburg GmbH, mithin 95 % des Stammkapitals der Gesellschaft, an die Rhön-Klinikum Aktiengesellschaft mit Sitz in Bad Neustadt/Saale		Dr. Thomas Spies	6439, 6448, 6458
– Drucks. 16/5187 zu Drucks. 16/5078 –	6433	Ministerpräsident Roland Koch	6445
<i>Beschlussempfehlung angenommen</i>	6464	Sarah Sorge	6449
46. Antrag der Fraktion der FDP betreffend Privatisierung der Uniklinik Gießen und Marburg		Nicola Beer	6453, 6464
– Drucks. 16/5146 neu –	6433	Dr. Christean Wagner (Lahntal)	6457
<i>Angenommen</i>	6464	Thorsten Schäfer-Gümbel	6461
65. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend Privatisierung des Uniklinikums Gießen und Marburg sichert und stärkt die Hochschulmedizin		Frank-Peter Kaufmann	6462
– Drucks. 16/5182 zu Drucks. 16/4879 –	6433	Vizepräsident Ruth Wagner	6464, 6465
<i>Beschlussempfehlung angenommen</i>	6464		

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann
Vizepräsidentin Ruth Wagner

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch
Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Hessen
beim Bund Jochen Riebel
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar
Minister der Justiz Jürgen Banzer
Kultusministerin Karin Wolff
Minister für Wissenschaft und Kunst Udo Corts
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dr. Alois Rhiel
Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz Wilhelm Dietzel
Sozialministerin Silke Lautenschläger
Staatssekretär Dirk Metz
MinDirig Günter Kunz
Staatssekretär Dr. Walter Arnold
Staatssekretär Dr. Thomas Schäfer
MinR Hans-Jörg Gudenau
Staatssekretär Prof. Dr. Joachim-Felix Leonhard
Staatssekretär Bernd Abeln
Staatssekretär Gerd Krämer

Abwesende Abgeordnete:

Frank Lortz

(Beginn: 14.03 Uhr)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 93. Plenarsitzung des Hessischen Landtags und heiße Sie herzlich willkommen. Ich stelle zunächst fest, dass das Haus beschlussfähig ist. – Dem wird nicht widersprochen.

(Unruhe)

– Darf ich auch auf den hintersten Stehplätzen um Aufmerksamkeit bitten?

(Aloys Lenz (CDU): Diskriminierung, Herr Präsident!)

– Wieso? Die sehen doch viel besser als ihr.

Noch offen sind die Punkte 46, 58 und 65 bis 69, die wir heute vereinbarungsgemäß besprechen wollen. Wir tagen bis zur Erledigung dieser Tagesordnung.

Meine Damen und Herren, heute eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein **Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Januar-Arbeitslosenzahlen zeigen: Die Hessische Landesregierung steht vor dem Scherbenhaufen ihrer Wirtschaftspolitik, Drucks. 16/5217**. Zunächst einmal frage ich, ob die Dringlichkeit bejaht wird.

(Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

– Entschuldigung, ich frage erst einmal nur nach der Dringlichkeit. – Wird die Dringlichkeit abgelehnt? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag erst einmal auf der Tagesordnung. Jetzt wollen wir sehen, wann er aufgerufen wird.

Herr Kollege Al-Wazir, bitte.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben heute Morgen mit Sperrfrist 9.55 Uhr die neuesten Arbeitslosenzahlen in Hessen auf den Tisch bekommen. Nach Auffassung meiner Fraktion wäre es angesichts solch dramatischer Zahlen angebracht gewesen, dass die Regierung von sich aus

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Zurücktritt!)

einmal überlegt, wie sie auf eine solch dramatische Situation zu reagieren gedenkt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Das ist wohl lächerlich, was Sie da vortragen!)

Wir haben einen Dringlichen Antrag eingereicht, und wir glauben, dass es an der Zeit ist, dass wir jetzt und an dieser Stelle, vor dem Tagesordnungspunkt „Privatisierung der Universitätskliniken“, diese dramatische Situation auf dem hessischen Arbeitsmarkt diskutieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU)

– Ich weiß gar nicht, warum die Kolleginnen und Kollegen der CDU sich so aufregen.

(Michael Boddenberg (CDU): Die größten Arbeitsplatzvernichter, ungeheuerlich!)

Vielleicht haben Sie es noch nicht mitbekommen, Herr Boddenberg: Wir haben noch nie in der Geschichte des Landes Hessen eine Arbeitslosenquote von mehr als 10 % gehabt. Seit heute Morgen haben wir sie. Wir haben noch nie in der Geschichte des Landes Hessen mehr als 300.000 Menschen ohne Arbeit gehabt. Seit heute Morgen – –

(Zurufe von der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege Al-Wazir, die Dringlichkeit ist bereits bejaht, sie muss nicht mehr begründet werden. Es geht um die Frage, wann der Antrag beraten wird, um nicht mehr. – Sie haben das Wort.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, wir sind bei der Tagesordnung. Wenn wir diesen Antrag heute nicht besprechen würden, würde er erst irgendwann im nächsten Monat besprochen. Deswegen begründe ich für meine Fraktion, warum wir der Meinung sind, dass dieser Tagesordnungspunkt jetzt sofort auf die Tagesordnung gehört.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Regierungsfraktion, es müsste auch in Ihrem Interesse sein, dass wir jetzt sofort und hier bereden, warum uns Rheinland-Pfalz inzwischen überholt hat und warum sich inzwischen sogar das Saarland anschickt, das Land Hessen in der Arbeitslosenquote zu überholen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört! Unglaublich! – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU) – Volker Hoff (CDU): Die größten Auspendlerzahlen!)

Deswegen meinen wir, dass wir den Antrag jetzt an dieser Stelle besprechen sollten. Eigentlich müsste ein Wirtschaftsminister, der etwas auf sich hält, von sich aus zu dem jetzigen Tagesordnungspunkt das Wort ergreifen. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Herr Kollege Wintermeyer.

Axel Wintermeyer (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Diese Geschäftsordnungsdebatte ist die Folge davon, dass der Hessische Rundfunk heute live überträgt.

(Beifall bei der CDU)

Das gilt auch für den Antrag, den Sie gestellt haben. Mit dem Antrag wird auf dem Rücken der Arbeitslosen Klamauk gemacht. Herr Al-Wazir, die dramatische Situation, die Sie ansprechen, ist die Tatsache, dass Sie – Sie waren an der rot-grünen Bundesregierung über sieben Jahre beteiligt – dafür verantwortlich sind, dass die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik so gestiegen ist.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Herr Al-Wazir, Sie wissen, dass die Arbeitslosigkeit in Hessen unter dem Bundesdurchschnitt gestiegen ist. So viel zur Dringlichkeit.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Saarland gehört nicht zur Bundesrepublik? Rheinland-Pfalz gehört nicht zur Bundesrepublik?)

Sie wissen, dass Hessen nach Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz die viertniedrigste Arbeitslosenquote in Deutschland hat.

(Beifall bei der CDU)

Sie wissen auch, dass wir ein Dienstleistungsstandort sind, der von den Arbeitslosenzahlen besonders stark betroffen ist.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Arbeitslosigkeit liegt bei 10 %, weil so viele Pendler entlassen wurden?)

Wir gehen davon aus, dass wir den Antrag am Ende der Tagesordnung behandeln werden, die wir insgesamt festgelegt haben – das wird Punkt 80 sein –, und im nächsten Plenum in Ruhe darüber debattieren können, damit wir auch die Verantwortlichkeit für die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik und damit auch in Hessen feststellen können. Das war nämlich die rot-grüne Bundesregierung.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege Walter für die SPD-Fraktion.

Jürgen Walter (SPD):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Landesregierung ist der größte wirtschaftspolitische Versager in der gesamten Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in diesem Hause haben dies bereits in den letzten Monaten mehrfach angemahnt und uns auf die Zahlen berufen. Mittlerweile sind wir mit den Arbeitslosenzahlen auf einem historischen Höchststand.

(Michael Boddenberg (CDU): 50.000 kommen aus Rheinland-Pfalz hierher, Herr Walter!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, was mich anhand dieser Zahlen am meisten irritiert, ist der blanke Zynismus, mit dem die CDU in diese Debatte einsteigt, nämlich anhand dieser Zahlen zu sagen: Wir diskutieren das irgendwann einmal.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Boddenberg (CDU): Sieben Jahre Rot-Grün! – Axel Wintermeyer (CDU): Wer hat die letzten sieben Jahre regiert?)

Herr Kollege Wintermeyer, ich verstehe Ihren Angriff auf die rot-grüne Bundesregierung. „Ihr seid schuld“, ist ein gutes Argument.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU – Michael Boddenberg (CDU): Deswegen seid ihr abgewählt worden!)

Jetzt wissen wir aber, dass wir in der Bundesrepublik Deutschland relativ die gleichen gesetzlichen Vorgaben

haben. Weil Sie Rheinland-Pfalz und das Saarland angesprochen haben:

(Michael Boddenberg (CDU): 50.000 kommen aus Rheinland-Pfalz hierher!)

Im Vergleich zum Monat Dezember sind die Arbeitslosenzahlen in absoluten Zahlen im Saarland um 129 Arbeitslose zurückgegangen.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört! – Michael Boddenberg (CDU): Lesen Sie einmal Nordhessen vor!)

Im Vergleich zum Vorjahresmonat sind in unserem Nachbarland Rheinland-Pfalz die Arbeitslosenzahlen um 6.325 zurückgegangen.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Im gleichen Zeitraum sind die Arbeitslosenzahlen in Hessen absolut um 17.631 nach oben gegangen.

(Norbert Schmitt (SPD): Unglaublich!)

17.631 zusätzliche Arbeitslose, während unsere Nachbarländer weniger Arbeitslose haben – da beschimpfen Sie eine Bundesregierung. Nein, die Probleme liegen bei dieser Landesregierung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege Walter, ich möchte auch Sie ermahnen, zur Debatte zu sprechen: warum jetzt sofort und weshalb nicht in der nächsten Plenarwoche.

Jürgen Walter (SPD):

Einen letzten Satz, Herr Präsident. – Auch ich hätte erwartet, dass der Herr Wirtschaftsminister, eigentlich der Herr Ministerpräsident in so einer Situation hier eine Erklärung abgibt.

(Michael Boddenberg (CDU): Das machen wir nächstes Plenum!)

Die Aussage des Kollegen Wintermeyer, dies irgendwann einmal in ein paar Wochen zu diskutieren, ist blanker Zynismus gegenüber den Arbeitslosen. Herr Wirtschaftsminister, ich fordere Sie nochmals auf: Nehmen Sie Stellung zu diesen Zahlen, und nehmen Sie sofort vor diesem Parlament unseres Landes Hessen Stellung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege Hahn für die Fraktion der FDP.

(Michael Boddenberg (CDU): Das Empörungseminar! – Gegenruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Dafür sitzen da drüben die Spezialisten!)

– Meine Damen und Herren, wie Sie sehen, hat jetzt der Kollege Hahn das Rednerpult besetzt. Er hat ganz allein das Wort. – Bitte schön, Herr Kollege Hahn.

Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wir Liberalen können die Aufregung, die jetzt seit zehn Minuten diesen Raum ergriffen hat, nicht nachvollziehen.

(Beifall bei der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das glaube ich!)

Es ist vollkommen richtig, dass ausführlich über die Arbeitslosensituation in Hessen debattiert werden muss. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist falsch, das als Schnellschuss in einer Sondersitzung des Landtags zu machen, die heute eigentlich für ein ganz anderes Thema terminiert wurde.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Es würde auch der Tiefe der Debatte nicht dienlich sein, wenn dies heute stattfände, da ich davon ausgehe, dass sich nicht alle Fachsprecher und auch nicht alle Fraktionsvorsitzenden mit den Entwicklungen der letzten vier Stunden so intensiv auseinander setzen können, dass sie heute hier eine qualifizierte Debatte führen können.

(Unruhe – Reinhard Kahl (SPD): Das ist aber erstaunlich! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Man darf nicht von sich auf andere schließen! – Norbert Schmitt (SPD): Aber wenn Sie nicht vorbereitet sind, ist das Ihr Problem!)

Ich habe das Gefühl, Kollege Al-Wazir und Kollege Walter, dass Sie die Debatte nur hochgezogen haben, weil Sie einen Versuch starten wollen, das eigentlich Positive, das heute für das Land Hessen beschlossen wird, öffentlich zu karikieren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Dass Sie selbst, Herr Kollege Al-Wazir, noch nicht einmal gut vorbereitet sind, zeigt Ihr Antrag. Dort steht in Ziffer 1, dass der Landtag feststelle, dass es im Land Hessen eine noch nie da gewesene Arbeitslosenquote von über 10 % gebe. Das steht wörtlich drin, Herr Kollege Al-Wazir. Das ist aber falsch.

(Axel Wintermeyer (CDU): Richtig!)

Sie haben sich nicht gut vorbereitet. Sie haben heute offensichtlich irgendetwas im „dpa“-Computer gesehen und gemeint: Da schieße ich einmal schnell hin. – Sie haben danebengeschossen, Herr Kollege Al-Wazir.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sehr peinlich! – Weiterer Zuruf von der CDU: Nicht nur heute!)

Ich will nur darauf hinweisen – lediglich eine einzige Zahl –, dass im Januar 1997 die Arbeitslosenzahl in Hessen prozentual bei 10,9 % gewesen ist. Es ist also diametral falsch, was die GRÜNEN hier schreiben.

Wenn wir uns jetzt fachlich damit auseinander setzen könnten, Herr Kollege Al-Wazir, müssten wir uns noch darüber unterhalten, dass damals anders gerechnet wurde als heute und dass heute sogar noch ALG-II-Empfänger drin sind oder auch nicht.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege Hahn, gestatten Sie eine Zwischenfrage? Zur Geschäftsordnungsdebatte gibt es nur – – Nicht, okay.

Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Es gibt keine Zwischenfrage. Ich darf auch gar keine Zeit mehr dazu haben.

Ich stelle fest: Die Arbeitslosigkeit in unserem Land ist ein wichtiges Thema. Wir wissen, dass die Umsetzung der Dienstleistungsbranche, also Banken und Versicherungen, ein Problem in unserer Region ist. Nur eines zum Schluss, Herr Kollege Al-Wazir: Sie können sich nicht mehr ordentlich über Arbeitslosigkeit aufregen, wenn Sie dauernd die Erweiterung des Frankfurter Rhein-Main-Flughafens bekämpfen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der FDP und der CDU – Wortmeldung des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, es haben alle vier Fraktionen in der Geschäftsordnungsdebatte Stellung genommen. Damit endet in aller Regel eine Geschäftsordnungsdebatte. Das ist der erste Punkt.

Ich stelle fest, dass wir zwei Vorschläge haben. Der eine Vorschlag lautet auf sofortige Behandlung, und der andere Vorschlag ist: Verschieben auf das nächste Plenum.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das geht doch gar nicht! Den Antrag haben wir doch schon in die heutige Tagesordnung aufgenommen!)

– Passen Sie auf. Deswegen verbinde ich es ja, weil es Herr Wintermeyer gesagt hat. – Die Aufnahme des Antrags in die Tagesordnung bedeutet: Ihr müsst euch eigentlich darüber einigen, ob es verschoben wird oder nicht. Dann können wir es gleich mit erledigen, weil schon ein Vorschlag da ist, es zu verschieben. Wenn Sie damit einverstanden sind, ist der Fall erledigt. Das sind Sie aber offensichtlich nicht.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein!)

– Sehen Sie, so einfach ist die Welt manchmal. Deswegen ist es auch sehr korrekt, dass ich jetzt einfach nur noch schaue, ob ich richtig liege, wenn ich sage: Der weiter gehende Antrag ist der auf sofortige Behandlung.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig!)

– So. Ist in Ordnung.

Dann lasse ich abstimmen. Wer dafür ist, diesen Antrag jetzt sofort zu behandeln, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist dieser Antrag mit der Mehrheit der Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Jetzt frage ich formell noch einmal, weil es um die Verschiebung geht: Wer ist dafür, den Tagesordnungspunkt – –

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er ist doch für heute aufgenommen!)

– Entschuldigung, noch einmal. – Das ist doch richtig: Wir haben eine Tagesordnung, stelle ich fest, und der Punkt 80 ist der Antrag Drucks. 16/5217. Jetzt hat Herr Wintermeyer gesagt, er sei dafür – das nehme ich als Antrag, Herr Wintermeyer –, diesen Antrag in der nächsten Ple-

narsitzung aufzurufen. Was Geschäftsführer normalerweise machen, Herr Kaufmann, dass sie sich einigen, ob verschoben wird oder nicht, das nehme ich jetzt in eine Beschlussfassung auf. Der Antrag von Herrn Wintermeyer liegt vor.

(Widerspruch bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Also gut, zu diesem meinem jetzt vorgetragenen Vorschlag, Herr Kaufmann zur Geschäftsordnung. Vielleicht ist er aber in der Lage, den Antrag etwas klarer zu formulieren.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Erst einmal will ich feststellen: Durch die Bestätigung der Dringlichkeit ist der Punkt auf die heutige Tagesordnung genommen. Jetzt ist die Frage: Wie kommt er da wieder herunter? Offensichtlich will die Mehrheit das, was sie zu Beginn der Sitzung noch konzidiert hat, nämlich dass der Antrag heute behandelt wird, wieder zurücknehmen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Nein!)

Wenn wir ihn auf die nächste Plenarrunde verschieben, gibt es dazwischen einen Antragsschluss. Dann wäre er als Dringlicher Antrag gar nicht aufzunehmen gewesen, weil die Aufnahme nur für heute gelten kann. Das ist geschehen.

Meine Damen und Herren, deswegen stelle ich fest: Wenn Sie jetzt die Geschäftsordnung dafür bemühen, den Tagesordnungspunkt wieder abzusetzen, und zwar gegen den Willen der Antragsteller, nachdem er bereits einmütig in die heutige Tagesordnung aufgenommen wurde, betreiben Sie etwas, was wir hier selten oder, wenn ich mich recht erinnere, noch gar nie betrieben haben, nämlich einer geschäftsordnungsmäßigen Aufnahme eines Antrags gegen den Willen der Antragsteller anschließend zu widersprechen. Nachdem der Antrag, über den eben abgestimmt wurde, abgelehnt worden ist, wäre der normale Ablauf, dass Tagesordnungspunkt 80 heute noch aufgerufen wird, nachdem die anderen Punkte abgehandelt sind, die vorher auf der Tagesordnung stehen. Das wäre der korrekte Ablauf nach der gegenwärtigen Beschlusslage. Eine Änderung sehe ich überhaupt nicht als notwendig an.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kaufmann, weil das nur eine Debatte zwischen Ihnen und mir ist, haben Sie, Kollege Wintermeyer, noch nicht das Wort. Ich will nur darauf hinweisen, dass ich mich nicht an der politischen Debatte beteilige, sondern ich stelle nur aufgrund des Prozedere, das ich jetzt seit 1987 im Landtag kenne, fest, dass es nicht der erste Dringliche Antrag wäre, der aufgenommen und dann nach Vereinbarung der Geschäftsführer auf das nächste Plenum verschoben wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das gilt immer. Wenn die Geschäftsführer so etwas nicht vereinbaren, gibt es Abstimmungen, ob so oder so. Das ist ein ganz normaler Vorgang. Entschuldigung.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Herr Kollege Al-Wazir, ich bin noch nicht fertig.

Ich kann hier nur formal erläutern

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

– Herr Kollege Boddenberg, ich habe das Wort –,

(Michael Boddenberg (CDU): Ja!)

wie wir bisher verfahren sind, und zwar unbeschadet der Brisanz oder Bedeutung von Punkten oder der Wahrnehmung von außen. Das ist nicht mein Thema. Deswegen bleibe ich bei meiner Position – die können wir gerne diskutieren –, dass es völlig normal ist, dass eine Fraktion beantragt, einen Antrag, der auf der Tagesordnung steht – da haben Sie Recht, Herr Kaufmann –, ob dringlich oder nicht, jetzt nicht zu behandeln, sondern erst im nächsten Plenum. Das kann man machen. Wir können es auch nachher machen, wenn ich den Tagesordnungspunkt 80 aufrufe. Das ändert nichts an dem Vorgang an sich.

Jetzt kommt noch einmal der Kollege Wintermeyer für die Fraktion der CDU.

Axel Wintermeyer (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kaufmann, Sie wissen ja selbst, dass wir, wenn wir eine Sitzungswoche haben, jeweils drei Sitzungen haben. Heute ist die vierte Sitzung. Wenn Ihre Argumentation stimmen würde, müssten wir jeden Dringlichen Antrag, den Sie morgens einbringen, zwingend bis abends abgearbeitet haben.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Diese vierte Sitzung ist die letzte, wie Sie gerade gesagt haben!)

Sie wissen zum Zweiten, dass wir aus den Januar-Sitzungen, die wir schon letzte Woche gehabt haben, auch noch einige Dringliche Anträge im Februar-Plenum behandeln.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Einvernehmen, Herr Kollege!)

Ansonsten schließe ich mich der Auffassung des Präsidenten an.

Ich möchte nur noch eine Bemerkung loswerden: Am Fernseher sitzt eine große Zahl Menschen aus Mittelhessen, die sich auf eine Debatte freuen, bei der es um das Klinikum Gießen und Marburg geht, während wir uns hier in Geschäftsordnungsdebatten erschöpfen. Damit machen wir keinen guten Eindruck.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank. – Auch hier muss ich eine Anmerkung machen, auch an die Menschen, die draußen zuschauen: Meine Damen und Herren, Geschäftsordnungsdebatten gehören zum normalsten Leben des Parlaments.

(Gerhard Bökel (SPD): Das ist eine schöne Bemerkung!)

Herr Kahl, Sie haben das Wort.

Reinhard Kahl (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst feststellen, dass wir heute keine Sondersitzung haben, sondern dass zu vier Sitzungen eingeladen worden ist. Das ist der erste Punkt.

Zweiter Punkt: Nach § 59 der Geschäftsordnung – Dringliche Beratung – hat der Landtag beschlossen, dass dieser Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein Dringlicher Antrag ist und damit in die Tagesordnung aufgenommen worden ist. Wir haben also heute erst einmal formal Tagesordnungspunkte zum Universitätsklinikum, und wir haben formal diesen Antrag selbstverständlich auf der Tagesordnung. Dem haben Sie ja zugestimmt, weil er dringlich ist.

Meine Damen und Herren, jetzt – in dem Moment – beschließen wir: Er ist dringlich, er wird draufgesetzt. – Und im nächsten Moment beantragt die CDU-Fraktion, die Behandlung in einer Tagesordnung, auf die er gesetzt ist und in deren Rahmen wir auch Zeit haben, ihn zu behandeln, wieder abzusetzen. Wenn wir abräumen und einen Punkt auf die nächste Tagesordnung verschieben, haben wir keine Zeit mehr, den zu behandeln. Das beschließen wir dann einvernehmlich. Das gilt aber im Moment nicht. Wir haben genügend Zeit, diesen Antrag heute Nachmittag – wegen mir auch nach dem Universitätsklinikums-punkt – zu behandeln. Meine Damen und Herren, das ist Realität, und dann stellen Sie sich dieser Realität.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber jetzt erst zu sagen: „Er ist dringlich, wir können ihn behandeln, es gibt keine Notwendigkeit, ihn zu verschieben“, und dann auf einmal den Antrag zu stellen, ihn in die nächste Sitzung zu verschieben – das ist weiter nichts als dass man politisch sagen muss: Die Not ist so groß, dass Sie nach diesen Tricks suchen müssen, um den Antrag heute abzusetzen. Das ist die Realität.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der CDU)

Sonst wären Sie nämlich so ehrlich gewesen und hätten gesagt: Der Antrag ist nicht dringlich. – Dann hätten Sie seine Behandlung mit Mehrheit verhindern können. Aber wenn Sie mit Mehrheit beschließen, dass er dringlich ist, und wir Zeit haben, ihn zu behandeln, suchen Sie nur nach Tricks, sich dieser Diskussion nicht zu stellen. Das ist in Ihrem Verhalten deutlich geworden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, das ist zumindest eine Bestätigung meiner formalen Position. Politisch ist das eine andere Debattenlage. Deswegen lasse ich jetzt über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen, den Tagesordnungspunkt 80 im nächsten Plenum aufzurufen. Wer diesem Antrag der Fraktion der CDU zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme?

(Zurufe von der CDU)

– Herr Kollege Boddenberg, zum zweiten Mal. Ich habe bis jetzt noch nicht das Abstimmungsergebnis bekannt gegeben. Es gibt keinen Grund zur Aufregung. Schöner Tag heute draußen.

Dem Antrag wurde zugestimmt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP bei Gegenstimmen der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD. Er wird damit auf die Tagesordnung des nächsten Plenums gesetzt.

Jetzt möchte ich bitte feststellen, dass wir eine Tagesordnung haben, nach der wir verfahren können. Bevor wir in diese Tagesordnung einsteigen, darf ich Sie bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen.)

Am vergangenen Freitag, dem 27. Januar, verstarb im Alter von 75 Jahren der ehemalige Bundespräsident und frühere Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen Johannes Rau. Diese Nachricht hat uns alle betroffen gemacht und erfüllt uns mit Trauer.

Der Hessische Landtag trauert mit vielen Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes um einen im In- und Ausland hoch angesehenen und geschätzten Politiker, der unser Land nach innen und außen gut vertreten hat und es sich immer zum Ziel gesetzt hatte, unterschiedlichste Menschen zusammenzuführen. Getragen und motiviert von einem festen christlichen Glauben, verstand Johannes Rau Politik nie als Selbstzweck, sondern als Dienst an den Mitmenschen. Es war ihm immer besonders wichtig, jungen Menschen die Grundlagen und Werte unseres Gemeinwesens nahe zu bringen. Seine hohe persönliche Glaubwürdigkeit öffnete ihm Zugänge auch in schwierigen Situationen.

Unsere Gedanken und unser tief empfundenes Mitgefühl gelten in diesen Tagen seiner Frau, seinen Kindern und all denen, die um ihn trauern.

Johannes Rau hat sich um Deutschland und damit auch um unser Bundesland verdient gemacht. Der Hessische Landtag und das Bundesland Hessen werden ihm ein ehrendes Angedenken bewahren.

(Schweigeminute)

Ich danke Ihnen.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rufe jetzt – weil es eine Beschlussempfehlung ist – **Tagesordnungspunkt 58** auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Landesregierung betreffend Privatisierung des Universitätsklinikums Gießen und Marburg; Veräußerung eines Teilgeschäftsanteils in Höhe von nominal Euro 475.000 an der Universitätsklinikum Gießen und Marburg GmbH, mithin 95 % des Stammkapitals der Gesellschaft, an die Rhön-Klinikum Aktiengesellschaft mit Sitz in Bad Neustadt/Saale – Drucks. 16/5187 zu Drucks. 16/5078 –

Dazu ist Herr Kollege Milde Berichterstatter. Wir verzichten auf Berichterstattung und rufen zusätzlich dazu **Tagesordnungspunkt 46:**

Antrag der Fraktion der FDP betreffend Privatisierung der Uniklinik Gießen und Marburg – Drucks. 16/5146 neu –

sowie die Punkte 65 bis 69 auf **Tagesordnungspunkt 65:**

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend Privatisierung des Uniklinikums Gießen und Marburg sichert und stärkt die Hochschulmedizin – Drucks. 16/5182 zu Drucks. 16/4879 –

Tagesordnungspunkt 66:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der FDP betreffend Privatisierung des Uniklinikums Gießen und Marburg sichert und stärkt die Hochschulmedizin – Drucks. 16/5183 zu Drucks. 16/4968 –

Tagesordnungspunkt 67:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend unsinnigen Verkauf des Universitätsklinikums Gießen und Marburg stoppen – Drucks. 16/5184 zu Drucks. 16/4973 –

Tagesordnungspunkt 68:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Verkauf des Universitätsklinikums Gießen und Marburg schafft Risiken für Wissenschaftsfreiheit und Krankenversorgung – Drucks. 16/5185 zu Drucks. 16/5000 –

Tagesordnungspunkt 69:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der CDU betreffend Zukunftsfähigkeit des Uniklinikstandorts Gießen-Marburg ist gesichert – Drucks. 16/5186 zu Drucks. 16/5002 –

Das sind fünf Beschlussempfehlungen zum gleichen Sachkomplex. Die vereinbarte Redezeit beträgt 30 Minuten pro Fraktion. Herr Staatsminister Corts wird als Erster zu uns sprechen. Sie haben das Wort

Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung bittet heute den Landtag, der Veräußerung von 95 % Gesellschaftsanteil der Universitätsklinikum Gießen und Marburg GmbH an die Rhön-Klinikum AG zuzustimmen.

Der heutige Tag ist ein guter Tag für die Hochschulmedizin in Gießen und in Marburg. Er ist ein guter Tag für das ganze Land.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der SPD: Unglaublich!)

Ein Jahr, nachdem sich die Landesregierung entschlossen hat, die Universitätsklinika in Gießen und Marburg zu fusionieren und dann einen strategischen Partner zu gewinnen, der das fusionierte Universitätsklinikum betreibt, stelle ich für die Landesregierung fest: Das ehrgeizige Vorhaben ist gelungen. Es ist mit einem Ergebnis gelungen, das der Hochschulmedizin in Mittelhessen hervorragende Zukunftsperspektiven gibt. Die Ziele der Landesregierung, die Ministerpräsident Koch in seiner Regierungserklärung am 14. Dezember 2004 diesem Hause vorgetragen hat, sind alle erfüllt worden.

Es liegt ein ereignis- und arbeitsreiches Jahr 2005 mit einer beispiellosen Kraftanstrengung hinter uns, für die die Landesregierung vielen dankbar ist, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ministerien, unseren exzellenten Beraterinnen und Beratern der Luther Rechtsanwaltsgesellschaft und der KPMG. Ich danke meiner Kollegin,

Frau Staatsministerin Lautenschläger, und vor allem, über ein Jahr im Brennpunkt des Geschehens, den Staatssekretären Prof. Dr. Leonhard und Dr. Arnold.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Lassen Sie mich kurz die Ausgangslage in Erinnerung rufen, auf die die Landesregierung mit ihrer Entscheidung vom Dezember 2004 reagiert hat. Sie musste feststellen, dass Vorgängerregierungen am Standort Gießen in nur als fahrlässig zu bezeichnender Weise über Jahrzehnte notwendige Sanierungsmaßnahmen und Neubauten für das Universitätsklinikum schlichtweg nicht durchgeführt haben. Man kann eine solche Politik eigentlich nur betreiben, wenn man diesen Standort preisgeben will oder wollte. Diejenigen, die damals die politische Verantwortung in Hessen hatten und sich heute ereifern, sollten sich selbstkritisch fragen, was sie denn für den Standort Gießen damals tatsächlich getan haben.

(Beifall bei der CDU)

Des Weiteren war und ist offensichtlich, dass sich die Rahmenbedingungen der Hochschulmedizin durch die Einführung des Systems der Fallpauschalen deutlich verändert haben. Es gibt Prognosen, dass in absehbarer Zeit mehrere Universitätskliniken in Deutschland schlichtweg geschlossen werden müssen, wenn es nicht gelingt, Kosten deutlich zu senken. Vor diesem Hintergrund hatte sich die Landesregierung entschlossen, eine Politik der Standortsicherung in die Wege zu leiten.

Zur Standortsicherung gehört die Absicherung der Krankenversorgung. Zur Standortsicherung gehören neue wissenschaftspolitische Perspektiven, Spitzenniveau in der Krankenversorgung mit Exzellenz in Forschung und Lehre sowie der Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Diese wissenschaftspolitische Herausforderung ist Leitgedanke und Zielsetzung gewesen und ist es nach wie vor. Das Privatisierungsprojekt nur in der Überwindung des Investitionsstaus zu sehen, wäre eine unzulässige Verkürzung, ja eine Fehlinterpretation der Landesregierung.

Ungeachtet des stark verdichteten Zeitablaufs ist das Projekt äußerst sorgfältig von der Landesregierung vorbereitet worden. So wurde im Rahmen der Strukturentwicklung der hessischen Hochschulmedizin seit Oktober 2003 für alle drei Standorte in der Hochschulmedizin in Hessen ein Konzept der hessischen Hochschulmedizin erarbeitet. Unter der Leitung meines Staatssekretärs Prof. Dr. Leonhard, dem ich für seine an kommunikative Fähigkeiten höchste Ansprüche stellende Arbeit nochmals ausdrücklich danken will, stellt dieses Konzept eine bundesweit völlig einzigartige Strukturplanung in der Hochschulmedizin dar.

(Beifall bei der CDU)

Es hat deshalb zu Recht große Beachtung gefunden. Seine Popularität drückt sich in der inzwischen eingebürgerten Bezeichnung als so genannte „Quertapete“ aus. Ohne dieses Strukturkonzept wäre die Privatisierung so nicht möglich gewesen. Die „Quertapete“ stellte den wissenschaftlichen Input der Landesregierung dar, an dem sich jeder Bieter zu orientieren hatte. Die Qualität dieses Konzepts zeigte sich darin, dass alle Bieter während des gesamten Verfahrens bereit waren, dieses Konzept als Grundlage zu akzeptieren.

Des Weiteren gab es Vorgaben und Erwartungen der Landesregierung, die im Bieterverfahren alle verwirklicht werden konnten. Ziele und Rahmenbedingungen für die

Privatisierung waren unter anderem – ich nenne sie, weil ich sie nachher insgesamt abarbeiten werde – erstens Erhalt beider Standorte des Universitätsklinikums Gießen und Marburg, des Weiteren Sicherstellung der dauerhaften Erfüllung des Versorgungsauftrages auf höchstem medizinischen Niveau durch ein innovatives Medizinkonzept, darüber hinaus die dauerhafte Mitwirkung bei der Erfüllung der Aufgabe Forschung und Lehre sowie Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses auf höchstem wissenschaftlichen Niveau, der so genannten Exzellenz – darüber haben wir mehrfach diskutiert –, darüber hinaus die wirtschaftliche Absicherung des Universitätsklinikums an beiden Standorten mit ausreichender Kapitalausstattung und solide und zügige Umsetzung der notwendigen Investitionen sowie die Stärkung der Wirtschaftskraft der Region Mittelhessen und die umfassende Regelung der Arbeitnehmerinteressen, unter anderem der Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen bis zum 31.12.2010, und last, but not least die Erzielung eines angemessenen Kaufpreises.

(Beifall bei der CDU)

Messen wir jetzt das Transaktionsergebnis an den Zielen, die ich Ihnen genannt habe, so können wir feststellen, dass die Landesregierung alle Ziele erreicht hat.

(Beifall bei der CDU)

Die beiden Standorte Gießen und Marburg gehen aus diesem Privatisierungsprojekt gestärkt und mit besseren Zukunftsperspektiven hervor. Abgesichert durch das schon erwähnte Konzept der hessischen Hochschulmedizin bleibt die fachliche Breite an beiden Standorten, verbunden mit einer einvernehmlich festgelegten Schwerpunktbildung, voll gewahrt.

In diesem Zusammenhang möchte ich dem Sachverständigen, der die Landesregierung in dieser Frage beraten hat, Prof. von Eiff, sehr herzlich danken. Prof. von Eiff hat in der Tat ein überzeugendes Medizinkonzept entwickelt, basierend auf der „Quertapete“ und unter Einbeziehung struktureller Entwicklungen in der Krankenversorgung. Seine besondere Leistung liegt darin, die Anforderungen aus Forschung und Lehre mit den Notwendigkeiten eines innovativen Medizinkonzepts konstruktiv und kreativ zu verbinden.

Ich bin sicher, dass wir mit dem Strukturkonzept zur Hochschulmedizin und dem darauf aufbauenden Medizinkonzept einen geradezu optimalen Weg zwischen notwendiger fachlicher Konkretisierung und Offenheit für die Weiterentwicklung der Hochschulmedizin und der Krankenversorgung an beiden Standorten gefunden haben.

Die dauerhafte Mitwirkung bei der Erfüllung der Aufgabe Forschung und Lehre, unter Einschluss der Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses mit dem Ziel höchsten wissenschaftlichen Niveaus, spielte vor allem für den Wissenschaftsrat eine wesentliche Rolle bei der Beurteilung des Privatisierungsprojekts. Universitätsklinikum werden nur deshalb betrieben, um Forschung und Lehre zu ermöglichen. Forschung und Lehre einerseits sowie Krankenversorgung andererseits sind dabei integrierte Kuppelprodukte. In einem Universitätsklinikum ist das eine ohne das andere nicht denkbar.

Art. 5 Abs. 3 des Grundgesetzes verpflichtet den Staat, in den aus öffentlichen Mitteln erstellten und unterhaltenen Einrichtungen des Wissenschaftssystems die Freiheit von Forschung und Lehre sicherzustellen. Im vergangenen

Jahr haben wir häufig und kontrovers darüber diskutiert, ob uns das gelingt.

Im Transaktionsverfahren ist ein System des Zusammenwirkens des Universitätsklinikums mit der Universität und ihren medizinischen Fachbereichen entwickelt worden, das eben jenen Interessenausgleich realisiert, der letztlich auch im Wissenschaftsrat überzeugen konnte. Das haben wir am vergangenen Freitag gehört.

Ein strategischer Eckpfeiler dieses Systems ist die Beleihung – ein gebräuchliches Rechtsinstitut, um öffentliche Aufgaben durch Private erfüllen zu lassen. Ich bitte um Verständnis dafür, dass ich noch einmal erläutere, was Beleihung bedeutet. Das mache ich insbesondere, weil wir hier Zuschauer und außerhalb des Landtags auch Zuhörer haben, die das verstehen sollen.

Der Vorteil einer Beleihung liegt darin, dass das damit begründete öffentlich-rechtliche Auftragsverhältnis Möglichkeiten der Aufsicht der öffentlichen Hand schafft, in diesem Fall mit der Folge, dass das private Universitätsklinikum der Rechtsaufsicht des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst untersteht. Rechtsaufsicht bedeutet, das Ministerium kann die Einhaltung der Kooperationsvereinbarung zwischen Universitätsklinikum und Universität sowie der gesetzlichen Vorschriften sicherstellen und, sofern diese verletzt werden, Maßnahmen einschließlich der Anordnung der sofortigen Vollziehung ergreifen. All dies ist in § 25a des Universitätsklinikumsgesetzes geregelt.

Ein weiterer wesentlicher Punkt, der auch die Diskussion mit dem Wissenschaftsrat bestimmt hat, war die Funktion der Dekane der medizinischen Fachbereiche in der Geschäftsleitung des privatisierten Universitätsklinikums. Wir haben uns aus grundsätzlichen Erwägungen dafür entschieden, den Dekanen kein volles Mitwirkungsrecht bei der Geschäftsführung einzuräumen, weil damit ein unauflöslicher Widerspruch zwischen verschiedenen Loyalitäten und Pflichten einschließlich nicht unerheblicher Haftungsprobleme für die Dekane verbunden gewesen wäre.

Ich denke, wir haben mit der Teilnahme der beiden Dekane an den Sitzungen der Geschäftsleitung mit beratender Stimme und mit einem Antragsrecht genau den Weg gefunden, der ein Höchstmaß an Informationen sicherstellt, zugleich aber am effektivsten gewährleistet, dass denkbare Konflikte schon im Entstehungsstadium erkannt und gelöst werden. Genau mit dieser Begründung haben wir auch den Wissenschaftsrat am vergangenen Freitag letztendlich von unserer Konzeption überzeugen können.

Vertraglich abgesichert ist die Aussetzung des Vollzugs einer Maßnahme der Geschäftsführung, wenn die Dekane mit einer Entscheidung nicht einverstanden sind. Diese Suspensivklausel fällt im Übrigen unter die so genannte Wesentlichkeitsgarantie gemäß § 1 Abs. 4 und 5 des Kooperationsvertrags. Sie gehört zu den unabdingbaren und nicht veränderbaren Prinzipien der Zusammenarbeit der Partner. Wir sind der Überzeugung, dass wir mit diesen Regelungen ein Höchstmaß an Sicherung der Belange von Forschung und Lehre und damit der Interessen beider Universitäten und ihrer Medizinfachbereiche zustande gebracht haben. Der Wissenschaftsrat, der diese Regelung in seiner Empfehlung eingehend darstellt und bewertet, bestätigt uns in dieser Auffassung.

Auch die wirtschaftliche Absicherung des Universitätsklinikums ist an beiden Standorten durch eine ausreichende Kapitalausstattung sowie durch eine solide und zügige

Umsetzung der notwendigen Investitionen durch das Angebot der Rhön-Klinikum AG voll gewährleistet. Das Investitionskonzept von Rhön ist mit Abstand das beste, da bis zum Jahr 2010 der Investitionsstau an beiden Standorten vollständig überwunden sein wird.

(Beifall bei der CDU)

Die Investitionsverpflichtungen von Rhön sind pönalisiert, wie das so schön heißt. Rhön muss also zahlen, wenn es die Investitionsverpflichtungen nicht zeitgerecht erfüllt, konkret: 50 % der nicht erfüllten Investitionsverpflichtungen an das Land Hessen als weiteren Kaufpreis und 50 % der nicht erfüllten Investitionsverpflichtungen als eine zweckgebundene Rücklage an die Universitätsklinikum GmbH.

In einer vergleichenden Bewertung der Investitionszusagen der drei Bieter ist das Investitionsangebot von Rhön nicht nur der Höhe nach, nämlich 260 Millionen €, von keinem anderen Bieter übertroffen worden. Vielmehr stellt auch dieser enge Investitionszeitplan – ich erinnere daran: bis zum Jahr 2010 – einen entscheidenden, sich letztlich auch finanziell auswirkenden Vorteil für beide Universitätskliniken und ihre Fachbereiche dar.

(Beifall bei der CDU)

Die defizitäre Situation des Standorts Gießen ist nicht zuletzt durch die marode Bausubstanz mit verursacht worden. Das habe ich Ihnen eingangs bereits gesagt. Wenn die Rhön-Klinikum AG binnen weniger Jahre ein zentrales neues Bettenhaus in Gießen errichtet, sinken nicht nur die Betriebskosten für das Universitätsklinikum, sondern auch die Beiträge zur Mitfinanzierung der Betriebskosten durch die Universitäten – Stichwort: Trennungsrechnung.

Wenn, wie es beispielsweise bei Asklepios der Fall ist, die Mitbewerber Zeithorizonte angeben, die bis zum Jahr 2020 reichen, sie für die Investition also zehn Jahre länger brauchen würden, kommt auch eine vorsichtige Einschätzung zu dem Ergebnis, dass das Investitionskonzept von Rhön, das eine zügige Durchführung zusagt, ein ganz erhebliches finanzielles Plus darstellt.

Hinzu kommt, dass Rhön bereit ist, von der zugesagten Investitionssumme insgesamt 30 Millionen €, d. h. 10 Millionen € für Marburg und 20 Millionen € für Gießen, speziell in Räume und Gebäude zu investieren, die überwiegend für Forschung und Lehre genutzt werden. Rhön hat sich verpflichtet, dafür keine Miete zu nehmen. Auch das ist eine zusätzliche finanzielle Verbesserung.

(Beifall bei der CDU)

Mit diesem besonderen Akzent, den das Investitionskonzept von Rhön setzt und der es auch von allen anderen Bietern unterscheidet, unterstreicht das Unternehmen sein Interesse an Forschung und Lehre und an einer Entwicklung hin zur Spitzenleistung. Dabei hat Rhön als einziger der drei Bieter vertraglich zugesichert, 10 % des Gewinns vor Steuern, mindestens aber 2 Millionen € pro Jahr, als Drittmittel für die hochschulmedizinische Forschung in Gießen und Marburg zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie an die Diskussion der vergangenen Wochen anknüpfen, in der es um Exzellenzen ging, werden Sie feststellen, dass diese Summe der Höhe nach dem entspricht, was für zwei Graduiertenschulen zur Verfügung gestellt wird. In diesem bundesweiten Wettbewerb befinden wir uns ja. Das ist eine Zahl, auf die man deutlich hinweisen kann und die auch außerhalb des Exzellenzwettbewerbs eine Rolle spielt.

(Beifall bei der CDU)

Was bedeuten die Investitionszusagen von Rhön konkret? Rhön wird in Gießen einen Neubau mit allen Funktions- und Bettenbereichen für alle notwendigen ambulanten und klinischen Strukturen errichten. Diese Neubaustrategie ist in der Tat geeignet, die Infrastruktur nachhaltig zu sichern und zu einer deutlichen Verringerung des logistischen Aufwands und der Betriebskosten zu führen. In Marburg sieht das Investitionskonzept von Rhön vor, die Strategie der Konzentration aller klinischen Einrichtungen auf den Lahnbergen mit dem Neubau einer so genannten Kopfklinik konsequent fortzusetzen. Auch Marburg erfährt im Zuge der Privatisierung einen Modernisierungsschub mit deutlichen strukturellen Verbesserungen nicht nur für die Krankenversorgung, sondern auch für Forschung und Lehre.

Gleichfalls pönalisiert – d. h. unter Strafe gestellt – und in einer als kurzfristig anzusehenden Zeitperspektive, nämlich bis 2012, hat sich Rhön verpflichtet, ein internationales Zentrum für Partikeltherapie zu errichten, in dem eine Protonen-/Schwerionentherapie zur Anwendung kommt. Mit diesem Konzept wird ein Zentrum für modernste Tumorthherapie mit überregionaler, deutschlandweiter, wenn nicht sogar internationaler, Bedeutung errichtet. Das Universitätsklinikum Gießen und Marburg wird damit weltweit eine der ersten Partikeltherapieanlagen zur Verfügung haben, in der, kombiniert, Protonen- und Schwerionenbestrahlung möglich ist.

(Beifall bei der CDU)

Das Zentrum bietet einen Anknüpfungspunkt für eine Schwerpunktbildung in der Forschung, und so hat die Frage des Standorts dieser Einrichtungen bereits einen gewissen, wenngleich kollegial ausgetragenen Wettbewerb der Dekane in Gießen und Marburg ausgelöst. Jedenfalls kann sich der um diese Anlage bildende Forschungsschwerpunkt auf eine hervorragende Expertise an beiden Standorten stützen. Sie eröffnet auch international gesehen einzigartige Forschungsmöglichkeiten.

Ergänzend sei darauf hingewiesen, dass die Rhön-Klinikum AG zugesagt hat – ebenfalls pönalisiert –, mit einem Aufwand von 7 Millionen € ein überregionales hämatologisch-onkologisches Schwerpunktzentrum mit einem so genannten PET-Zentrum, also einem Positronen-Emissions-Tomographie-Zentrum, zu errichten. Diese Investition wird nicht nur Arbeitsplätze sichern. Sie wird auch neue qualifizierte Arbeitsplätze schaffen. Damit wird dem Universitätsklinikum Gießen und Marburg ein Wettbewerbsvorsprung bei der Krankenversorgung und in der Forschung verschafft werden.

Ich möchte mich jetzt an die Mitglieder der Opposition richten: Hätten wir dieses Thema gleich aufrufen können, dann hätten wir Ihnen schon früher sagen können, wie wir zumindest dort Arbeitsplätze schaffen. Sie hätten das verhindert. Die Stichworte dazu lauten: Flughafen und Privatisierung. Um nichts anderes geht es.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Alles in allem hat die Rhön-Klinikum AG Investitionen in einer Gesamthöhe von 367 Millionen € bis zum Jahr 2012 vertraglich zugesichert. Diese Investitionen sind pönalisiert. Davon werden, ebenfalls vertraglich zugesichert, 260 Millionen € bis zum Jahre 2010 investiert werden.

Unter den herkömmlichen Bedingungen des Hochschulbaus in öffentlicher Hand wären solche Investitionen viel-

leicht in der Höhe, aber nicht in diesem Zeitrahmen möglich gewesen. Das Land wäre auch nicht in der Lage gewesen, das Partikelzentrum in dieser Art zu errichten.

Ich bin mir sicher, dass das Universitätsklinikum Gießen und Marburg aufgrund dieses Investitionskonzepts in der kürzest nur denkbaren Zeit zu den modernsten Universitätskliniken in Deutschland gehören wird.

Vielleicht sollte man sich diese Zahl noch einmal ganz langsam vor Augen führen. Was bedeutet es, dass Investitionen in Höhe von 367 Millionen € vorgenommen werden? Wir haben jährlich Fördermittel für den Hochschulbau für die ganze Bundesrepublik in Höhe von 925 Millionen €. Darüber sprechen wir gerade in der Föderalismuskommission. Diese Mittel stehen zur Kofinanzierung in Höhe von 50 % zur Verfügung. Das heißt, es handelt sich um einen großen Schritt, den wir nie geschafft hätten. Das sollte man einfach einmal ganz entspannt festhalten.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Ich möchte dabei gar nicht erwähnen, dass die vorhergehende rot-grüne Bundesregierung die Fördermittel seinerzeit von 1,1 Milliarden € auf 925 Millionen € reduziert hatte. Das brauche ich an dieser Stelle gar nicht noch einmal zu erwähnen. Aber ich glaube, es war schon gut, diese Zahl einmal in eine Relation gebracht zu haben.

Erheblich für die Entscheidung der Landesregierung war auch, dass die Rhön-Klinikum AG die beste Kapitalausstattung bietet. Für die eingegangene Verpflichtung haftet sie mit allen Mitteln des Rhön-Klinikum-Konzerns. Bei dem einen oder anderen Bieter wäre das anders gewesen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Und wie kommt so etwas bei einem börsennotierten Unternehmen wieder zurück?)

Zu den umfassenden Regelungen, die die Interessen der Arbeitnehmer berühren, gehörte als nicht verhandelbare Vorgabe des Landes insbesondere der Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen bis zum 31. Dezember 2010. Die Rhön-Klinikum AG ist diese Verpflichtung selbstverständlich eingegangen.

Bei der gemeinsamen Sitzung des Haushaltsausschusses und des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst gab es Unterschiede in der Bewertung des von der Rhön-Klinikum AG zugesicherten Sozialfonds. Es ist mir wichtig, an dieser Stelle auf Folgendes hinzuweisen: Die Entwicklung und das Anbieten eines Sozialfonds war Bestandteil des Bieterwettbewerbs. Es gab dazu keine spezifischen Vorgaben des Landes in den Verhandlungen. Hier waren die Bieter gefordert, Vorstellungen zu entwickeln.

Kein Bieter wäre aus dem Wettbewerb herausgefallen, wenn er keinen Sozialfonds angeboten hätte. Diejenigen Bieter, die einen Sozialfonds anboten – außer der Rhön-Klinikum AG war dies bekanntlich die Helios Kliniken GmbH –, haben sich damit einen Wettbewerbsvorteil gesichert, der allerdings bei der Gesamtwürdigung der Angebote nicht den Ausschlag gegeben hat. Dennoch hat die Landesregierung begrüßt, dass die Rhön-Klinikum AG das Angebot gemacht hat, einen Sozialfonds einzurichten. Seine nähere Ausgestaltung wird mit dem künftigen Betriebsrat auszuhandeln sein und in einer Betriebsvereinbarung festgelegt werden.

Die Rhön-Klinikum AG legt bei dem Sozialfonds ein besonderes Gewicht auf die Finanzierung von Fort-, Weiterbildungs- und Schulungsmaßnahmen, die es im Zuge der

Fortentwicklung des Klinikums geben soll. Sie hat den Sozialfonds so ausgestaltet, dass diejenigen, die sich eine solche Maßnahme finanzieren lassen, auf den Schutz vor betriebsbedingter Kündigung bis zum Jahre 2010 zu verzichten haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Rhön-Klinikum AG eröffnet damit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, deren Arbeitsplatz nach dem Jahr 2010 möglicherweise gefährdet ist, die Möglichkeit, durch eine entsprechende Weiterqualifizierung einen langfristig gesicherten Arbeitsplatz erhalten zu können. Das heißt, es geht um Arbeitsplätze, die über das Jahr 2010 hinaus existieren.

Ich halte es nicht für illegitim, die Wahrnehmung dieser Chance mit dem Verzicht auf den Schutz vor betriebsbedingter Kündigung bis zum Jahre 2010 zu verbinden. Ich bin dem stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der Rhön-Klinikum AG und dem künftigen Mitglied der Geschäftsführung des Universitätsklinikums Gießen und Marburg, Herrn Meder, sehr dankbar, dass er vor wenigen Tagen noch einmal die Vorstellung der Rhön-Klinikum AG hinsichtlich des Sozialfonds präzisiert hat. Herr Meder hat diesem Zusammenhang ausgeführt, dass sein Unternehmen die Personalentwicklung langfristig betreibt. Mit der Einrichtung des Sozialfonds will die Rhön-Klinikum AG darauf reagieren, dass bestimmte Berufsgruppen in Zukunft im Krankenhaus weniger oder keine Beschäftigung mehr finden werden, gleichzeitig aber der Bedarf an qualifiziertem Personal in anderen Bereichen steigt.

Er wies darauf hin, dass der Bedarf an Personal in der medizinischen Dokumentation in Zukunft erheblich steigen wird. Dafür gibt es heute nur ganz wenige Fachkräfte. Mithilfe des Sozialfonds können Mitarbeiter auf die Erledigung dieser Aufgabe umgeschult werden. Um diese Umschulung zu erhalten, die aus dem Sozialfonds finanziert wird, müssen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch vor dem Jahr 2010 ihren alten Arbeitsplatz verlassen.

Ich bitte Sie, mir jetzt genau zuzuhören. Ich trage vor, was Herr Meder in diesem Zusammenhang ausgeführt hat – ich zitiere –:

Diese Beschäftigten geben faktisch ihren individuellen Kündigungsschutz auf, indem sie eine neue Stelle mit neuen Inhalten und qualifizierter Ausbildung erhalten.

Herr Meder hat dann auch noch ausgeführt:

So gesehen verlieren diese Mitarbeiter nicht ihren Arbeitsplatz, sondern dieser wird in einen neuen umgewandelt.

Ich bewerte den Sozialfonds positiv. Es handelt sich um ein zusätzliches gutes Angebot an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Niemand ist gezwungen, die Möglichkeiten zu nutzen, die mit dem Sozialfonds verbunden sind.

Die Helios Kliniken GmbH hatte ihren Sozialfonds anders konzipiert. Aber auch dort wäre die Umsetzung des Geplanten nicht anders als durch eine Betriebsvereinbarung denkbar gewesen.

Ich wehre mich entschieden gegen eine Polemik, die rhetorisch überhitzt abgegeben wurde. Das habe ich erlebt. Demnach wurde der von der Rhön-Klinikum AG angebotene Sozialfonds als ein Instrument bewertet, das sich gegen die Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter richten würde. Das Gegenteil ist der Fall.

Ein weiteres Angebot im Zusammenhang mit dem Sozialfonds und den 30 Millionen € besteht darin, dass die Mittel, die nicht genutzt werden, als Rücklage in dem Unternehmen eingestellt werden. Auch das ist etwas, was herausgestellt werden sollte.

Zu den Zielsetzungen des Landes und den Rahmenbindungen gehörte auch, dass ein angemessener Kaufpreis erzielt werden sollte. Für die Landesregierung war aber nicht die absolute Höhe des Kaufpreises, sondern das Gesamtergebnis ausschlaggebend, das sich bei dieser Transaktion ergab. Die Landesregierung hat sich bewusst für die Rhön-Klinikum AG als strategischen Partner entschieden, obwohl das Angebot einen um rund 4 Millionen € niedrigeren Kaufpreis vorgesehen hat, als ihn ein Mitbewerber angeboten hat.

Insbesondere das überragende Investitionskonzept der Rhön-Klinikum AG war für die Entscheidung der Landesregierung ganz wesentlich. Ich habe das im Einzelnen schon erwähnt. Die für Forschung und Lehre vorgesehenen Leistungen, die Bereitschaft, spezielle Investitionen für Forschung und Lehre zu tätigen, auf Mietzahlungen für Forschung und Lehre zu verzichten, und anderes mehr führten klar und eindeutig zu der Entscheidung, die Rhön-Klinikum AG als strategischen Partner auszuwählen.

Dann kam es zu der Behauptung, die wir im letzten Jahr häufiger gehört haben. Es wurde behauptet, die Mittel, die sich aufgrund des Verkaufs ergeben würden – das wurde auf 100 Millionen € oder wie auch immer beziffert –, sollten in den Gesamthaushalt eingestellt werden, damit der Haushalt des Herrn Weimar saniert werden könne. Aber auch da haben sich die Mitglieder der Opposition geirrt. Wir haben etwas ganz anderes vorgeschlagen. Es soll eine Stiftung zur Förderung der Hochschulmedizin in Gießen und Marburg mit einem Stiftungskapital von 100 Millionen € eingerichtet werden.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Die Landesregierung möchte noch einmal unterstreichen, dass es ihr bei der Privatisierung des Universitätsklinikums primär nicht um fiskalische Effekte ging. Vielmehr ging es primär darum, eine Strategie zu wählen, mit der beide Standorte gesichert werden können.

Darüber hinaus soll eine grundlegende und substanzielle Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Krankenversorgung auf Spitzenniveau mit exzellenter Forschung und Lehre geschaffen werden. Mit den Leistungen der Rhön-Klinikum AG als Drittmittelgeber und den Erträgen der Stiftung werden der Hochschulmedizin in Gießen und Marburg, konservativ gerechnet, jährlich mindestens 6 Millionen € zusätzlich zur Verfügung stehen. Wie Sie wissen, ist das schon einmal wie ein sicheres Cluster. Da brauchen wir gar nicht bis Herbst zu warten. Vielmehr handelt es sich da um Mittel in einer Höhe, die man erhalten würde, wenn man ein Cluster aus der Exzellenzinitiative hat. Das ist dem Standort Gießen und Marburg schon sicher. Das wird also in keiner Weise von dem Landeshaushalt konsumiert werden.

Von den von mir genannten Zielen und Rahmenbedingungen der Privatisierung bleibt noch die Stärkung der Wirtschaftskraft der Region Mittelhessen übrig. Der wesentliche Beitrag dazu besteht darin, dass durch die Privatisierung rasch ein hochmodernes und leistungsfähiges Universitätsklinikum geschaffen wird, das national und international wettbewerbsfähig ist. Nur in einem leis-

tungsstarken Universitätsklinikum können Arbeitsplätze dauerhaft gesichert werden.

Die Rhön-Klinikum AG wird die regionalen Kooperationen fortführen, die es auf medizinischer Ebene gibt. In Zusammenarbeit mit den medizinischen Versorgungszentren, die es in Kliniken unterschiedlicher Versorgungsstufen gibt, wird das Erreichen eines abgestuften Versorgungskonzepts auf regionaler Ebene angestrebt. Die Rhön-Klinikum AG verfolgt dabei das Ziel, ein Portalklinikumnetzwerk zu errichten. Damit soll in Hessen eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit medizinischen Leistungen unterschiedlicher Schweregrade und unterschiedlicher Versorgungsstufen gewährleistet werden. Dieses Konzept bietet die Chance, die medizinische Leistungsfähigkeit der medizinischen Versorgungszentren und kleinerer Kliniken in der Region zu verbessern.

Trotz aller Konkurrenz, die heutzutage natürlich auch bei der Krankenversorgung besteht, wird damit erkennbar, dass sich die Rhön-Klinikum AG als Partner versteht, der dazu beitragen will, die medizinischen Versorgungsstrukturen in der Region zu verbessern. Zugleich soll die Nachfrage nach medizinischer Versorgung überregional erschlossen werden. Damit werden über die Arbeitsplätze im Universitätsklinikum hinaus Arbeitsplätze in der Region gesichert. Zugleich wird die medizinische Versorgung verbessert.

Wenn der Landtag heute der Veräußerung von 95 % der Gesellschaftsanteile an der Universitätsklinikum Gießen und Marburg GmbH zustimmt, findet der Prozess der Privatisierung vorerst seinen Abschluss. Dass dieses Privatisierungsprojekt nicht nur ein hervorragendes wirtschaftliches Ergebnis darstellt, sondern auch wissenschaftspolitisch volle überregionale Anerkennung findet, kann überzeugender kaum als durch Folgendes belegt werden. Am vergangenen Freitag hat der Wissenschaftsrat eine Empfehlung beschlossen, der zufolge das Universitätsklinikum Gießen und Marburg in das Hochschulverzeichnis des Hochschulbauförderungsgesetzes aufgenommen werden soll. Wir sind sehr stolz darauf, dass diese Empfehlung aufgrund dieses uneingeschränkten positiven Ergebnisses zustande gekommen ist. Ich erlaube mir, drei Sätze aus der Zusammenfassung zu zitieren:

Der Wissenschaftsrat empfiehlt daher die Aufnahme der Universitätsklinikum Gießen und Marburg GmbH in das Hochschulverzeichnis des HBFVG. Das nunmehr vorliegende gesetzliche und vertragliche Regelungswerk bildet einen geeigneten Rahmen, in welchem die Belange von Forschung und Lehre gegenüber dem privaten Klinikum gesichert sind.

Es heißt weiter:

Aufgrund der Bereitschaft von Land und privatem Klinikbetreiber, auf die Anliegen des Wissenschaftsrates einzugehen, ist der Wissenschaftsrat auch hinsichtlich der weiteren Entwicklung zuversichtlich.

Das sehe ich auch hinsichtlich der Überprüfung in drei Jahren. Das Bundeskartellamt hat vorige Woche bestätigt, dass der Erwerb des Universitätsklinikums Gießen und Marburg durch die Rhön-Klinikum AG wettbewerbsrechtlich unbedenklich ist. Es liegt seit letzter Woche auch ein Vorstandsbeschluss der VBL vor, wonach diese bereit ist, die Beteiligungsvereinbarung mit dem Universitätsklinikum Gießen und Marburg fortzusetzen, sobald der Landtag der Veräußerung zugestimmt hat. Damit sind alle

aufschiebenden Bedingungen erfüllt. Die Rhön-Klinikum AG kann ab morgen die volle wirtschaftliche Verantwortung für das Universitätsklinikum Gießen und Marburg übernehmen.

(Beifall bei der CDU)

Ich stelle abschließend fest: Die Privatisierung ist mit einem überragenden Ergebnis gelungen. Die Landesregierung hat zielgerichtet gehandelt. Die Landesregierung hat trotz so mancher Äußerungen der Kollegen und Kolleginnen der Oppositionsfraktion ersichtlich keinerlei handwerkliche Fehler begangen.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Na ja! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da müssen Sie ja selber lachen!)

Die Landesregierung hat mit diesem Projekt den Wissenschaftsrat überzeugt.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Was hat sie denn sonst? Der Wissenschaftsrat hat doch zugestimmt. – Sie ist zuversichtlich, dass auch die Betroffenen vor Ort erkennen werden, welche Zukunftschancen die Landesregierung der Hochschulmedizin in Gießen und Marburg damit eröffnet. Ich glaube – ich habe mich vorhin bei unseren örtlichen Abgeordneten noch einmal rückversichert –, dass die Stimmung positiv und optimistisch ist. Es gibt sowohl in Gießen als auch in Marburg eine Aufbruchsstimmung.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Muss ich mir das wirklich anhören?)

Ich denke, es ist heute ein großer Tag für Hessen und ein ganz besonders großer Tag für Mittelhessen. – Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und meine Herren, ich eröffne dazu die Aussprache. Das Wort hat Herr Abg. Dr. Spies für die Fraktion der SPD.

Dr. Thomas Spies (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie uns zu Beginn dieser Debatte einen kurzen Rückblick auf die Vorgeschichte werfen, damit wir verstehen, wie es überhaupt zu der heute anstehenden Entscheidung gekommen ist. Seit 30 Jahren wird die Fusion der Universitätskliniken Gießen und Marburg diskutiert.

(Axel Wintermeyer (CDU): Wir haben es geschafft!)

In der Regel wird dies mit dem schlagenden Argument diskutiert, dass die Universitätskliniken nur 30 km voneinander entfernt seien. Ob dies allein zur Begründung ausreicht, kann man diskutieren.

Der Herr Minister hat darauf verwiesen, und wir wollen das in keiner Weise schönreden: Gleichzeitig haben alle Regierungen in Hessen in den vergangenen 20 Jahren – das verteilt sich gerecht auf uns und Sie –

(Zurufe der Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) und Mark Weinmeister (CDU))

die Investitionen auf die drei hochschulmedizinischen Standorte sehr ungleichmäßig verteilt: Frankfurt bekam 400 Millionen €, obwohl in der Stadt Frankfurt vielleicht, wenn man genau hinschaut, insgesamt ein Großkrankenhaus zu viel vorhanden ist. Marburg erhielt 250 Millionen € und Gießen gerade einmal 30 Millionen €.

Anfang 2003 sollte dann Gießen an der Reihe sein. 300 Millionen € wurden für Baumaßnahmen ausgeschrieben, aber ein halbes Jahr später, im Herbst 2003, war das Land Hessen pleite. Folglich kassierten Sie die Mittel für Gießen wieder ein und erklärten stattdessen, dass Sie nunmehr Gießen und Marburg fusionieren wollten. Der Hintergedanke war seinerzeit – da müssen wir uns doch nichts vormachen –, alles, was in Gießen an Baubestand nicht zu halten ist, nach Marburg zu verlagern. Am Ende bliebe in Gießen allenfalls ein formales Universitätsklinikum.

(Beifall bei der SPD – Axel Wintermeyer (CDU): Das Gegenteil ist der Fall! – Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD) – Zuruf von der SPD: Natürlich, so ist das!)

Meine Damen und Herren, das haben die Gießener gemerkt. Sie haben ihren Protest sehr deutlich artikuliert, der am Ende darin gipfelte: Man würde lieber an irgendwen verkauft werden, als ein Ableger von Marburg zu sein. – Man kann durchaus verstehen, dass die Gießener das so wollten.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Gerade dies war die Gefechtslage!)

Im Herbst 2004 eskalierte die Stimmung. Der eine oder andere aus diesem Hause war bei einer sehr denkwürdigen Diskussionsveranstaltung dabei. In dieser Situation – Ankündigung des Ministerpräsidenten, er werde fusionieren, und lokale Panikattacken der Gießener CDU, ihrer Abgeordneten und des Herrn Innenministers vor den protestierenden Massen – gab es zwei Möglichkeiten: Entweder Sie korrigieren Ihren Plan, der in Wahrheit ein Gießener Liquidationsplan war, oder Sie gehen in die Vorwärtsverteidigung, fusionieren, weil Sie es angekündigt hatten, und verkaufen, weil das den Druck von Ihnen nimmt. – Keine Planung, keine Vorüberlegungen, kein Konzept – Politplanung, Politpanik, nichts anderes war das.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Meine Damen und Herren, wir wollen gerne aufmerksam schauen, ob sich für den Verkauf dieses Universitätsklinikums Mittelhessen noch ein vernünftiger Grund finden ließe. Wozu der Verkauf? Was für einen Grund könnte es denn für diese Privatisierung geben?

(Michael Boddenberg (CDU): Jetzt kommt wieder die Panikmache von Herrn Spies! Immer das Gleiche!)

Vielleicht brauchen wir das Universitätsklinikum gar nicht mehr. Das Land entledigt sich einer Einrichtung, die es nicht mehr braucht. – Natürlich ist das Unsinn. Natürlich brauchen wir dieses Universitätsklinikum auf Dauer, und das macht auch die Attraktivität für den Käufer aus: die Tatsache, dass man eine Einrichtung mit garantiertem Betrieb übernimmt. Nicht nur, dass Menschen in der Region auch in Zukunft krank werden werden, nein, das

Land Hessen ist auf die Existenz dieses Universitätsklinikums angewiesen. Also gilt: unternehmerisches Risiko gleich null. Will das Land auch in Zukunft Ärzte bereithalten, braucht es Universitätsklinika. Deshalb braucht man sich, wenn man es kauft, keine Sorgen zu machen.

Wenn es also in Wahrheit so ist, dass Sie dieses Universitätsklinikum auf Dauer brauchen, vielleicht haben Sie ein wunderbares Geschäft für das Land gemacht. Vielleicht haben Sie durch den Verkauf der Universitätsklinika den Schatz des Staates unermesslich gefüllt, und wir alle würden uns in großer Ehrfurcht vor dem großen Kapitalisator Roland Koch verneigen.

Was verkaufen Sie? Laut der Ausschreibung, also den Daten der Landesregierung, verkaufen Sie eine Sachanlage mit einem Buchwert von 330 Millionen €. Dazu kommt, dass es sich um einen laufenden Betrieb handelt. Wer ihn übernimmt, muss nicht neue Ärzte einstellen, muss nicht als Erstes bauen, muss kein Pflegepersonal suchen, muss keine Verwaltung aufbauen. Er übernimmt einen laufenden, funktionierenden Betrieb, in Marburg sogar einen mit schwarzen Zahlen. In Gießen ist das etwas schwieriger. Es wird nicht nur ein laufender Betrieb, sondern auch quasi eine Monopolstellung in der Region übernommen, weil diese zwei Krankenhäuser der Hauptanbieter sind.

Wenn wir also ganz bescheiden nur einen Jahresumsatz als den Wert dieses laufenden Betriebs annehmen, dann bewegen wir uns bei einer Größenordnung von weit über einer halben Milliarde Euro. Aber was bekommen Sie dafür? Was ist das gigantische Geschäft des Landes? – 112 Millionen €, also 15 %, vielleicht 20 % des Wertes, den man für dieses Klinikum annehmen muss, wenn man vernünftig rechnen würde.

Meine Damen und Herren, diese Privatisierung einer öffentlichen Einrichtung ist kein gutes Geschäft.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Privatisierung ist die Verschleuderung von Steuergeldern, eine Enteignung der Gesellschaft, eine Enteignung der Bürgerinnen und Bürgern; denn die haben das Ding bezahlt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun könnten Sie argumentieren, man habe nur so einen schlechten Preis bekommen können,

(Frank Gotthardt (CDU): So ein Stuss!)

weil zumindest Gießen defizitär war. Die Wahrheit ist aber: weil Sie der Aufgabe nicht gewachsen waren, weil Sie dieses Klinikum nicht betreiben konnten.

Aber wenn der Betrieb so schlecht läuft und Sie ein schlechtes Geschäft damit machen, warum verkaufen Sie es überhaupt? Mit dem öffentlichen Vermögen, das Sie hier verschleudern, hätten Sie das Gießener Defizit für 100 Jahre bezahlen können.

Ein solch schlechtes Geschäft wird nicht besser, weil es nicht besser ging. Bis heute ist überhaupt keine Notwendigkeit zu erkennen, warum Sie das tun müssten. Sie werden sagen, Sanierung und Neubau waren insbesondere in Gießen erforderlich, und die Mittel dafür hatte das Land nicht. Aber 260 Millionen € Investitionsmittel waren für Gießen und Marburg zugesagt. Die mindern nicht den Wert; sie kommen obendrauf. Sie erhöhen den Wert der vorhandenen Einrichtung.

Die Wahrheit ist eine ganz andere: Zur Landtagswahl 2003 haben Sie den Mund zu voll genommen und die Kassen zu leer gemacht. Nachdem Sie alle Versuche der Bundesregierung, zu Subventionsabbau zu kommen, blockiert hatten, verkündeten Sie als quasi schicksalhaftes Ereignis 2003 Ihre Pleite. Meine Damen und Herren, alternativlos wollen Sie uns den Verkauf des Klinikums darstellen, weil doch das Land keine Mittel mehr habe. Dabei gibt es Alternativen. Natürlich gibt es Alternativen. Wer private Mittel haben möchte, der kann öffentlich-private Partnerschaften eingehen. Wir haben Ihnen das im Detail vorgeschlagen, nicht nur wir.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Modell ist ganz einfach. Das Klinikum leiht sich das Geld bei einem Investor und zahlt es aus dem laufenden Betrieb wieder zurück. Wir können Ihnen eine Reihe von Quellen nennen, aber das müssen wir gar nicht; denn Herr Staatssekretär Arnold hat mit den gleichen Leuten geredet wie ich,

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Genau!)

die ihm gesagt haben: Natürlich kann man da auch ein PPP-Modell machen. Der einzige Preis wäre gewesen: Das Land hätte geradestehen müssen für den Fall, dass etwas schief geht.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Wie ist das mit den Forschungsmitteln?)

Sind Sie jetzt aus der Haftung des Landes heraus? Keineswegs, das Land haftet am Ende immer. Was wollen Sie denn machen, wenn etwas schief geht? Wollen Sie diese Unikliniken schließen? Wollen Sie die Fachbereiche schließen? Sie haben überhaupt keine Möglichkeit, auf das Universitätsklinikum Gießen und Marburg zu verzichten.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Stimmt überhaupt nicht!)

Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, erklären Sie den Leuten deshalb einmal in einfachen klaren Worten, wozu das gut sein soll.

(Beifall bei der SPD)

Vielleicht erklären Sie es wenigstens Ihren Parteifreunden an der Basis.

Ich weiß nicht, woher der Herr Minister die gute Stimmung hat. Als ich neben den örtlichen Abgeordneten stand, dann war es sehr interessant, zu hören, wenn die CDU-Kommunalpolitiker erklärten: „Das könnt ihr doch nicht machen.“ Recht haben sie. Das kann man doch nicht machen, ein öffentliches Krankenhaus verkaufen.

(Beifall bei der SPD – Frank Gotthardt (CDU): Herr Spies, wie war das, als Sie gegen die Fusion waren, und jetzt sind Sie dafür? – Gegenruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Da haben Sie wieder etwas nicht verstanden, aber das kommt regelmäßig vor! – Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

– Herr Gotthardt, ich komme gerne auf die Frage zurück.
– Die Wahrheit ist doch: Privatisierung ist für nichts gut außer für den Aktienkurs der Rhön AG.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP) – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD), an Abg. Frank

Gotthardt (CDU) gewandt: Sinnerfassendes Lesen hilft! – Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Das einzige Problem ist doch, Sie können es nicht belegen. Das bedeutet, dass Sie mit der unbewiesenen Behauptung vorgehen, dass Privatisierung an und für sich und immer die bessere Lösung sei und sonst gar nichts. Entschuldigen Sie, es gibt natürlich eine Ausnahme. Privatisierung ist beim Staatsweingut nicht besser, aber sonst ist es immer die bessere Lösung. Sie verschwenden das Eigentum der Bürgerinnen und Bürger.

(Zurufe der Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD) und Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Jetzt kommt das Totschlagargument – der Herr Minister hat es angesprochen –: Die Fallpauschalen brechen über uns herein, die auf geheimnisvolle Weise die öffentlichen Krankenhäuser bedrohen. Was heißt Fallpauschale? Fallpauschale heißt: Für die Behandlung einer bestimmten Erkrankung gibt es einen festen Preis. Der Preis gilt für die Rhön AG und für das Uniklinikum. Das unterscheidet sich überhaupt nicht. Eine Blinddarmoperation kostet in Zukunft in Hessen im Mittel 2.754 €.

Was ist der Unterschied? Ein Privater muss von diesen 2.754 € seinen Aktionären, die eine Dividende sehen möchten, etwas abgeben. Das heißt, die gleiche Fallpauschale muss in Zukunft nicht nur Schwestern und Pfleger, Ärzte, Medizintechnik, OP-Personal, Medikamente, Heizung, Hygiene, den Neubau in Gießen usw. finanzieren, nein, davon muss auch noch ein Anteil für die Hypo-Vereinsbank und die anderen Aktionäre abfallen. Privatisierung bedeutet: Statt 2.754 € für eine Blinddarmoperation stehen nur noch 2.480 € zur Verfügung, weil die restlichen 270 € in den Gewinn gehen müssen.

Meine Damen und Herren, warum diese Privatisierung? Haben Sie wirklich den naiven Kinderglauben, dass privates Gewinnstreben alles auf der Welt besser macht?

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Glauben Sie denn wirklich, dass der Appell an Leute, die immer mehr haben wollen,

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Narzissmus pur! – Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

auf quasi magisch wundersame Weise alles besser macht? Oder ist es nicht eigentlich nur vordergründige politische Opportunität gewesen, und der Rest war Ihnen egal? Wenn das alles so wunderbar ist, warum machen Sie diesen Vertrag nicht öffentlich?

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Erich Honecker lässt grüßen! – Zuruf des Abg. Dr. Norbert Herr (CDU))

– Extremismusvorwürfe von Herrn Irmer ertrage ich sehr gelassen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zurufe der Abg. Hans-Jürgen Irmer und Dr. Norbert Herr (CDU))

Meine Damen und Herren, wenn das alles so wunderbar ist, warum wird der Vertrag nicht öffentlich gemacht? – Damit sich das nicht jeder angucken kann.

Meine Damen und Herren, natürlich wird der Gewinn des Unternehmens aus den Personalkosten genommen. Anders geht das bei 80 % Personalkosten gar nicht. Das ist

dem Unternehmen auch nicht vorzuwerfen. Das ist die Logik eines privaten Unternehmens.

(Gerhard Bökel (SPD): Marktwirtschaft!)

Alles andere wäre absurd. Das ist aber auch nicht die Frage. Es ist nicht die Frage, ob wir das schön finden, dass Unternehmen einen Gewinn machen wollen.

(Zurufe der Abg. Frank Gotthardt, Michael Boddenberg (CDU) und Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Das muss man auch gar nicht zur Diskussion stellen. Die Frage ist eine ganz andere.

(Frank Gotthardt (CDU): Sie sind dafür, dass es die Stiftung gibt, oder nicht? Sind Sie dafür, dass an beiden Standorten investiert wird, oder dagegen?)

– Aber Herr Gotthardt,

(Zurufe der Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Thorsten Schäfer-Gümbel und Petra Fuhrmann (SPD) – Gerhard Bökel (SPD): Ruhe!)

es ist immer wieder berauschend, auf welches Niveau Sie die Diskussion über den Betrieb und 10.000 Arbeitsplätze bringen können.

(Beifall bei der SPD – Frank Gotthardt (CDU): Sind Sie dafür, dass investiert wird, oder sind Sie nicht dafür?)

Meine Damen und Herren, die Frage an der Stelle ist nicht, ob wir das schön finden, dass Aktiengesellschaften einen Gewinn machen wollen, oder nicht.

(Michael Boddenberg (CDU): Haben Sie etwas gegen private Unternehmen? Das hätte ich gerne gewusst!)

Die Frage ist überhaupt nicht, ob wir etwas gegen private Unternehmen haben, oder nicht. – Das habe ich jetzt dreimal gesagt. Vielleicht hören Sie einmal zu, Herr Boddenberg.

(Beifall bei der SPD – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das kann er nicht!)

Die Frage ist, ob wir ein funktionierendes öffentliches Unternehmen in eine private Gesellschaft verwandeln müssen,

(Michael Boddenberg (CDU): Sie scheinen ein großes Problem damit zu haben! – Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

wenn der einzige Effekt am Ende ist, dass wir es auf dem Rücken der Beschäftigten austragen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Meine Damen und Herren, das fängt doch schon an.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege Gotthardt!

Dr. Thomas Spies (SPD):

Die Beschäftigten der Uniklinik Gießen erhielten dieser Tage ein Schreiben, in dem sie aufgefordert werden, un-

bezahlten Sonderurlaub zu nehmen. Aber Sie erzählen uns etwas von Beschäftigungsgarantien.

(Frank Gotthardt (CDU): Sind Sie für die 100 Millionen € für die Stiftung oder nicht?)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, die Lautstärke des Redners ist von mir nicht zu beanstanden, aber die der Zwischenrufer. Ich bitte um mehr Ruhe.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Thomas Spies (SPD):

Meine Damen und Herren, Tatsache ist doch, Sie erzählen den Leuten etwas von einer Beschäftigungsgarantie und ignorieren, dass 10 bis 15 % der Stellen jedes Jahr abgebaut werden können, weil diese Beschäftigten befristete Verträge haben.

(Beifall bei der SPD)

Sie erzählen den Beschäftigten etwas davon, dass es außerdem einen Sozialfonds gebe. Sie erzählen den Leuten, es gebe eine Beschäftigungsgarantie und einen Sozialfonds. Bis zur Ausschusssitzung haben Sie versucht, zu vertuschen, dass Sie in dem Vertrag, den Sie geschlossen haben – ich rede nicht von der Firma Rhön AG, die ihre Interessen vertritt; das ist auch okay –, vereinbart haben: Es gibt entweder einen Sozialfonds oder eine Beschäftigungsgarantie. – Das ist der Punkt.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Mitarbeiter am Klinikum in Gießen haben schon die Aufforderung bekommen, un-bezahlten Sonderurlaub zu nehmen, um das Defizit abzubauen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Unglaublich!)

Sie müssen uns nicht erzählen, wo das hinführt. Es geht um die Abwicklung des Personals in Gießen und auch in Marburg.

(Frank Gotthardt (CDU): Herr Spies, dann sagen Sie, dass in Marburg schon im vergangenen Jahr Arbeitsplätze abgebaut worden sind – in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft! Ist das richtig oder nicht? – Andrea Ypsilanti (SPD): Kann man den nicht einmal abstellen? – Gegenruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Heute darf der ausnahmsweise das HB-Männchen machen!)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, Herr Dr. Spies hört immer zu, wenn jemand dazwischenruft. Dann fühlt er sich nicht gestört. – Bitte schön, Sie haben das Wort.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Vielleicht glaubt er, dass noch etwas kommt!)

Dr. Thomas Spies (SPD):

Meine Damen und Herren, Sie entscheiden heute doch nur über eine einzige Frage: ob Sie Hunderte von Arbeitsplätzen in Gießen und Marburg opfern wollen – nicht

weil es nicht mehr zu bezahlen wäre, nicht wegen der Globalisierung und des Wettbewerbs, nicht weil man diese Aufgabe nicht mehr braucht, nicht weil es keine Patienten mehr gäbe, nein, nur zu einem einzigen Zweck: Diese Landesregierung will sich aus der Verantwortung für das Universitätsklinikum Gießen und Marburg stellen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Ich sage es noch einmal: Das ist nicht dem Unternehmen Rhön AG vorzuwerfen. Es ist der Landesregierung vorzuwerfen, weil sie es ohne Not tut. Man hätte alle Probleme in Gießen und Marburg, insbesondere die Investitionsbedarfe, lösen können, ohne das ganze Unternehmen zu verkaufen.

(Zuruf der Abg. Nicola Beer (FDP))

Das ist auch ein Stück weit ein Vorwurf an den Ministerpräsidenten, der nicht in der Lage war, einzusehen, dass seine voreilige Fusionsankündigung ein Fehler war, der nicht in der Lage war, diesen Fehler einzugestehen und der nicht versucht hat, ihn zu korrigieren, als er merkte, dass er in Gießen damit nicht durchkommt.

(Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Meine Damen und Herren, es gab mehr als genug Angebote, gemeinsam über alle Grenzen hinweg nach einer Lösung zu suchen.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Nein, dazu fehlte es Ihnen an Größe. Es gab nur eines: Augen zu und durch, die Gießener ruhig stellen, den gesamten Komplex verkaufen und das Ganze auch noch als modern darstellen. – Meine Damen und Herren, was soll daran modern sein, eine Einrichtung zu verkaufen?

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Aus der Sicht eines Sozialisten ist es auch nicht modern!)

Was soll denn daran modern sein, Probleme nicht zu lösen? Denn genau das tun Sie. Sie entledigen sich eines Problems, von dem Sie sich überfordert fühlen.

(Frank Gotthardt (CDU): Forschungsförderung!)

Meine Damen und Herren, dieser Verkauf ist kein wunderbar neues, schönes modernes Gespinnst. Der Kaiser ist nackt. Das ist alles.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP) – Michael Boddenberg (CDU): Wer klatscht eigentlich? – Frank Gotthardt (CDU): Eine Stiftung zur Forschungsförderung ist ganz modern!)

Meine Damen und Herren, dass die Privatisierung vor allem auf Kosten des Personals geht und dass das auch Konsequenzen für die Qualität hat, haben wir hinreichend diskutiert.

(Michael Boddenberg (CDU): Das behaupten Sie, Herr Dr. Spies! Sie sind der Einzige, der das behauptet! Ihre eigenen Gutachter haben Sie im Ausschuss widerlegt!)

– Herr Boddenberg, ich höre immer wieder mit großem Interesse, wie Sie den Stand der Wissenschaft referieren.

(Michael Boddenberg (CDU): Sie sind der Einzige!)

Lassen wir den Punkt beiseite. Ich wollte auf etwas anderes eingehen.

Meine Damen und Herren, was ist eigentlich der Zweck eines Krankenhauses? Was brauchen die Leute, die in ein Krankenhaus gehen? Sie brauchen gute, moderne Medizin auf dem Stand der Wissenschaft. Daran haben wir gar keinen Zweifel.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Medizin ist aber nicht nur ein technisches Fach. Krankenhäuser sind nicht nur Gesundheitsfabriken. Medizin bedient sich der Naturwissenschaften. Aber dazu gehört mehr. Die wissenschaftliche Begründetheit, die technisch-handwerkliche Perfektion der Medizin ist die notwendige Grundlage ärztlichen Handelns. Aber das ist beileibe keine ausreichende Grundlage. Das gilt nicht nur für Ärzte. Das gilt für alle Berufsgruppen im Krankenhaus. Wir erwarten nicht nur eine technisch einwandfreie Versorgung. Krankenhäuser sind auch Orte, an denen Menschen Beistand, Mitgefühl und Empathie erwarten. Das sehen allerdings nicht alle so.

Auf dem Deutschen Krankenhaustag vor drei Monaten konnten wir von McKinsey lernen, was man unter Produktivität eines Krankenhauses versteht: Fälle pro Mitarbeiter, also Behandlungseinheiten, Kostenfaktoren. Menschen werden reduziert auf einen Behandlungsfall.

Was sagt der neue Chef, was sagt Eugen Münch? Er läutet das Zeitalter der industrialisierten Gesundheitsdienstleistungen ein.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Industrialisierte Gesundheitsdienstleistungen: Ist das die Medizin, die Sie wollen – eine Medizin die sich als ein Stück eines Industrieprodukts versteht? Das Organisationskonzept des neuen Betreibers heißt Fließkonzept. Ihre Assoziation ist nicht abwegig. Ist es das, was wir wollen? Eine Medizin, die Schmerzen als ein Nervenphänomen begreift, eine Medizin, die auf das Leiden des Patienten damit reagiert, dass sie eine neue Maschine dazwischen schiebt, die die Symptome abfragt? Das Problem einer derart aus dem Ruder gelaufenen Medizin ist gar kein spezielles Problem dieses Krankenhauses. Dieses Problem geht sehr viel weiter.

Ich habe in einer Diskussion einen ärztlichen Kollegen erlebt, der von einer Patientin berichtete, die ihn an zwei Tagen dreimal zum Hausbesuch gebeten habe. Die Frau habe gar keine richtig schlimme Krankheit gehabt, wegen der man einen Hausbesuch hätte machen müssen. Ich habe ihn gefragt, was er mit der Frau gemacht habe. Er schaute mich ganz verwundert an und sagte: Wissen Sie, wenn sich jemand so einsam fühlt, dass ihm nichts Besseres einfällt, als den Hausarzt herbeizurufen, weil es sonst keinen Menschen gibt, mit dem er reden kann, dann hätte man vielleicht wenigstens den Pfarrer oder die Diakonie – oder wen auch immer – kontaktieren können, weil man möglicherweise über eine Ebene von Leiden redet, für die man sich zwar nicht zuständig fühlt, die man aber auch nicht ignorieren kann.

Medizin ist, wie jede soziale Aufgabe, etwas anderes als eine industrielle Produktion. Das gilt auch dann, wenn sich der Aufwand nicht rechnet. Das gilt auch dann, wenn es ein paar Cent Krankenkassenbeitrag oder ein paar Euro vom Gewinn des Unternehmens kostet, dass Zeit da ist, um den Menschen mehr zu geben als technisch ordentliche Medizin.

(Beifall bei der SPD)

Zum Glück gibt es das in unseren Krankenhäusern. Aber wie lange noch? Im Jubelantrag der CDU-Fraktion heißt es: „innovatives Medizinkonzept hinsichtlich einer exzellenten Krankenversorgung“. Meine Damen und Herren, haben Sie Ihren Antrag eigentlich gelesen? Ich habe ihn gelesen. In diesem „innovativen Medizinkonzept“ des Herrn von Eiff – der Minister hat darauf verwiesen – kommen kranke Menschen nicht vor – in der Rede des Ministers übrigens auch nicht. Stattdessen spricht man darin von Fällen, Fallpauschalen, Häufigkeiten sowie von der Ausrichtung der Abteilungen nach optimaler Auslastung.

Meine Damen und Herren, vielleicht hätte man dieses hoch innovative Konzept tatsächlich einmal zur Diskussion stellen sollen. Vielleicht wäre es ein echter Fortschritt gewesen, wenn wir, statt über Abteilungszuordnungen in der „Quertapete“ zu sprechen, einmal in Ruhe darüber diskutiert hätten, welche Art von Medizin die Menschen in Mittelhessen eigentlich wollen. Diese Frage kann man nicht mit Mehrheit entscheiden. Diese Frage entscheidet sich nicht mit Mehrheit, sondern dadurch, dass man in einer zivilisierten Gesellschaft in einem diskursiven Prozess einen Konsens findet.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Das ist Unsinn! Am Ende entscheidet in der Demokratie die Mehrheit!)

„Industrialisierte Gesundheitsdienstleistungen“, so lautet der Begriff. Menschlichkeit im Krankenhaus kann man aber nicht verordnen, und sie kann auch nicht als „industrialisierte Dienstleistung“ hergestellt werden. Menschen verstehen andere Menschen. Sie tun es intuitiv, und sie tun es insbesondere dann, wenn es um Leiden, also um eine emotionale Beanspruchung geht. Sie tun es gern, sie tun es aufmerksam. Sie tun es aber nicht als Bestandteil eines Marketingkonzepts oder „industrialisierter Dienstleistungen“. Dann wird Menschlichkeit zur Attrappe.

(Beifall bei der SPD)

Das hat übrigens nichts mit der Schwarzhumorigkeit zu tun, die in Heilberufen durchaus verbreitet ist. Hinter schwarzhumoriger Grobheit kann sich nämlich genau diese Mitmenschlichkeit verstecken. Ein Bild, das Medizin als Industrieprodukt begreift, tut das nicht mehr.

Meine Damen und Herren, der Siegeszug der modernen Medizin war natürlich ein naturwissenschaftlicher Siegeszug. Die beiden Universitätskliniken, die Sie heute verkaufen wollen, hatten einen wesentlichen Anteil am Siegeszug der modernen Medizin als Naturwissenschaft. Niemand kann ernsthaft wollen, dass wir davon abrücken. Das reicht aber nicht. Ein Mensch ist eben mehr als die Summe seiner Organe und biologischen Phänomene. Es ist der Aspekt der Menschlichkeit, der den Unterschied zwischen Ärzten und „Humaningenieuren“ ausmacht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wo geht die Reise hin? Zu den Ärzten oder zu den „Humaningenieuren“? Vielleicht gibt es sogar „Humanwirtschaftsingenieure“. Die Hochschulmedizin ist jedenfalls ein ganz falscher Ort, um der Ökonomie Vorrang zu geben.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Wenn es nämlich jemand lernen muss, dass es eine klare Priorität gibt, dann sind das unsere angehenden Ärzte. Zuerst kommt die Versorgung der Menschen, danach die Frage nach der Ökonomie.

(Beifall bei der SPD – Dr. Christean Wagner (Lahn-
tal) (CDU): Es gibt seit Jahrhunderten private
Krankenhäuser! Sie reden so einen Unsinn! – Wei-
tere Zurufe von der CDU und der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie Zwischenfragen?

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Dr. Thomas Spies (SPD):

Nein.

(Dr. Christean Wagner (Lahn-
tal) (CDU): Es gibt
Dutzende von privaten Krankenhäusern! – Weitere
Zurufe von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, vielleicht gewinnt bei dieser
Operation wenigstens die Forschung. Herr Gotthardt hat
eben mehrfach und sehr lautstark darauf hingewiesen,
dass es 100 Millionen € für die Stiftung gebe. Das sind
aber nicht 100 Millionen € für die medizinische For-
schung – jedenfalls nicht ständig. Es sind 100 Millionen €
für die Stiftung. Das sind 5 Millionen € im Jahr, wenn man
die Gewinne dazurechnet. Dazu kommen die 2 Millio-
nen €, die der Käufer in seine Bestellforschung stecken
will. Das ist zwar ein bisschen etwas anderes als eine freie
Forschung, aber das sei dahingestellt.

Wenn alle diese Mittel für die Medizin in Mittelhessen zur
Verfügung stünden – was sehr umstritten ist, Herr Minis-
ter, da gibt es vielfältige Begehrlichkeiten –, dann würde
das bedeuten, dass wir die Unterfinanzierung der Hoch-
schulmedizin in Hessen von 39 % unter Bundesdurch-
schnitt auf 36 % unter Bundesdurchschnitt reduzieren.
Das ist zwar ein Schritt – ich will das gar nicht kleinreden,
es ist besser als gar nichts –, aber es löst doch das Problem
der notorischen Unterfinanzierung der Hochschulmedi-
zin in Hessen nicht. Beileibe nicht.

(Beifall bei der SPD)

Der Wissenschaftsrat hat seinen Widerstand aufgegeben
und im Wesentlichen Folgendes gesagt: Das Universitäts-
klinikum soll in der Liste der nach dem HBFG förderfä-
higen Einrichtungen bleiben. – Mehr hat er nicht gesagt.
Es ging nur um die Liste der förderfähigen Einrichtungen.

(Frank Gotthardt (CDU): Sie haben das immer be-
stritten!)

Das hat er deshalb gesagt, weil ansonsten für das Land
Hessen ein hohes finanzielles Risiko entstanden wäre.

Bei allem Respekt vor der Wohlabgewogenheit der Ent-
scheidung des Wissenschaftsrats darf man doch durchaus
strittig über die Frage diskutieren, ob denn der Vorrang
von Forschung und Lehre tatsächlich gewahrt bleibt, ob
das Klinikum dem Fachbereich dient oder umgekehrt.
Dass der Wissenschaftsrat keine Chance sah, mehr zu ver-
langen als das, was jetzt herausgekommen ist, weil diese
Landesregierung nämlich zu jedem Zeitpunkt deutlich
gemacht hat, dass sie sowieso verkauft – Sie wollten das ja
alles schon beschlossen haben, bevor der Wissenschaftsrat
entschieden hat –, dass der Wissenschaftsrat an der Stelle
nachgegeben hat, erfüllt uns zwar mit Respekt, aber Herr
Münch hat uns das genau erklärt und gesagt: Ein Klini-
kum unter der Führung eines privaten Trägers würde nie
Kapital bekommen, wenn es sich dem Vorrang der Wis-
senschaft unterwerfen würde.

Spekulieren wir nicht über Meinungen und Einschätzun-
gen. Am Ende wird es weder auf das Selbstlob der Lan-
desregierung noch auf den Jubelantrag der CDU, noch auf
die Meinung von Herrn Münch ankommen. Am Ende gilt
der Vertrag. Wenn wir in den Vertrag hineinschauen, dann
sehen wir, da steht kein Wort davon, dass das Klinikum
dem Fachbereich dient. Da steht, es soll ihn unterstützen.
Unterstützen ist etwas anderes als dienen. Unterstützen
heißt nicht, dass das Primat der Forschung sichergestellt
ist.

Wenn wir auf den Schutz der Freiheit von Forschung und
Lehre zu sprechen kommen – ein kompliziertes Thema,
auf dessen Details ich jetzt gar nicht eingehen will –, dann
müssen wir feststellen, dass der Dekan die Entscheidun-
gen der Geschäftsführung zukünftig anhören darf, und
wenn er ernste Einwände hat, kann er eine Kommission
anrufen. Das ist keineswegs zu kritisieren, aber es ist viel
zu wenig. Wie oft wird er das tun? Wie oft kann man das
tun, bis alle Beteiligten sagen: „Jetzt ist es aber gut“? Die
Fragen, die die Freiheit von Forschung und Lehre betref-
fen, sind nicht hinreichend gelöst. Das Schwert des De-
kans in seiner Eigenschaft als Schützer der Freiheit von
Forschung und Lehre ist ein ziemlich stumpfes.

Meine Damen und Herren, Krankenhäuser sind Einrich-
tungen der Daseinsvorsorge. Sie haben, wie das zu den Ei-
genschaften der Einrichtungen der Daseinsvorsorge ge-
hört, ein regionales Versorgungsmonopol. Vielleicht soll-
ten wir die Größenordnung der Versorgung ein bisschen
überdenken. Vielleicht brauchen wir regionale Verbund-
strukturen. Herr Gotthardt, damit komme ich zu Ihrem
Zwischenruf in Bezug auf die Fusion: Das könnte man
vielleicht richtig gut machen. Man könnte, das haben wir
detailliert vorgeschlagen, einen regionalen wirtschaftli-
chen Verbund der öffentlichen Krankenhäuser einrich-
ten. Dafür braucht man aber keinen privaten Träger. Da-
für muss man nur die Krankenhäuser zusammenführen.
Damit kann man die Effizienz steigern, die kleinen Kran-
kenhäuser in der Region erhalten, die wohnortnahe Ver-
sorgung der Menschen sichern, Doppelstrukturen und
Doppeluntersuchungen verhindern, die Patienten schnell
und effizient versorgen und vielleicht auch die Hausärzte
einbinden.

Präsident Norbert Kartmann:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Dr. Thomas Spies (SPD):

Eine solche Vollversorgung ist eine Aufgabe der Daseins-
vorsorge, für die wir Ihnen sehr detaillierte Vorschläge ge-
macht haben. Am Ende liegt der Unterschied darin: Blei-
ben 10 % für die Menschlichkeit oder für die Dividende?
Was Sie hier tun – –

(Dr. Christean Wagner (Lahn-
tal) (CDU): Ist
Schwachsinn!)

Krankenhäuser sind Einrichtungen der Daseinsvorsorge.

(Dr. Christean Wagner (Lahn-
tal) (CDU): Auch Pri-
vatärzte verdienen Geld!)

Herr Münch sieht das anders.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist endgültig zu Ende.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU – Zurufe von der CDU und der FDP)

– Meine Damen und Herren, lassen Sie den Redner bitte zum Ende kommen.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Dr. Thomas Spies (SPD):

Meine Damen und Herren, Gesundheit ist keine Ware. Sie ist kein Konsumgut. In dem Irrtum, dass es sich um ein Wirtschaftsgut handle, sind wir schon lange zu weit gegangen. Was wir stattdessen brauchen, ist eine Gesundheitspolitik, eine Krankenhauspolitik, die die Ärzte und Schwestern in den Krankenhäusern und alle Angehörigen der Heilberufe wieder in die Lage versetzt, das Wohlergehen der Menschen in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen zu stellen – ohne Kompromisse.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege, ich gebe Ihnen jetzt noch zehn Sekunden.

Dr. Thomas Spies (SPD):

Mit dem Verkauf des Universitätsklinikums verschenken Sie das Eigentum der Bürgerinnen und Bürger, die es bezahlt haben.

(Frank Gotthardt (CDU): Wir verkaufen es!)

Sie vernichten ohne Not Hunderte von Arbeitsplätzen. Sie gefährden Forschung und Lehre und verhindern –

(Zurufe von der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist jetzt zu Ende. Herr Dr. Spies, bitte hören Sie auf den Präsidenten, sonst haben wir Probleme miteinander.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Letzter Satz!)

– Herr Dr. Spies, Ihre Redezeit ist zu Ende. Nein, fertig. Ich habe dreimal ermahnt, bitte.

(Gerhard Bökel (SPD): Noch neun Sekunden!)

Dr. Thomas Spies (SPD):

Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Roland Koch, Ministerpräsident:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich mache von dem Recht der Regierung Gebrauch, sofort zu antworten. Denn ich gebe schon zu: Eine Reihe der Bemerkungen, die Abg. Dr. Spies gemacht hat, erfordert eine direkte Antwort derjenigen, die es vertreten und verhandelt haben.

Herr Dr. Spies, ich sage das sehr offen: Wir können über viele politische Fragen endlos streiten. Das ist bei unterschiedlichen Grundvorstellungen der Fall. Ich finde aber, die Motive, die Sie hier anderen Menschen unterstellt haben, sind in manchen Bereichen weit jenseits dessen, was wir untereinander machen sollten. Deshalb antworte ich.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Zusammengefasst haben Sie mit viel Tremolo in der Stimme unterstellt, dass, wenn sich privatwirtschaftliches Interesse mit Krankenversorgung, jedenfalls bei den Krankenhäusern, verbindet, daraus unmittelbar, erstens, ein ziemlich niedriger Beweggrund der Kapitaleigentümer und, zweitens, ein Lebensnachteil für diejenigen, die in einer solchen Klinik behandelt werden, entstehen.

(Zuruf von der CDU: Ungeheuerlich!)

Herr Dr. Spies, haben Sie sich wenigstens eine Sekunde überlegt, was Sie da sagen? Wenn Sie aus diesem Hause hinausgehen, dann fahren Sie an der Deutschen Klinik für Diagnostik vorbei: Rhön-Klinikum, mit größter Spezialisierung bei Knochenmarksübertragung und vielen anderen Dingen. Ist Ihnen schon einmal ein Patient begegnet, und haben Sie eine Vorstellung davon, was Sie ihm gerade gesagt haben?

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): So ist es!)

Gehen Sie in die andere Richtung. Da finden Sie die Kliniken Paulinenstift von Asklepios. Haben Sie das Paulinenstift früher einmal gesehen? Es gibt ein paar sozialdemokratische Abgeordnete, die einen ehemaligen Direktor des Landtags kennen, der dort ehrenamtlich tätig war und es an Asklepios verkauft hat – weil er es nicht mehr halten konnte. Den Menschen ging es damals in diesem Klinikum dreckig, und heute geht es ihnen dort gut. Hören Sie auf, so etwas zu machen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Das gleiche Thema finden wir ein paar Meter weiter. Dort finden Sie die ärztlichen Kliniken von Helios. Gehen Sie noch ein bisschen weiter, da finden Sie sogar welche von Fresenius – die heute zusammen sind.

Lassen Sie uns über diesen Punkt reden. Aber hören Sie auf, den Anteil von inzwischen einem Drittel der Kapazität der Krankenhäuser in diesem Land in eine Situation zu bringen, in der die Menschen, die Ihnen zuhören, Angst haben müssten, dorthin zu gehen, obwohl ihre praktische Lebenserfahrung, wenn sie dort sind, eine ganz andere ist. Es geht darum, dass wir mit staatlicher Organisation, so gut die in vielen Bereichen des Lebens ist, manche Herausforderungen offensichtlich nicht bewältigen können.

(Gernot Grumbach (SPD): Weil Sie es nicht organisieren können! – Lebhafter Widerspruch von der CDU und der FDP)

Schauen Sie einmal, Sie sind alle Kommunalpolitiker. Wahrscheinlich waren Sie früher auch einmal in Alteneinrichtungen der Landkreise. Ich hoffe, das hat Sie ähnlich beeindruckt wie mich. In den meisten Regionen Deutschlands gibt es heute keine kreisweiten Altenheime mehr.

(Reinhard Kahl (SPD): Was?)

Gehen Sie einmal durch die Alteneinrichtungen, und kommen Sie einmal irgendwohin und behaupten Sie, den Menschen dort ginge es heute schlechter als damals. Sie wissen, dass das nicht die Wahrheit ist – obwohl inzwischen unternehmerische Aktivitäten dabei sind.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

Und jetzt, Herr Dr. Spies – ich meine jetzt ausdrücklich: Dr. Spies –, wollen wir einmal eine kleine Sekunde darüber reden, warum das alles geschieht. Sie wissen genauso gut wie ich, dass das Thema in Gießen und Marburg, neben allen politischen Diskussionen, einen strukturellen Kern hat – dass nämlich dort Spezialmedizinversorgung, wie sie Universitätskliniken erbringen muss, zu einem Teil mit der Regelversorgung verbunden ist, wie man sie normalerweise in einem städtischen oder Kreis Krankenhaus macht. Sie wissen, dennoch muss die Herausforderung gewonnen werden, im internationalen Wettbewerb mit seiner Forschungsintensität zu bestehen, denn sonst wäre der universitäre Teil für diejenigen, die dort ausgebildet werden müssen, nichts mehr wert. Das ist die Aufgabe.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie kennen auch die Tatsache, dass in Deutschland normalerweise zwei Millionen Einwohner auf den Einzugsbereich einer Universitätsklinik kommen. Das ermöglicht, dass die Anzahl der schweren Fälle für ein Krankenhaus der Maximalversorgung dort tatsächlich erreicht wird; in Gießen und Marburg aber haben wir das Problem, dass wir in einem Einzugsbereich von nur einer Million Menschen zwei Universitätskliniken haben.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): So ist es!)

Das ist Banalmathematik: Da scheint doch ein Problem zu liegen.

Zu diesem Problem kommt jetzt noch etwas hinzu, von dem Sie wissen; und ich erlaube mir, das Ihnen ein bisschen mehr übel zu nehmen als jedem anderen. Sie kennen das, was zurzeit in der Medizin passiert, besser als andere.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): So ist es!)

Warum reden wir über Bettenreduzierung? Warum reden wir über die Veränderung von Personalschlüsseln? Entschuldigung, Herr Dr. Spies, warum hat denn die öffentliche Hand in Marburg und in Gießen, auch in Frankfurt, in den letzten Jahren Personal abgebaut? Warum gibt es denn diese Sonderurlaubsnummer bei den öffentlichen Krankenhäusern? Warum stellen denn die Universitätskliniken nur noch befristete Beschäftigte ein? – Das tun die doch nicht, weil sie böse Menschen wären. Bei Ihnen sind per Definition Staatsdiener gut und Private schlecht; es waren also die Guten, die das alles gemacht haben. Warum wohl?

Jetzt muss man doch sehen: Dahinter steckt doch nicht nur etwas Böses. Nehmen Sie Ihren Blinddarm. Vor 20 Jahren gehörte in Deutschland für die Entfernung des Blinddarms ein Krankenhausaufenthalt von zwei Wochen dazu. Das war, als mein Vater operiert worden ist, am Ende der Sechzigerjahre noch selbstverständlich – der war zwei Wochen im Krankenhaus. Später war er eine Woche im Krankenhaus. Heute schneidet in einem solchen Fall kein Mensch mehr, sondern es geht laparoskopisch, und er hat möglicherweise die Chance, nach drei, vier Tagen nach Hause zu gehen.

Nun ist eine Blinddarmentzündung nicht zwingend ein Fall für eine Universitätsklinik.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den gibt es auch nur einmal!)

Schauen Sie also einmal in die Herzmedizin. Ist es denn ein Nachteil, dass wir bei einer Herzkranzgefäßverengung früher immer nur sofort operativ den Brustkorb öffnen mussten? Das dauerte natürlich drei, vier und fünf Wochen. Heute gibt es den Linkskatheterherzmessplatz – das dauert an den großen Universitätskliniken derzeit möglicherweise nur Stunden, an den Privaten geht es übrigens teilweise ein Stück schneller als an den Öffentlich-Rechtlichen. Es gibt heute minimalinvasive Methoden, um am Herzen zu operieren, ohne das alles zu tun.

Das bedeutet, der Spezialfall Thoraxöffnung, der früher an der Universitätsklinik praktiziert wurde und dort sechs Wochen dauerte, dauert heute möglicherweise nur noch drei Tage. Es ist gut für die Menschen, dass das so ist. Je schneller es geht – von wegen industrieller Medizin –, je mehr Methoden es gibt, dass der Patient nach drei Tagen wieder nach Hause kann, umso besser ist es für den Menschen. Das ist kein Angriff auf den Menschen, sondern das ist der Fortschritt der Medizin.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie wissen auch, dass die Zeitfortschritte bei der Behandlung in Universitätskliniken am schnellsten gehen, nämlich in Häusern mit Maximalversorgung. Denn je schwerer die Krankheit, desto größer ist heute der Zeitgewinn der Medizin durch neue Behandlungsmethoden. Sie wissen ganz genau, dass deshalb der entscheidende Druck auf Personal und Bettenzahl an Universitätskliniken liegt, sogar unter den vorgegebenen zwei Millionen Einwohnern. Da heißt es doch, den Menschen in Gießen und Marburg in übelster Weise Sand in die Augen zu streuen, wenn man behauptet, dass wir unter den vorhandenen Organisationsstrukturen auch nur den Funken einer Chance hätten, annähernd so viel Beschäftigung in Gießen und Marburg zu erhalten, wie wir es jetzt tun. Das ist der Ausgangspunkt, warum wir über die Schaffung anderer Strukturen nachdenken.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das hat er ausdrücklich nicht gesagt, das wissen Sie, Herr Koch!)

Ich persönlich bin davon überzeugt, dass es am Ende des nächsten Jahrzehnts in dieser mittelhessischen Region mehr Medizinarbeitsplätze geben wird, nicht weniger. Aber ich kann das nicht versprechen. Wovon ich aber fest überzeugt bin, ist: Durch diese Maßnahmen, die wir jetzt vornehmen, wird der Arbeitsplatzabbau verlangsamt, möglicherweise sogar relativ schnell gestoppt – ein Arbeitsplatzabbau, der in dramatischer Weise unausweichlich gewesen wäre. Denn wir können Patienten nicht länger einweisen, als wir sie behandeln wollen. Das ist im Interesse der Patienten, denn sie werden gut behandelt. Aber es ist vor allen Dingen im Interesse des mittelhessischen Raums und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Gießen und Marburg, dass wir diese Entscheidung so getroffen haben. Das ist eine Motivation, mit der wir herangegangen sind.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Der Vorteil liegt doch auf der Hand. Was ein privatwirtschaftliches Unternehmen einbringt und was eine wichtige Voraussetzung bei der Ausschreibung war, das ist ein Netzwerk bei einer immer stärker ins Privatrecht gehenden Medizin. Egal, was die sozialdemokratische Fraktion im Hessischen Landtag jetzt gerade einmal erzählt: Die sozialdemokratischen Fraktionen in den Städten und Kreistagen nehmen reihenweise an diesen Privatisierungen teil, weil sie ökonomisch vernünftig sind. Deswegen

sind so viele Kreiskrankenhäuser in Deutschland und so viele Regionalkrankenhäuser jetzt in der Hand von Unternehmen: weil die Kreise sehr zufrieden mit dem sind, was dort geschieht. Das kann man an vielen Stellen beobachten – wir brauchen nur ins nördliche Hessen zu gehen. Da weiß man dann, wie schnell das auch mit den Sozialdemokraten geht.

Die Frage ist: Wo sind die Knoten der Netzwerke der Zukunft? Die Knoten der medizinischen Netzwerke der Zukunft sind die Plätze, an denen die Exzellenz entsteht, an denen die Maximalversorgung für einen größeren Einzugsbereich stattfindet. Was wir in Gießen und Marburg tun, um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine Zukunft zu geben, ist schlicht und ergreifend: aus dem Umfeld von einer Million letztlich das Umfeld der Bundesrepublik Deutschland zu machen – wenn die Patienten in Krankenhäuser dieses Betreibers gegangen sind, es zum Schwerpunkt für besonders komplizierte Behandlungen zu machen, den Ruf dieser Universitätsklinik zu stärken, eine ausreichende Anzahl von Fällen für diese Art von spezieller Medizin anzubieten. Damit erhalten wir genau dort Arbeitsplätze, wo wir in einem regionalen Wettbewerb stehen, nämlich in Gießen und in Marburg. Das wird in Zukunft auch gelingen, und das kann nur mit einer privaten Struktur gelingen. Denn als Land Hessen können wir keinen Klinikkonzern in Deutschland aufbauen. Das können eben nur die anderen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zu einer letzten Bemerkung kommen. Wie leichtfertig wird da über Forschung geredet.

Sie können alle Privaten für blöd oder für Geier halten. Das mag sein – wenn das Ihr Weltbild ist, wie Sie das hier vorgetragen haben. Es ist nicht das meine, aber das ist Teil der politischen Auseinandersetzung, wenn Sozialdemokraten – oder Sie jedenfalls – sagen, Private haben immer den Verdacht gegen sich, dass sie den Menschen eigentlich nichts Gutes wollen. Nun gut.

Selbst wenn Sie das annehmen, kann man nicht bestreiten, dass im Verhältnis zu Kliniken, die an anderer Stelle gekauft worden sind, die Beteiligten eine beachtliche Investition leisten müssen, also sehr viel Geld in die Hand nehmen müssen, wobei es zunächst einmal egal ist, ob sie das als Kaufpreis oder in Form eines neuen Gebäudes leisten. Denn würden sie das Gebäude nicht bauen, müssten sie es in den Sozialfonds zahlen; würden sie es nicht in den Sozialfonds zahlen, müssten sie es als Kaufpreis leisten. Was wir gemacht haben, ist doch, zu sagen: Wir verkaufen euch keine Klinik, sondern wir verkaufen euch eine Klinik unter extrem detaillierten Bedingungen, was wir alles haben wollen, von Sozialfonds über Baumaßnahmen und anderes. – Das muss man doch zusammenrechnen. Dann sind es viele Hundert Millionen Euro. Ein paar Kreiskrankenhäuser hätte man billiger bekommen können.

Der private Unternehmer, der das macht, ein aktiennotiertes Unternehmen, kauft sich ein teureres Element, dessen Preis sich nur dadurch rechtfertigen lässt, dass es eine Universitätsklinik ist. Das heißt, niemand hat in Zukunft mehr Interesse als der private Unternehmer aus den von Ihnen für so böse gehaltenen Gewinnabsichten, dafür zu sorgen, dass diese Universitätsklinik einen internationalen Ruf hat, dass sie Forschungsergebnisse liefert. Wenn sie das nicht hat, wie soll er dann rechtfertigen, dass sie mitten in einem Netzwerk ist? Wir wollen, dass er Patien-

ten bringt, ja. Aber er muss dort seine wirtschaftlichen Ergebnisse erzielen, indem er die Qualität bringt, dass Menschen dahin wollen. Er kann nicht in Füssen beschließen, jemanden mit dem Krankenwagen nach Gießen zu verschicken. Er muss in Füssen damit werben können: Wenn es dir schlechter geht und du spezielle Behandlung brauchst, können wir dich sogar in unser Spezialzentrum nach Gießen/Marburg bringen. – Das ist die Funktion. Wenn Sie schon den Kapitalismus durchdenken, dann bitte ganz zu Ende.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Es gibt niemanden, der ein größeres Interesse daran hat, dass an dieser Stelle in Zukunft außergewöhnliche medizinische Leistungen erbracht werden.

Natürlich kann und muss man über viele Dinge aus Vorsicht reden; das würde ich Ihnen wieder zugeben. Staat und Private müssen immer in einem Verhältnis stehen, dass der Staat die Einhaltung bestimmter Regeln garantieren kann. Es ist lange darum gerungen worden, wie das geht. Einen ersten Schutz haben wir im Erbbaurecht. Wenn er sich ganz falsch verhält, fällt das alles an uns zurück. Wir haben einen zweiten Schutz durch die Beilehung. Der Minister hat das vorhin ausführlich dargestellt. Wir können direkt eingreifen. Wir haben einen dritten Schutz: Wir sind Mitgesellschafter geblieben. Obwohl wir nur 5 % behalten, gibt es wichtige Dinge, die die anderen 95 % gegen das Land Hessen und seine Vertretung nicht durchsetzen können.

(Axel Wintermeyer (CDU): Richtig!)

Dann haben wir gesagt, diese 5 % lassen wir aus dem Wissenschaftsressort steuern, nicht als Finanzbeteiligung oder anders. Die haben sich an die Rechte der Dekane gebunden. Die Dekane sitzen in der Geschäftsleitung des Unternehmens. Wenn die sich streiten, wird ein unabhängiger Ausschuss unter dem Vorsitz einer entscheidenden Stimme, die vom Wissenschaftsministerium und nicht von den Privaten berufen wird, die Entscheidung treffen.

Wir haben wirklich ein Netz gebaut, in dem sichergestellt ist, dass die öffentlichen Interessen beibehalten werden. Aber wir haben einen Privaten dazugesteckt, der seine Chance nur wahrnehmen kann, wenn er am Ende eine erfolgreiche Universitätsklinik betreibt. Eine bessere Garantie dafür, dass das in Zukunft einigermaßen funktioniert, kann es nicht geben.

(Beifall bei der CDU)

Darauf baut die Basis auf. Das ist übrigens auch das Motiv, warum der Betreiber mindestens 2 Millionen € pro Jahr in die Forschung gibt. Das Wort „Auftragsforschung“ ist schon wieder die nächste Ideologie. Was machen wir denn in Marburg und Gießen an Ranking von Drittmittelforschung? Was bemühen wir uns denn über die Industrie? Herr Spies, ich bin dankbar dafür, dass Sie es noch einmal gesagt haben. Wo immer ich im Augenblick durch Universitäten gehe und wo immer wir es mit anderen vergleichen, stelle ich fest: Was 20 Jahre lang falsch gemacht worden ist – das ist politisch die Herrschaft dieser Seite gewesen –, ist, dass Wissenschaftler mies gemacht worden sind, wenn sie mit der Industrie zusammengearbeitet haben. Dann sind sie irgendwo in die Welt gegangen und haben ihre Produkte entwickelt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Gehen Sie einmal durch die Kliniken in den Vereinigten Staaten, und sprechen Sie mit den Professoren, die ausgewandert sind. Das ist relativ einfach, die sprechen alle Deutsch. Fragen Sie sie einmal präzise nach den Gründen. Dann gehen Sie in die naturwissenschaftlichen Fakultäten und fragen sie nach den Gründen, warum die weggegangen sind: weil sie dort in ihrer Freiheit von Forschung zugleich unternehmerisch tätig sein konnten. Natürlich wird das ein Stück stärker eine Überlegung sein, die manche in der Klinik haben. Aber wir arbeiten als öffentliche Hand seit Jahren daran, endlich diese Mentalität zu bekommen. Wir geben jetzt den Menschen dort, auch den Professoren, Rahmenbedingungen, in denen sie das schneller können. Wenn sie eine gute Idee haben und zu Herrn Corts gehen müssen, haben sie das Risiko, dass sie frühestens zwei Jahre später im Haushaltsplan die Möglichkeit haben, neue Dinge in Angriff zu nehmen, wenn es große Dinge sind.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): So lange dauert das bei Ihnen, Herr Corts?)

In einem Unternehmen können sie das sechs Wochen später machen. Das ist der Unterschied zwischen privat und öffentlich. Das ist nichts Böses, sondern das ist Demokratie. Aber unternehmerisches Handeln taugt nicht an jeder Stelle für Demokratie.

Fortschritt bekommen Sie nur, wenn Sie den Menschen eine gewisse Freiheit geben. Nur damit das nicht sozusagen monopolistisch wird, haben wir gesagt, wir nehmen die 100 Millionen €, die der kapitalisierte Kaufpreis sind, und stecken sie in die Forschung, damit jeder Professor weiß, wenn er zum Geschäftsführer des Unternehmens geht und der sagt: „Das passt mir nicht“, dann hat er immer die Chance, an eine nächste Stelle mit internationalen Experten zu gehen, einen kleinen Wissenschaftsrat in dieser Forschungseinrichtung zu haben, und wenn diese Forschung es wert ist, dann bekommt er das Geld, egal was der Unternehmer will. Idealerweise kann man sich doch das Verhältnis von Forschung, wirtschaftlichen Interessen und der Kombination verschiedener Dinge gar nicht vorstellen.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Nicola Beer (FDP))

Über viele der Punkte mag man streiten können. An zwei Punkten reagieren alle Kollegen hier, jetzt ich, empfindlich. Das war mein Ziel, zu sagen: Wir lassen uns von Ihnen nicht vorwerfen, dass es uns nicht um die Patienten ginge.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): So ist es!)

Denn mit dem, was wir machen, haben wir im Sinn, dass es auf Dauer mittelhessischen Patientinnen und Patienten in Deutschland besser geht, weil wir die medizinischen Einrichtungen erhalten und sie nicht aufgrund des Veränderungsdrucks, der in der Geographie dieser Region steckt, kaputtgehen lassen. Das lassen wir uns von Ihnen nicht absprechen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das Zweite. Wir haben dieses Projekt jetzt begonnen, damit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dort in Zukunft eine Perspektive haben. Dazu gehören auch Investitionen. Sie gehören wahrscheinlich mehr zu dem Teil Arbeitnehmer als zu dem Teil Patienten. Die Investition ist ein nicht unbedeutender Beitrag dazu, Zukunft zu gestalten. Dass sie so schnell gehen, dass wir in Gießen in relativ kurzer Zeit praktisch ein neues Uniklinikum entste-

hen lassen können, ist doch ein Garant. Glauben Sie, ein privater Betreiber baut ein neues Universitätsklinikum, um es anschließend leer stehen zu lassen? Glauben Sie allen Ernstes, er hätte nicht jeden Morgen und jeden Abend die Sorge, wie er es schafft, dort genug Geschäft hineinzubringen?

Ihre kapitalistische Denkweise, die Sie dem unterstellen, wird ihn dazu führen, dort Patienten hereinholen zu wollen. Wenn er Patienten hat, haben Arbeitskräfte im pflegerischen Dienst und im medizinischen Dienst Arbeit. Wenn er eine Protonenklinik dazu baut, hat er dort etwas, was es in ganz Deutschland so nicht gibt. Es werden Menschen von überall her dorthin kommen – siehe Netzwerk –, und er schafft neue Arbeitsplätze im technischen Betrieb, in der medizinischen Betreuung, in Hotels, die darum herumstehen, und alles andere. Es ist die Zukunftschance für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Mittelhessen. Das war unser Motiv, diese Dinge zu beginnen, und das werden wir uns von Ihnen nicht in den Dreck ziehen lassen. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Präsident Norbert Kartmann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mir jetzt die Gelegenheit, mich mit Herrn Dr. Spies insofern zu unterhalten, dass ich ihm verschiedene Angebote für eine Redezeit machen kann. Sie haben eine Kurzintervention beantragt. Aber aufgrund dessen, was wir an plausibler und transparenter Redezeitregelung haben, die jeder versteht, haben wir elf Minuten zusätzlich für Sie. Dann gehe ich in die geltende Redezeitregelung, und Sie bekommen aus den elf Minuten das Kontingent, das Sie brauchen. – Entschuldigung, dann haben Sie nicht das Wort.

(Frank Gotthardt (CDU): Kurzintervention oder Rede der GRÜNEN!)

– Das ist doch unser Problem. Was hat Priorität? – Bitte schön, Herr Dr. Spies, zwei Minuten.

(Clemens Reif (CDU): Ich dachte, die Operation Spies sei erfolgreich beendet!)

Dr. Thomas Spies (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man kann es ganz schnell auf den Punkt bringen. Herr Ministerpräsident, Sie haben an der Stelle etwas ganz Essenzielles nicht verstanden.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU: Oh!)

Es geht überhaupt nicht um die Frage, ob ich private Unternehmen mag oder nicht. Das spielt überhaupt keine Rolle. Sie haben an der Stelle nicht zugehört.

(Zurufe von der CDU)

Es geht auch nicht darum, dass Krankenhäuser ineffizient geführt werden sollten, dass bestehende Organisationsformen, die Effizienzmängel haben, erhalten werden sollten, dass schlecht geführte Krankenhäuser schlecht geführt bleiben sollten. Was für ein Unsinn.

(Minister Stefan Grüttner: Das ist doch alles falsch!)

Herr Ministerpräsident, es geht um eine ganz einfache Frage. Nur weil Sie Krankenhäuser nicht organisieren können, heißt das nicht, dass man es in öffentlichem Eigentum nicht tun kann.

(Beifall bei der SPD – Frank Gotthardt (CDU): Ein solcher Unfug! – Weitere Zurufe von der CDU)

Das Ergebnis Ihres Versuchs, sich aus der Verantwortung zu stehlen, ist, dass ein relevanter Teil des Umsatzes zukünftig nicht mehr zur Verfügung steht. So viel besser können die Privaten das aber nicht.

Lassen Sie mich eine letzte Bemerkung machen; zwei Minuten sind nicht viel. Herr Ministerpräsident, wenn Sie uns hier etwas von Netzwerken erzählen, sprechen Sie von einem Netzwerk, das 3 % des Krankenhausumsatzes betrifft.

Ein Netzwerk der kommunalen Krankenhäuser, in das man diese Universitätskliniken integriert hätte, hätte einen Marktanteil von 60 % und nicht von 3 %. Wenn Sie ein vernünftiges Netzwerk wollen, machen Sie ein öffentliches, statt die Zentren eines öffentlichen Krankenhausnetzwerks zu verticken.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Frau Kollegin Sorge für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Verehrter Herr Ministerpräsident,

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

dass Sie in dieser Debatte um die Privatisierung der Unikliniken Gießen und Marburg dem Kollegen Spies Plattheit und Ideologie vorwerfen

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das war doch umgekehrt!)

und hier nach vorne gehen und sich selbst mit dem Kollegen Spies eine ideologische Schlacht liefern, die an Plattheit wirklich nicht zu überbieten ist,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

das ist diesem ganzen Thema wirklich nicht angemessen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Man kann fast sagen, nachdem Sie ja noch einmal 20 Minuten geredet haben: Wenn Sie noch zehn Minuten weitergeredet hätten, hätten Sie das Gegenteil des Kollegen Spies, der Kapitalismuskritik geübt hat, gemacht, nämlich, was weiß ich, Kapitalismusverherrlichung. Wenn Sie dann noch zehn Minuten weitergeredet hätten, hätten wir wahrscheinlich gehört, dass es im Kapitalismus überhaupt keine Krankheiten mehr gibt.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, es geht aber hier nicht um die Frage der Privatisierung von Krankenhäusern – genau das ist das Problem der Reden der Kollegen Koch und Spies gewesen –, sondern es ist die Debatte um die Privatisierung

einer bzw. zweier Universitätskliniken. Das ist ein ganz deutlicher Unterschied.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In diesem ganzen Verfahren haben wir ja verschiedene Fragen thematisiert. Meiner Ansicht nach müssen wir diese verschiedenen Fragen und die Risiken, die bei einer Privatisierung eines Universitätsklinikums entstehen, auch seriös behandeln. Genau das haben wir in den letzten Monaten bzw. im ganzen letzten Jahr leider nicht erlebt, denn das Privatisierungsverfahren war und ist alles andere als ein gründliches Verfahren gewesen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben nämlich bereits in der ersten Hälfte des letzten Jahres unsere Fragen nach genauen Regelungen und Auswirkungen nicht beantwortet und sich schon in der zweiten Hälfte und im Sommer letzten Jahres in Widersprüche verstrickt und sämtliche Einwände in all den Anhörungen der Expertinnen und Experten einfach ignoriert. Dann haben Sie in der Beratung über das Uniklinikengesetz und auch bei der Einsichtnahme in die Verträge eine Hektik und ein Chaos verbreitet, das auf alles andere als ein gründliches und durchdachtes Privatisierungsverfahren schließen lässt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in den letzten zwei Monaten haben Sie bei dem von Ihnen selbst produzierten Zeitdruck gleich zweimal einen Rückzieher gemacht. Diese kleinen Rückzieher aber sind nur zum Teil auf Druck von Opposition und Öffentlichkeit entstanden; zum anderen Teil waren diese Rückzieher Ihrem eigenen Dilettantismus zuzuschreiben. Denn die Verschiebung der Entscheidung des Haushaltsausschusses vom Dezember letzten Jahres auf Januar dieses Jahres war keine Konzession an die Opposition, sondern Sie haben schlicht und ergreifend urplötzlich gemerkt, dass zu dem eigentlich geplanten Zeitpunkt das Bieterverfahren formal noch gar nicht abgeschlossen war. Das ist doch wirklich peinlich, Herr Koch und Herr Corts. Solche Dinge müssen einem doch wirklich vorher auffallen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese ganze Hektik in dem Verfahren merkt man auch sehr deutlich den verhandelten Verträgen an. Darauf gehe ich später noch ein. Dass Sie sich für solche Dinge aber noch nicht einmal schämen, sondern weiter Ihre Sprechblasen sprechen und dies in Ihren Presseerklärungen begründen, zeigt nun wirklich, wie weit Ihnen die Arroganz der Macht inzwischen zu Kopf gestiegen ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Hierzu passt dann auch die Bejubelung durch die CDU-Fraktion im letzten Dezember-Plenum, wo die CDU in voreilem Gehorsam wie die Lemminge über ein überzeugendes Angebot der Rhön-Klinikum AG beschließen wollte, ohne zu diesem Zeitpunkt überhaupt Kenntnisse über dieses Angebot gehabt zu haben. Das ist doch wirklich affig, meine Damen und Herren von der Regierungsfraktion. Das ist unnötig und wirklich alles andere als sachdienlich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Immerhin kann man Ihnen zugute halten, dass Sie am 20. Dezember bemerkt haben, dass Ihre geplante Hauruck-

Methode, nämlich den Landtag am 26. Januar entscheiden lassen zu wollen, obwohl die wesentliche Entscheidung des Wissenschaftsrats erst auf 27. Januar, also für einen Tag später, terminiert war, doch wirklich absurd gewesen wäre.

Jetzt haben wir mit der heutigen Sondersitzung oder auch der regulären Plenarsitzung, wie immer man es nennt, zur Klinikprivatisierung wenigstens die Entscheidung des Wissenschaftsrats abwarten können. Aber auch das ist aus mehreren Gründen eine Farce, denn die Landesregierung hat die Verträge mit der Rhön-Klinikum AG bereits unterschrieben. Nachbesserungswünsche des Wissenschaftsrats wären also in diesem Verfahren überhaupt nicht mehr möglich gewesen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Gesetz wurde sogar bereits im Dezember verabschiedet. Allein dies hatte schon den Anforderungen des Wissenschaftsrats widersprochen, denn dieser hat ja ganz explizit in der Anhörung die Möglichkeit einer Gesetzesmodifizierung nach dem Bekanntwerden der Verträge und vor allem auch nach dem Votum des Wissenschaftsrats gefordert. Für ein gründliches Verfahren wäre nach der erfolgten Gesetzesänderung demzufolge eine weitere Anhörungsrunde der Experten nötig gewesen. Das haben Sie aber nicht nur ignoriert, sondern Sie haben im Dezember im Haushaltsausschuss sogar auch noch abgelehnt, nochmals wenigstens den Generalsekretär des Wissenschaftsrats vor dem heutigen Plenum zu den Ergebnissen der Beratungen des Medizinausschusses zu hören.

Der eigentliche Skandal ist aber, dass Sie mit diesem Verfahren dem Wissenschaftsrat ganz explizit die Pistole auf die Brust gesetzt haben.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
So ist es!)

Nachbesserungen waren im Verfahren nicht mehr möglich, und Sie haben ganz eindeutig den Wissenschaftsrat mit den vollendeten Tatsachen so unter Druck gesetzt, dass es wirklich eine hohe Hürde gewesen wäre, seine in der Anhörung vertretene Position weiter aufrechtzuerhalten. Dieser Umgang mit dem Wissenschaftsrat ist wirklich unsouverän und ziemlich unfein, Herr Koch und Herr Corts.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Methoden, mit denen Sie in dem Privatisierungsverfahren gearbeitet haben, sind aber nicht nur in Bezug auf den Wissenschaftsrat chaotisch und unprofessionell. Die Kritik eines unterlegenen Bieters haben Sie sehr schnell mit dem Argument, das Verfahren sei ordnungsgemäß abgelaufen und die Angebote seien ordnungsgemäß geprüft, zurückgewiesen. Das kann man aber angesichts der Performance, die Sie vorher hingelegt haben, wirklich nur schwer glauben, und es bleiben auch viele Ungereimtheiten.

Der Wissenschaftsminister wies beispielsweise in einer Presseerklärung darauf hin, dass nur die Angebote bewertet und verglichen wurden, die bis zum 13. Dezember eingegangen waren. Im Haushaltsausschuss haben wir aber im Januar erfahren, dass es noch am 16. Dezember Nachbeurkundungen gegeben hat, und zwar auf Veranlassung des Landes. Hier haben Sie in Ihrer Presseerklärung eindeutig die Unwahrheit gesagt oder zumindest bewusst mit Halbwahrheiten gearbeitet. Herr Corts, das kann man doch wirklich kein korrektes und durchdachtes Verfahren nennen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei Abgeordneten der SPD)

Jetzt steht der Landesregierung also eventuell auch noch eine Klage eines Mitbieters ins Haus. Das Projekt ist demzufolge keinesfalls in trockenen Tüchern. Wenn hier eine Klage kommt, haben Sie dem mit Ihrem Verhalten wirklich Tür und Tor geöffnet.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch noch einmal an das Hickhack um die Einsichtnahme in die Verträge erinnern. Nicht nur, dass Sie von den Abgeordneten verlangen, in Windeseile Akten zu sichten, über denen Anwaltskanzleien und Unternehmensberatungen monatelang brüten, nein, die Verträge waren auch noch unvollständig, waren auf unterschiedlichem Stand der Verhandlungen und haben vor der Entscheidung nur anonymisiert und auch noch ohne Zahlen zur Einsicht vorgelegen.

Während des Dezember-Plenums hat die Landesregierung sogar bewusst alle Mechanismen bedient, um zu erreichen, dass wir in die Akten mit den Zahlen vor der Plenarsitzung keine Einsicht erhalten. Das wiederum fand an einem Dienstag statt, und zunächst hieß es, wir sollten die endgültigen Verträge am Sonntag davor per E-Mail bekommen. Dies wurde dann verschoben, und es hieß, wir sollten sie uns am Montag um 11 Uhr im Landtag abholen. Im Laufe dieses Montags hieß es dann, dass sie am Nachmittag an den Landtag gegangen seien, und spät abends hat man mich noch auf dem Handy angerufen und bedauert, ganz halbherzig bedauert, dass die Unterlagen erst ankamen, als der Landtagspräsident schon nicht mehr im Büro war, sodass die Verträge halt auch nicht mehr entsprechend weiterverteilt werden könnten. Sie würden aber im Laufe des Dienstags an uns gehen, hieß es an diesem Montagabend auch noch. Dass die Verträge dann trotzdem im Laufe des Dienstags nicht aufgetaucht sind, sondern erst Anfang Januar kommen sollten, das erfuhren wir schließlich an dem Dienstagnachmittag. Das ist doch wirklich kein Umgang mit dem Parlament,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

und für diesen Vorgang gibt es nun wirklich nur zwei Deutungsmöglichkeiten, die Ihnen allerdings beide ein Armutszugnis ausstellen.

Entweder hat Sie das Chaos zu diesem Zeitpunkt so überrollt, dass Sie wirklich nicht in der Lage waren, uns die Fragen nach den Verträgen klar zu beantworten – das lässt allerdings für die Korrektheit der Vertragsverhandlungen wirklich Böses ahnen, wenn man bedenkt, wie umfangreich diese ganzen Regelungen zu der Privatisierung sind –, oder aber Sie haben die Verträge dem Parlament bewusst vorenthalten. Das wiederum wäre ein unverschämter Umgang mit dem Parlament, wenn Sie uns hier tatsächlich die ganze Zeit zum Narren gehalten hätten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Meine Damen und Herren, ich weiß gar nicht, welche Version ich schlimmer finden soll. In jedem Fall bleibt festzuhalten, dass Sie nicht mit offenen Karten gespielt haben und nicht mit offenen Karten spielen und dass nichts so gelaufen ist, wie Sie es vorher angekündigt haben.

Für das gesamte Privatisierungsverfahren muss man festhalten, dass hier wirklich eine miese Informationspolitik gefahren wurde und es sich hier keinesfalls um ein sauberes Verfahren gehandelt hat. Das werden wir uns für die Zukunft merken.

Da können Sie noch so charmant lächeln und die beleidigte Leberwurst spielen, wenn man Sie einmal kritisiert. Die demokratischen Regeln und vor allem die Rechte der Abgeordneten müssen auch Sie beachten. Mir ist wirklich nicht verständlich, warum Sie gerade bei einem so brisanten Thema nicht in der Lage sind, wenigstens in Verfahrensfragen ordentlich zu arbeiten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Leider gibt es noch zahlreiche weitere Ungereimtheiten, und zwar nicht nur formaler, sondern auch inhaltlicher Art. Wer die gesamte Diskussion über die Universitätsklinikprivatisierung verfolgt hat, weiß, dass die größte Hürde und zugleich das größte Risiko die Sicherung der Wissenschaftsfreiheit ist. Diese Frage ist für die gesamte Privatisierungsentscheidung absolut wichtig, denn die Freiheit von Forschung und Lehre ist in Gefahr, wenn die Entscheidung über die die Universität betreffenden Belange wirtschaftlichen Interessen zum Opfer fällt.

Jetzt hat der Ministerpräsident in seiner Presseerklärung zu dieser Pressekonferenz des Kabinetts anlässlich der Entscheidung für die Rhön-Kliniken AG die Einrichtung einer Stiftung zur Förderung von Forschung und Lehre verkündet. Meine Damen und Herren, natürlich begrüßen wir das. Aber auch hier versuchen Sie, die Öffentlichkeit bewusst zu täuschen. So sagt der CDU-Fraktionschef Wagner in seiner Presseerklärung von gestern, das Land würde weitere 100 Millionen € für Forschung und Lehre in die Region investieren. Diese Summe ist aber lediglich das Stiftungskapital. Davon werden lediglich – Sie haben es heute als Summe genannt – ungefähr 6 Millionen € zur Verfügung stehen.

Viel trügerischer aber macht es der Erklärungssatz zur Stiftung in der Presseerklärung des Ministerpräsidenten. Da sagt er: „Mit dieser zusätzlichen Förderung wird die Unabhängigkeit von Forschung und Lehrer dauerhaft gesichert.“ – Meine Damen und Herren, das ist wirklich dreist. Herr Koch, entweder haben Sie überhaupt nichts kapiert, oder Sie glauben, dass sich die Bevölkerung mit einer so schnell enttarnbaren Beruhigungspille täuschen lässt, denn die Freiheit von Forschung und Lehre ist eine Frage von Strukturen und nicht von Geld.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Stiftung in allen Ehren – aber mit der Sicherung der Wissenschaftsfreiheit hat diese Stiftung ganz gewiss überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Nächstes Beispiel. Die vereinbarten Investitionen müssen sich lohnen, denn die Rhön-Kliniken sind keine karitative Einrichtung, sondern sie wollen – wie jedes Privatunternehmen – Gewinn machen.

(Dr. Peter Lennert (CDU): Auch öffentliche Unternehmen!)

Das ist grundsätzlich in Ordnung, und von mir werden Sie keine Kapitalismuskritik hören. Aber sie steht natürlich unter einem immensen Kostendruck, der nicht nur durch die verbesserten Organisationsstrukturen aufgefangen werden kann, sondern der aller Wahrscheinlichkeit nach hohe Personalreduzierungen zur Folge hat. Jetzt gibt es den versprochenen Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen, und der Ministerpräsident hat gerade ganz groß die Einrichtung des Sozialfonds gefeiert. Bis zum

Jahre 2010 werden also keine Kündigungen erfolgen, sondern das Personal wird durch Fluktuation stark reduziert werden oder aber durch Abfindung, denn genau dazu dient dieser Sozialfonds. Dem Kollegen Kaufmann ist im Haushaltsausschuss etwas Interessantes aufgefallen, was sämtliche Anwaltskanzleien und Unternehmensberatungen – ganz zu schweigen von der Landesregierung – übersehen haben.

(Minister Udo Corts: Quatsch!)

Im Sozialfonds steht eindeutig, dass die Mittel des Sozialfonds nur für diejenigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vorgesehen sind, die auf den individuellen Sonderkündigungsschutz verzichten. Das geht sogar so weit, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wenn sie ihr Kind in den Betriebskindergarten geben möchten, vorher auf ihren Kündigungsschutz verzichten müssen.

(Zurufe von der CDU: Das stimmt ja gar nicht!)

Dass man das ausgerechnet „Sozialfonds“ nennt, ist wirklich sarkastisch, denn die Leute werden dazu bewegt, ihren Arbeitsplatz aufzugeben.

(Anne Oppermann (CDU): Lesen Sie bitte den gesamten Paragraphen!)

Dass die 30 Millionen € für den Sozialfonds quasi als Investition von der Landesregierung gewertet werden, das ist wirklich höhnisch,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

denn es geht hier keineswegs um irgendetwas Soziales oder irgendetwas Investives, sondern schlicht und ergreifend um die unternehmerische Abwägung, ob sich eine Abfindungszahlung an einen Mitarbeiter für das Unternehmen lohnt. Herr Corts, wenn Sie hier von Wettbewerbsvorteil gesprochen haben, die dieser Sozialfonds im Vergleich der Bieter ausmache, dann kann ich wieder nur sagen: Entweder haben Sie das ganze System nicht verstanden, oder Sie versuchen, die Öffentlichkeit mit Plattitüden hinters Licht zu führen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genauso ist es im Übrigen auch mit dieser Partikeltherapie, die Sie ebenso groß gefeiert haben. Die Investition in diese Partikeltherapie ist keine Investition im klassischen Sinne, weil genau das eine Investition ist, die sich lohnt und für die sich jederzeit Investoren finden.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Auch das Land Hessen!)

Das als Investitionssumme für das Land hinzuzurechnen, ist eine sehr billige Rechnung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier stellt sich wieder die Frage, ob Sie von dem Angebot der Rhön-Klinik so geblendet waren, dass Sie das selbst übersehen haben – das wäre meiner Ansicht nach wieder ein Beleg für Ihre Unfähigkeit – oder in diesem Spielchen eine aktive Rolle und selbst bei der Stiftung für Forschung und Lehre und bei dem Sozialfonds mit den Ängsten der Bevölkerung gespielt haben, weil Sie glauben, dass Sie mit diesem modernen Geblubber punkten können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch hier muss ich sagen: Wie Sie agieren, verstärkt das eindeutig mein Misstrauen, denn wenn man es sich genauer anschaut, gibt es zwei Möglichkeiten, warum Sie so

agieren. Einerseits könnten Sie sich sehr sicher sein, dass alles klargeht. Das ist aber unwahrscheinlich, denn Sie sind immerhin die Ersten, die ein solches Verfahren durchführen, und aus allen Ecken hört man nur, wie chaotisch und höchst unprofessionell das Verfahren gelaufen ist.

Die andere Möglichkeit ist, dass Sie den guten Willen der Beteiligten ausnutzen und Fakten schaffen sowie Zeitdruck ausüben. Sie wollen erreichen, dass jeder, der sich Ihnen in den Weg stellen könnte, das Gefühl hat, er allein hätte das Scheitern des Projekts zu verantworten. Sie haben eine Entscheidungsnot aufgebaut, die künstlich erzeugt wurde. Ich unterstelle Ihnen: Das haben Sie ganz bewusst getan.

Der Auslöser für das Scheitern zu sein, schuld zu sein, dass die Investitionen für die unterfinanzierten Kliniken nicht kommen – diese Hürde ist für die einzelnen Beteiligten sehr hoch. Genau darauf bauen Sie. Dieses Vorgehen ist allerdings meiner Ansicht nach alles andere als seriös.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt liegen die Empfehlungen des Wissenschaftsrats vor, und – Sie haben es gestern und heute gefeiert – der Wissenschaftsrat sieht tatsächlich mit den vorliegenden Regelungen einen wirkungsgleichen Mechanismus zu den von ihm in der Anhörung formulierten Anforderungen, insbesondere in Bezug auf das gleiche Mitspracherecht der Hochschule bzw. der Dekane im Vorstand. Wenn wir genauer hinsehen, sagt der Wissenschaftsrat gleichzeitig, dass die Frage, ob die jetzige Regelung im Vergleich zu der bislang vom Wissenschaftsrat empfohlenen gleichberechtigten Mitgliedschaft im Vorstand bzw. in der Geschäftsführung des Universitätsklinikums ausreicht, nur ex post beurteilt werden könne.

Der Wissenschaftsrat geht also noch weiter. Er hält weiter an seiner Empfehlung fest, dass der Dekan Mitglied in dem Klinikumsvorstand einer zwar selbstständigen, aber öffentlich-rechtlich strukturierten Anstalt sein solle. Dafür sprächen nicht nur die grundsätzlichen Unterschiede in den verschiedenen Organisationsbereichen, sondern auch der Umstand, dass sich durch das private Unternehmensinteresse die Abwägungsspielräume verschöben. Auch darauf will der Wissenschaftsrat zurückkommen, wenn erste Erfahrungen gesammelt worden sind.

Meine Damen und Herren, es besteht wirklich kein Grund, in solch wohlfeiles Gejubel auszubrechen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ihre Konstruktion des privaten Uniklinikums ist weiterhin hoch problematisch. Es wird sich zeigen, dass Sie noch einiges werden abändern müssen, bei dem Sie bis jetzt noch die Ohren auf Durchzug gestellt haben. Es gibt für den Wissenschaftsrat noch einige Punkte, die nicht zufrieden stellend gelöst sind. Daher ziehen sich Formulierungen wie: „es kann nur ex post beurteilt werden“, „es ist zu beachten“ und „zum gegenwärtigen Zeitpunkt für geeignet“, wie ein roter Faden durch die Empfehlungen des Wissenschaftsrates.

Auf Hessisch übersetzt heißt das: Schauen mer mal. – Es ist keinesfalls das Plazet für alle Regelungen, wie Sie es hier abfeiern wollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ganz im Gegenteil fordert der Wissenschaftsrat explizit eine externe Evaluation des gesamten Prozesses nach drei Jahren, die insbesondere eine Prüfung enthält, ob die Belange von Forschung und Lehre ausreichend berücksichtigt wurden. Wir halten es für dringend erforderlich – das sage ich für meine Fraktion ganz deutlich –, dass sich der Wissenschaftsrat öfter, also mindestens einmal jährlich, insbesondere über die Wahrung der Freiheit von Forschung und Lehre berichten lässt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Michael Siebel (SPD))

Meine Damen und Herren, die Wahrung der Wissenschaftsfreiheit ist wirklich ein ernst zu nehmendes Thema. Ich wünsche mir nicht, dass alle diese Risiken, die wir in der Uniklinikenprivatisierung sehen, eintreten – ganz im Gegenteil. Wir wünschen dem Universitätsklinikum Gießen und Marburg im Interesse der dort Beschäftigten, der Studierenden und natürlich auch der Patientinnen und Patienten alles Gute. Aber, um eines der anderen Risiken aufzunehmen, Investitionen müssen sich lohnen. Das haben wir am heutigen Tage öfter gehört.

Schauen wir einmal, was das Interesse des Rhön-Klinikums ist, gerade das Universitätsklinikum zu kaufen. Dann hören wir, wie es alle Spatzen von den Dächern pfeifen, dass es das Interesse der Rhön-Klinikum AG ist, weitere Krankenhäuser in Mittelhessen und in Hessen aufzukaufen. Genauso lohnt sich ihr Konzept der Portal-Klinik. Was das für Auswirkung auf die Krankenhausversorgung hat, was das langfristig für Auswirkung auf die Krankenhaussituation in Mittelhessen und in ganz Hessen hat, was das für Auswirkungen auf die kommunalen Krankenhäuser hat – all das haben Sie in Ihre Überlegungen überhaupt nicht einbezogen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich habe es oft angemahnt, und ich hätte mir gewünscht, dass die Landesregierung mit den zahlreichen Risiken, die ich hier mehrfach angesprochen habe, seriöser umgegangen wäre. Insbesondere hätte ich mir gewünscht, dass sie mit dem Problem der Krankenversorgung und mit der Auswirkung auf die Arbeitsplatzsituation seriöser umgegangen wäre. Weiterhin wünsche ich mir aber auch von der Landesregierung, dass sie gerade das Risiko einer Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit ernst nimmt. Hier sind Sie nämlich gegenüber dem Land und auch gegenüber dem Grundgesetz in der Verantwortung. Meine Damen und Herren, man muss wirklich sagen, dass Ihre Sprechblasen einem ziemlich viel Angst machen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie, wie gestern, verkünden, dass die von der Opposition im Hessischen Landtag verbreiteten Horrorszenerien gegenstandslos geworden seien, haben Sie weder bei uns noch beim Wissenschaftsrat genau hingehört. Offensichtlich haben Sie auch nicht bei dem genau hingehört, was die Vertreter der Rhön-Klinikum AG in den letzten Jahren gesagt haben.

Ich möchte Ihnen hier ein paar Zitate mit auf den Weg geben, die mich zumindest sehr nachdenklich machen und mich auch bei der Beurteilung der Frage sehr skeptisch stimmen, ob den Herren und den wenigen Damen tatsächlich an einer freien Forschung und an einer freien Lehre gelegen ist. Ich zitiere den Aufsichtsratsvorsitzenden der Rhön-Klinikum AG, Eugen Münch:

Die Freiheit von Forschung ist das vom Grundgesetz garantierte Recht, Forschung über die Grenzen allgemein gültiger Ethik hinaus zu betreiben.

In demselben Aufsatz heißt es:

Ethische Ansprüche brauchen wir erst dann, wenn die Logik der Ökonomie in ihrer Fröstigkeit zu kurz ist.

In einem anderen Aufsatz steht:

Die Frage ist: Wie muss der Kooperationspartner Universität aussehen, damit er unseren Anforderungen entsprechen kann?

Ein letztes Zitat:

Das mit dieser Analyse oft gezeigte Problem liegt darin, dass ein Klinikum unter der Führung eines privaten Trägers nie Kapital bekommen würde, wenn es sich dem Primat der Wissenschaft, wie es bisher verstanden wird, unterwirft.

Meine Damen und Herren, ich will hier wirklich keine Horrorszenarien an die Wand malen. Aber man muss die Risiken sehen und auch benennen. Das ist nicht nur die Aufgabe, die wir als Opposition haben, sondern, Herr Koch, Herr Corts, liebe Landesregierung und verehrte Kollegen von der Regierungsfraktion, es ist insbesondere Ihre Aufgabe, da Sie diejenigen sind, die die Verantwortung für das ganze Projekt tragen.

Leider haben Sie sich in dem gesamten Privatisierungsprozess alles andere als nachdenklich und umsichtig gezeigt. Im Gegenteil, Ihre Hektik und auch Ihre Arroganz haben Sie viele Fehler machen lassen. Im Interesse des Landes wünsche ich mir, dass diese Fehler Sie nicht einholen werden. Ich garantiere Ihnen, dass wir als ordentliche Opposition diesen Prozess, so, wie es unsere Aufgabe ist, weiterhin kritisch begleiten. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Vielen Dank. – Für die FDP-Fraktion hat Frau Nicola Beer das Wort.

Nicola Beer (FDP):

Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Privatisierung der Universitätsklinik Gießen und Marburg ist ein Beispiel dafür, wie man durch konstruktive Vorschläge ein wichtiges Projekt auch aus der Opposition heraus zu einem guten Ergebnis führen kann.

(Beifall bei der FDP)

So, meine Kolleginnen und Kollegen von der SPD und von den GRÜNEN, macht man richtige, nämlich erfolgreiche Oppositionspolitik: konstruktiv und nicht mit rotgrünem Schaum vor dem Mund.

(Beifall bei der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, du ahnst es nicht! Nicola, spar dir den Vortrag, setzt dich einfach wieder hin und sag: Wir sind es gewesen!)

– Herr Kollege Al-Wazir, die FDP wollte immer, dass die Privatisierung ein Erfolg wird. Daran haben wir mit den entsprechenden Vorschlägen sehr sachorientiert und konstruktiv gearbeitet.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP war an der Entstehung der Idee, überhaupt zu privatisieren, maßgeblich beteiligt; denn die Diskussion

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Jetzt waren es auf einmal alle!)

– Herr Kollege Schäfer-Gümbel, gerade Sie als Abgeordneter aus Gießen müssten das wissen – ist in der Region, insbesondere in Gießen, entstanden. Mitte 2002 wurde sie, unter anderem aufgrund des aktiven Zutuns einiger bekannter Liberaler gerade aus Mittelhessen, nach Wiesbaden getragen und hat hier Eingang in die Ideen gefunden, die letztendlich in die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten vom Dezember 2004 gemündet sind.

(Beifall bei der FDP – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ich mach das durch ein paar Telefonate in der nächsten Zeit öffentlich!)

Wir, die FDP, haben die Privatisierung von Anfang an mit befördert, da wir in einer Privatisierung des Universitätsklinikums Chancen sehen: Chancen für Mittelhessen; Chancen für die Gewährleistung einer exzellenten Krankenversorgung; Chancen auch – anders als es hier insbesondere von der SPD vorgetragen worden ist – für die Sicherung von Arbeitsplätzen gerade in der Region Mittelhessen, da nämlich das Einzugsgebiet der Klinik vergrößert wird, was die Patientenzahlen betrifft; Chancen aber auch für Forschung und Lehre in der mittelhessischen Hochschulmedizin, wenn es richtig gemacht wird.

Wenn wir einmal ehrlich sind – Herr Kollege Spies, Sie haben in Abrede gestellt, dass diese Chancen überhaupt bestehen, wenn das böse private Kapital am Werke ist –, müssen wir eingestehen, dass beide Kliniken, so, wie sie in Mittelhessen bestanden, nicht mehr hätten weiter betrieben werden können.

(Beifall bei der FDP)

Wir wären nicht nur außerstande gewesen, die Verluste aufzufangen, sondern wir wären vor allem auch nicht mehr in der Lage gewesen, diese Kliniken so zu strukturieren, dass sie zum Wohle der Patienten und im Sinne der Hochschulmedizin erfolgreich hätten betrieben werden können.

(Beifall bei der FDP – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Unsere Position war nicht, dass alles so bleiben soll, wie es ist!)

Denn dazu gehört es, Arbeitsabläufe zu optimieren und den Personaleinsatz zu verbessern, Herr Kollege Spies. Um das überhaupt zu ermöglichen, ist es notwendig, die Gebäude neu zu organisieren. Das geht weit über eine Sanierung mit einem leichten Anstrich und dem Austausch von ein paar Vorhängen hinaus.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Wir stimmen Ihnen ausdrücklich zu!)

Vielmehr geht es um eine völlig neue, den Abläufen in einem Klinikum angepasste Struktur der Gebäude, die die Voraussetzung dafür ist, um diese Kliniken dort oben überhaupt zum Wohle der Patienten, aber auch zum Wohle der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erfolgreich zu betreiben.

(Beifall bei der FDP – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Die SPD stimmt der FDP in diesem Punkt zu!)

Das Land Hessen ist aufgrund seiner finanziellen Situation nicht in der Lage, ohne einen privaten Partner die Investitionen, die innerhalb dieser kurzen Zeit notwendig sind, selbst zu tätigen und damit auch eine Krankenversorgung auf einem verbesserten Niveau zu gewährleisten. Herr Kollege Spies, daher fand ich es mehr als perfide, als Sie hier versucht haben, die notwendigen Investitionen gegen Menschlichkeit auszuspielen.

(Beifall bei der FDP)

Die Investitionen, die hier getätigt werden, dienen den Menschen. Sie dienen den Patienten genauso wie den Ärzten und Forschern vor Ort, deren Arbeitsbedingungen verbessert werden und die aufgrund dieser verbesserten Arbeitsbedingungen überhaupt erst wieder verstärkt die Möglichkeit haben, sich den Patienten ganz anders zuzuwenden.

(Beifall bei der FDP)

Alein dieser Punkt wäre ausreichend, um die Privatisierungsmaßnahme voranzutreiben. Aber es sprechen noch mehr Gründe für eine Privatisierung.

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Frau Abg. Beer, darf ich Sie fragen, ob Sie Zwischenfragen zulassen?

(Nicola Beer (FDP): Bitte!)

– Jetzt gibt es eine Zwischenfrage von Herrn Spies. Bitte sehr.

Dr. Thomas Spies (SPD):

Werte Frau Abg. Beer, halten Sie es für möglich, dass all das, was Sie uns eben beschrieben haben, auch mit einem PPP-Modell, also unter Heranziehung privaten Kapitals zur Finanzierung einer öffentlichen Einrichtung, denkbar gewesen wäre? Würden Sie mir nicht zustimmen, dass –

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Sie haben eine Frage, Herr Kollege Spies. Die Geschäftsordnung lässt es nicht zu, zwei Fragen zu stellen. Sie haben eben eine Frage gestellt. – Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Nicola Beer (FDP):

Nein, Herr Kollege Spies, ich glaube nicht, dass das Land in der Lage gewesen wäre, die entsprechenden Sicherheiten zu bieten, um die Investitionsbeträge in Millionenhöhe, die wir hier gebraucht hätten, abzusichern. Ich glaube, dass es wesentlich sinnvoller ist, die Finanzierung mit einem privaten Partner vorzunehmen, der auch in der Organisation von Kliniken erfahren ist.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Die FDP ist auch sehr froh darüber, dass es nach anfänglichen – sagen wir es positiv – Holprigkeiten im Verfahren gelungen ist, die Beratungen und auch den Inhalt der Privatisierungsvorgänge sachgerecht zu gestalten. Wir hätten es sicherlich vorgezogen – der Herr Minister weiß das –, wenn man anstelle der Fusion das Modell einer konkurrierenden Privatisierung länger und intensiver ins Auge gefasst hätte. Unserer Ansicht nach hätte es hier Chancen gegeben, die auszutesten sich gelohnt hätte. Allerdings

sind wir froh darüber, dass es uns aufgrund unserer konstruktiven Vorgehensweise gelungen ist, dafür zu sorgen, dass an erheblichen Stellen nachgebessert und damit auch das Privatisierungsprojekt verbessert wurde.

(Beifall bei der FDP)

Inhaltlich gesehen betrifft das vor allem die Absicherung der universitären Ausbildung im Hinblick auf die Absicherung des Fächerspektrums an dem Universitätsklinikum. Wir sind auch froh darüber, dass es gelungen ist, die Ausbildungskapazitäten in dem Gesetzentwurf niederzulegen.

Gleichzeitig ist auf unsere Forderung eingegangen worden, dass sich die Zustimmungsvorbehalte jeweils auf den speziellen Aufgabenkreis beschränken. Das heißt, dass das Klinikum nur dort Zustimmungsvorbehalte zugewiesen bekommt, wo durch die Entscheidungen in Forschung und Lehre auch klinische Fragen betroffen sind. Umgekehrt kann der Fachbereich – sprich: die Universität – nur dann über Zustimmungsvorbehalte auf das Klinikum einwirken, wenn es um Forschung und Lehre geht.

Darüber hinaus ist es gelungen – das war eine etwas schwierigere Geburt; das wurde zum Teil schon angesprochen –, zu erreichen, dass die Dekane der Fachbereiche Medizin in der Geschäftsführung so verankert wurden, dass gewährleistet ist, dass sie im Interesse der Forschung und Lehre von Anfang an mitwirken. Zwar haben sie nur eine beratende Stimme, aber sie haben Antragsrecht. Außerdem wurde zum Schluss auch noch die von uns geforderte aufschiebende Wirkung des Anrufungsrechts entsprechend verankert.

Das hat die Möglichkeit geboten, die Belange der Forschung und Lehre abzusichern. Damit ist die Mehrheitsfraktion dieses Hauses, die CDU-Fraktion, einer wichtigen Forderung des Wissenschaftsrats nachgekommen. Wir sind sehr froh, dass es, nachdem dies nicht im Gesetz steht, im Nachhinein gelungen ist, dies in den Verträgen abzusichern. Das umfasst auch, die Forderung nach der aufschiebenden Wirkung des Anrufungsrechts, das die Dekane haben, mit einer so genannten Ewigkeitsgarantie zu versehen, also der Garantie, dass das nur geändert werden kann, wenn das Land zustimmt.

(Beifall bei der FDP)

Letztendlich kann man auch feststellen, dass es im Verlauf der Beratungen gelungen ist, die Mitglieder der CDU davon zu überzeugen, dass die von der Verfassung geforderte Freiheit der Forschung und Lehre sowie die damit konkurrierenden Eigentumsrechte wesentliche Aspekte sind. Das hat dann auch in dem Universitätsklinikengesetz seinen Niederschlag gefunden. Die anfänglich vorhandene Überlegung, dass man dies möglicherweise auch mit dem Vertragswerk ausreichend regeln könnte, wurde, Gott sei Dank, nicht weiterverfolgt. Das erleichtert uns inhaltlich, zuzustimmen.

Der Rest, nämlich die geforderte aufschiebende Wirkung des Anrufungsrechts, wurde im Vertragswerk abgesichert. Das ist damit nicht aufhebbar, ohne dass das Land zustimmt.

Zu dem Beratungsverfahren kann man sagen, dass es sicherlich auch aufgrund der deutlich geäußerten Kritik zu Verbesserungen gekommen ist. Wir, die Mitglieder der FDP-Fraktion, haben immer darauf hingewiesen, dass wir nicht wollen, dass es zu unnötigen Verzögerungen kommt, dass aber die sachgerechte und gründliche Beratung Vorrang vor überstürzter Hektik haben muss. Selbst legten

die Mitglieder der CDU zu Anfang an den Tag. Dies erfolgte wahrscheinlich, weil man glaubte, das gegenüber der Presse dann besser als Erfolg verkaufen zu können.

Frau Kollegin Sorge, das Folgende sehe ich aber anders als Sie.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Gott sei Dank!)

Aufgrund der immer wieder erhobenen Forderungen ist die Landesregierung letztendlich auf einen Kurs eingeschwenkt, der eine ausführliche Beratung in den Ausschüssen und auch im Plenum gewährleistete. Uns, den Mitgliedern der FDP-Fraktion, hat es jedenfalls gereicht, die entsprechenden Angebote und Verträge überprüfen zu können. Im Dezember 2005 wurde noch in Abrede gestellt, dass wir dies einsehen dürften. Letztendlich war es auch diese Forderung, die bewirkte, dass wir am heutigen Tage darüber diskutieren und entscheiden, also nachdem der Wissenschaftsrat seine Entscheidung getroffen hat. Die CDU-Fraktion hatte ursprünglich eine andere Planung gehabt. Sie wollte ursprünglich diesen gesamten Vorgang noch Ende letzten Jahres durch dieses Haus pressen.

(Beifall bei der FDP)

Frau Kollegin Sorge, die Empfehlung des Wissenschaftsrats interpretiere ich ganz anders als Sie. Wenn man sich die 50 Seiten der Empfehlung genau durchliest, erkennt man, dass die Landesregierung sehr gut daran getan hat, auf die Forderungen einzugehen, die ich eben für die FDP-Fraktion noch einmal resümiert habe.

Wenn man sich nämlich einmal die Empfehlung des Wissenschaftsrats durchliest, erkennt man, dass genau das die Punkte sind – ich meine die Verankerung der Stellung der Dekane mit den entsprechenden Einwirkungsmöglichkeiten, die aufschiebende Wirkung des Anrufungsrechts, die Ausbildungskapazität und das Fächerspektrum –, die den Wissenschaftsrat letztendlich dazu veranlasst haben, zu sagen: Wir können die Empfehlung aussprechen, dass dieses Universitätsklinikum auch in materiell privatisierter Form in das Hochschulverzeichnis des Hochschulbauförderungsgesetzes aufgenommen werden soll.

Mit diesem Gütesiegel wird nicht nur ausgesagt, dass das Regelwerk aus Gesetzen und Verträgen auch nach der Privatisierung einen akademischen Betrieb auf universitärem Niveau gewährleistet. Nein, auch etwas anderes Wichtiges ist damit verbunden: Es entfällt die Gefahr, dass Mittel zurückgezahlt werden müssen, die nach dem Hochschulbauförderungsgesetz gewährt wurden. Dabei geht es um über 300 Millionen €. Ich sage: Das ist für das Land Hessen ein sehr gutes Ergebnis.

(Beifall bei der FDP)

Unserer Ansicht nach verbleibt ein Wermutstropfen. Das ist die leider Mitte letzten Jahres schon vertane Chance, aus der teuren, öffentlich-rechtlichen Alterszusatzversorgung der VBL auszusteigen und stattdessen eine sowohl für Arbeitnehmer als auch für Arbeitgeber lukrativere kapitalgedeckte private Altersversorgung zu ermöglichen. Mit der Entscheidung, anlässlich der Fusion der beiden Anstalten des öffentlichen Rechts in Gießen und Marburg eine Überleitung des Personals vorzunehmen, wurde die Weiche, leider unumkehrbar, in die falsche Richtung, nämlich in Richtung der teureren Variante, gestellt.

Wenn man sich die Verträge anguckt, erkennt man, dass die Konsequenz nunmehr ist, dass sich das Land bei der VBL für den privaten Investor verbürgen muss, um zu

verhindern, dass die VBL beim Investor die Zahlung von Risikozuschlägen einfordert. Für das Land bedeutet das, dass, wenn man wie ein ehrlicher Kaufmann bilanziert, dadurch die Passivseite der Bilanz des Landes belastet wird. Theoretisch – und hoffentlich später nicht auch praktisch – können dort Forderungen entstehen, und zwar dann, wenn es zu einer Insolvenz kommt. Das wäre vermeidbar gewesen. Aber wir konnten Sie leider nicht daran hindern, die Weiche in diese Richtung zu stellen.

Nichtsdestotrotz ist der Prozess der Privatisierung, der sich der Fusion angeschlossen hat, wegen der von Ihnen vorgenommenen Veränderungen dann positiver verlaufen. Die Privatisierung des Universitätsklinikums wurde zum richtigen Zeitpunkt angegangen. Die Chance der Privatisierung wurde zum richtigen Zeitpunkt ergriffen. Das zeigt sich meiner Ansicht nach daran, dass wir drei – ich betone: drei – wirklich gute und interessante Angebote bekommen haben.

Inzwischen hat sich die Diskussion sehr auf die Frage verschoben, wie das letztendlich von der Landesregierung ausgewählte Angebot konfiguriert ist. Wenn man sich aber einmal alle drei Angebote nebeneinander ansieht, kann man doch feststellen, dass sich alle drei Bieter sehr viel haben einfallen lassen. Sie haben auch sehr hohe Angebote gemacht, die insgesamt sehr interessant waren.

Vor allem die Tatsache, dass alle Bieter zusätzlich zur Zahlung eines Kaufpreises in der Höhe eines dreistelligen Millionen-Euro-Betrages angeboten haben, erhebliche Investitionen in Maßnahmen zu tätigen, zeigt unserer Meinung nach, dass wir mit unserer Entscheidung richtig gelegen haben. Die Tatsache, dass wir in Hessen als Erste die Herausforderung der Privatisierung eines Universitätsklinikums angegangen sind, hat zu besseren Angeboten geführt, als das bei denjenigen der Fall sein wird, die uns auf diesem Weg nachfolgen werden.

Die vom ausgesuchten Bieter zugesagten Investitionen sind beachtlich. Bis zum Jahr 2010 sollen 367 Millionen € in Baumaßnahmen investiert werden. Davon entfallen 107 Millionen € auf ein internationales Zentrum für Partikeltherapie. Das bietet die Möglichkeit, den Standort Mittelhessen erheblich zu stärken. Unserer Meinung nach bietet insbesondere dieses Zentrum die Chance, bei der Behandlung von Tumoren eine Vorreiterrolle zu übernehmen. Das wird in Zukunft Patienten weit über das bisherige Einzugsgebiet hinaus nach Mittelhessen in das Universitätsklinikum bringen. Auch dies sichert Arbeitsplätze, bietet aber auch weitere Möglichkeiten für Forschung und Lehre.

Wir sind der Auffassung, dass die 2 Millionen €, die der private Betreiber in die Forschung investieren wird, Mittelhessen und Gießen und Marburg voranbringen wird. Wir unterstützen auch die Idee der Landesregierung, den größten Teil des eingenommenen Kaufpreises, also 100 Millionen €, in eine Stiftung einzubringen, die der Forschung und der Lehre an den Standorten Gießen und Marburg zugute kommt. Mit dieser Idee wird einer Forderung der FDP-Fraktion gefolgt, der zufolge Vermögen gegen Vermögen eingesetzt werden soll.

(Beifall bei der FDP)

Damit kann auch nicht der Vorwurf erhoben werden, hier würde das Tafelsilber veräußert, um irgendwelche Haushaltslöcher zu stopfen. Nein, die Gelder, die mit dem Verkauf Erlöst wurden, fließen wieder in die Region zurück. Sie werden an beiden Standorten, also in Gießen und in Marburg, Forschung und Lehre stärken.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, so wichtig finanzielle Fragen auch sind, der entscheidende Punkt für uns, die Mitglieder der FDP-Fraktion, war, dass an dem Universitätsklinikum – wir sprechen hier von einem Universitätsklinikum und nicht von irgendeinem Krankenhaus – auch in Zukunft wissenschaftlich exzellent gearbeitet werden kann und gleichzeitig die Krankenversorgung auf höchstem Niveau sichergestellt ist.

Frau Kollegin Sorge, entgegen Ihrer Darstellung bin ich der Auffassung, dass es ganz beachtlich ist, welche Entwicklungen die einzelnen Bieter in ihren Vertragswerken genommen haben. Das betrifft gerade auch den ausgewählten Bieter. Dieser Hinweis von Ihnen ist sicherlich berechtigt. Im Laufe der Verhandlungen des letzten Jahres hat sich aber Folgendes gezeigt. Anfänglich getätigte Äußerungen von Mitgliedern der Unternehmensleitung des ausgewählten Bieters haben mich zunächst nachdenklich gestimmt. Man musste da doch sehr stark die Stirn runzeln und sich fragen, ob dieser Bieter die Besonderheiten des akademischen Betriebs wirklich richtig verstanden hat und vor allen Dingen den akademischen Betrieb auch ausreichend geschätzt hat.

Da hat es aber eine Entwicklung gegeben. Das sieht man, wenn man sich die verschiedenen Vertragsentwürfe ansieht. Die Verträge haben sich zunehmend in die Richtung entwickelt, Forschung und Lehre auf universitärem Niveau als Chance zu begreifen. Zum jetzigen Zeitpunkt wurden letztendlich die Eigenständigkeit und eine Entwicklungsperspektive zugesichert. Das wird auch die Betriebsführung des privaten Investors hinsichtlich der Krankenversorgung befruchten.

Ich halte aber auch den Weg für beachtlich, den der Wissenschaftsrat zurückgelegt hat. Man sollte sich das einmal anschauen. Anfänglich wurde im Wissenschaftsrat ablehnend oder – ich sage es jetzt einmal ganz vorsichtig – zurückhaltend über das Fusionsgesetz diskutiert. Man konnte dann aber sehen, dass der Wissenschaftsrat in den folgenden Wochen und Monaten die Chance ergriffen hat und den Prozess der Privatisierung der Universitätseinrichtungen, der damals sicherlich schon angestoßen, aber lange noch nicht beendet war, wissenschaftspolitisch zu begleiten. Ja, er hat ihn mit seinen sehr nachdrücklichen und immer wieder deutlich vorgetragenen Forderungen sogar dezidiert gestaltet.

Die Anregungen des Wissenschaftsrates waren stets sehr wertvoll, aber sie waren vor allem eines: Sie waren konstruktiv; denn sie haben versucht, das Spannungsfeld zwischen ökonomischen Erfordernissen auf der einen Seite und wissenschaftlich höchstem Anspruch auf der anderen Seite, so gut es geht, in einer praktikablen Lösung auszubalancieren. Ich glaube, wir alle sollten dem Wissenschaftsrat gemeinsam für diese Hilfe, für diese Beratung sehr dankbar sein.

(Beifall bei der FDP)

Daher kann ich nach der sehr ausführlichen und sehr abgewogenen Empfehlung des Wissenschaftsrats für die FDP-Fraktion nur sagen, dass wir überzeugt davon sind, dass in der Zusammenschau von Gesetzen und Verträgen Regelungen gefunden wurden, die den für uns zentralen Punkt der Absicherung der Freiheit von Forschung und Lehre gewährleisten. Die Stellung der Dekane des Fachbereichs Medizin ist hier ganz entscheidend. Sie sind in die Geschäftsführung so eingebunden, dass sie an den Entscheidungen mitwirken und diese nicht nur im Nachhinein in irgendeiner Weise verändern können. Vielmehr

sind sie bereits im Entstehungsprozess der Entscheidungsfindung beteiligt, sodass sie nur in einem zweiten Schritt auf das Anrufungsrecht mit Suspensiv Effekt zurückgreifen müssen, wenn sie eine ihrer Meinung nach für Forschung und Lehre nicht sachgerechte Entscheidung korrigieren wollen.

Wichtig ist uns aber auch, dass die Änderung von Fachgebieten, Änderungen von Schwerpunkten in Forschung und Lehre nur in einem Verfahren der gemeinsamen Strukturplanung zwischen Universität und Fachbereich auf der einen Seite und Klinik auf der anderen Seite möglich sind. Dies ermöglicht eine Weiterentwicklung unter Beachtung der wissenschaftlichen Erfordernisse.

Dann ist auch noch entscheidend, dass bei dieser gemeinsamen Strukturplanung letztendlich die Entscheidung darüber, welche Forschungsthemen in welchem Umfang angegangen werden, allein beim Fachbereich verbleibt. Dies ist richtig und wichtig und rechtfertigt in keiner Weise den Vorwurf des Kollegen Spies im Hinblick auf die Auftragsforschung.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und GRÜNEN, vor diesem Hintergrund ist mir Ihre Kritik, insbesondere die Kritik der Fraktion der GRÜNEN am Wissenschaftsrat, völlig unverständlich. Wurde dieses Gremium zunächst noch als hochrangiges Expertengremium gelobt und gerade aufgrund seiner Reputation als Bewertungsinstanz hochgehalten, sind Sie nun, weil der Wissenschaftsrat es sich erlaubt hat, Ihre Zweifel an dem Projekt der Privatisierung des Universitätsklinikums nicht zu teilen, bereit, mit entsprechenden Entgleisungen und Verunglimpfungen des Wissenschaftsrats zu reagieren.

(Beifall bei der FDP – Zuruf der Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Das halte ich für mehr als unangemessen.

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist wohl das Allerletzte!)

Frau Kollegin Sorge, ich glaube auch nicht, dass sich die entsprechenden Herrschaften in irgendeiner Weise einschüchtern ließen. So, wie wir Herrn Einhüpl und auch die anderen Damen und Herren erlebt haben, ist es vielmehr andersherum gelaufen, dass nämlich die beharrlichen Forderungen auf Veränderung sowohl im Hinblick auf das Gesetz als auch auf das Vertragswerk dazu geführt haben, dass die Landesregierung Veränderungen an dem ursprünglich eingeschlagenen Weg vorgenommen hat, und zwar zum Wohle und zum Erfolg der Privatisierung.

Sie können auch nicht belegen, an welchen Stellen Sie wiederum die Empfehlungen des Wissenschaftsrats wissenschaftspolitisch oder im Bereich von Forschung und Lehre anders bewerten, als dies das Expertengremium getan hat.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die Weichen sind nun auch aufgrund der konstruktiven Arbeit der FDP-Fraktion richtig gestellt,

(Beifall bei der FDP und des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU) – Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nach dem Motto: Einbildung ist auch eine Bildung! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kuscheln!)

um die bevorstehende Privatisierung zu einem Erfolg zu machen. Zum jetzigen Zeitpunkt ist das getan, was dazu notwendig war und ist. Nunmehr wird es darauf ankommen, wie die Beteiligten auf allen Seiten, sowohl Fachbereich und Universität als auch Klinikum, das Regelwerk mit Leben erfüllen und eine konstruktive Kooperation leben.

Frau Kollegin Sorge, dies bedeutet für uns aber nicht, dass wir als Abgeordnete nunmehr die Hände in den Schoß legen könnten. Unsere Verantwortung für Forschung und Lehre, aber auch für die Krankenversorgung erfordert, dass wir die Entwicklung in Mittelhessen aufmerksam beobachten, ob die gewählten Mechanismen auch wirklich die beabsichtigte Wirkung entfalten.

Frau Kollegin Sorge, ich glaube nicht, dass dies in kürzeren Abständen Sache des Wissenschaftsrats ist, sondern ich glaube, dass es unsere Verantwortung als gewählte Abgeordnete dieses Landes ist.

(Beifall bei der FDP)

Ein besonderes Augenmerk werden wir von der FDP-Fraktion dabei auf die Stellung der Dekane, die Entwicklung von Berufungen und Chefarztbestellungen, aber auch die Treffsicherheit der Trennungsrechnung legen. Für uns bleibt zu beobachten, wie sich die klinisch-theoretischen Institute, die beim Klinikum verbleiben und nicht zur Universität übertragen werden, entwickeln und – das ist ein sehr schwerwiegender Punkt – wie sich das Zusammenwirken der beiden erhaltenen Fachbereiche Medizin miteinander und gemeinsam gegenüber dem Klinikum darstellen wird. Es wird dann Ausfluss dieser Beobachtungen und der Bewertung dieser Beobachtungen sein, ob wir gegebenenfalls in einem kürzeren Zeitraum bei den Regelungen, die wir gefunden haben und die der Wissenschaftsrat jetzt als ausreichend erachtet, nachsteuern müssen.

Gleichwohl halte ich es für richtig und begrüßenswert, dass sich schon heute der Wissenschaftsrat und das Land Hessen darauf verständigt haben, in drei Jahren eine externe Evaluation durch den Wissenschaftsrat durchzuführen, um die entsprechenden Entwicklungen in den nächsten Jahren zu bewerten.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das Fazit: Der Weg ist für die Privatisierung gut vorbereitet. Den Beteiligten in Mittelhessen, sowohl im Fachbereich Medizin als auch in der Universität und im Klinikum, stehen nach dem heutigen Erkenntnisstand die Werkzeuge zur Verfügung, die sie brauchen, um die sich bietenden Chancen zu ergreifen und die Zukunft sowohl für Forschung und Lehre als auch für die Krankenversorgung und damit nicht nur für die Region Mittelhessen, sondern für Hessen insgesamt erfolgreich zu gestalten.

Wir als FDP-Fraktion wünschen alles Gute bei dem Leben-Einhauchen in dieses Regelwerk, bei der Umsetzung in die Praxis und vor allem auch das notwendige Quantchen Glück, das man jederzeit brauchen kann. Wir werden als Fraktion die Arbeit in Mittelhessen auch weiterhin begleiten und konstruktiv unterstützen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Für die CDU-Fraktion hat ihr Vorsitzender, Dr. Christean Wagner, das Wort.

Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich die Diskussion der letzten zweieinhalb Stunden zusammenfasse, kann ich mit dem Wissenschaftsminister Corts nur feststellen: Das ist wirklich ein guter Tag für Hessen.

(Beifall bei der CDU)

Es ist ein guter Tag für die Patienten. Es ist ein guter Tag für die Sicherung von Arbeitsplätzen und deshalb ein guter Tag für die Menschen in unserem Lande.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn der Landtag nach gründlicher Vorbereitung durch die Landesregierung heute die Privatisierung des mittelhessischen Klinikums beschließt, dann schafft er – das muss klar und deutlich gesagt werden – Voraussetzungen für eine bessere medizinische Versorgung in unserem Lande, für zukunftsfähige Arbeitsplätze und für eine Qualitätssicherung von Forschung und Lehre.

Ich verstehe, dass die Opposition der Landesregierung diesen Erfolg nicht gönnt. Das ist das typische Rollenverständnis in der Demokratie.

(Zuruf der Abg. Nicola Beer (FDP))

– Ich möchte ausdrücklich feststellen, dass die FDP

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Keine Opposition ist! Da haben Sie Recht!)

auf dem Weg zu dem heutigen Tag sich sehr vernünftig bewegt hat. Wir freuen uns, dass sich die FDP inzwischen unserem Projekt angeschlossen hat.

(Beifall bei der CDU)

Nicola Beer, ausdrücklich herzlichen Dank und Respekt angesichts Ihrer Ausführungen vor meiner Rede.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Nehmen Sie doch einfach eine Fraktionsgemeinschaft auf! Dann ist das Problem gelöst!)

Meine Damen und Herren von SPD und GRÜNEN, ich will Ihnen sagen: Die Geschäftsordnungsdebatte zu Beginn der heutigen Sitzung war ein Ablenkungsmanöver, das zum Schluss nach hinten losgegangen ist. Ich glaube, Sie haben damit nichts, aber auch gar nichts gewonnen. Allenfalls haben Sie verhindert, dass Frau Sarah Sorge noch im Fernsehen auftreten konnte und ihren bemerkenswerten Beitrag einer staunenden Zuschauerschaft des Landes Hessen vortragen konnte.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist schon unsere Sorge!)

Sie haben es sich selbst zuzuschreiben, dass das nicht stattgefunden hat.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was reden Sie für ein wirres Zeug?)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einige wenige Worte zur Ausgangslage verlieren. Was haben wir vorgefunden? Wir haben zunächst einmal zwei Universitätskli-

nika in unmittelbarer Nachbarschaft vorgefunden, etwa 25 km voneinander entfernt, ohne dass in den letzten Jahrzehnten eine Zusammenarbeit miteinander verabredet oder auch gar nur geplant gewesen wäre.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie, wer damals schuld war?)

– Sie haben acht Jahre, von 1991 bis 1999, regiert. Herr Kaufmann, nichts hat sich getan. Ich komme darauf noch einmal zu sprechen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Philipp der Großmütige ist daran schuld, dass es zwei Universitäten gibt!)

Es gab nichts außer einem totalen Scheitern zu der gesamten Thematik, die wir in dieser Legislaturperiode aufgearbeitet haben.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben einen erheblichen Investitionsstau in Gießen vorgefunden. Wir haben festgestellt, dass jegliche Zukunftsplanung durch die damalige rot-grüne Landesregierung in den Jahren 1993 bis 1996 eingestellt worden war. Es gab damals erhebliche Verwerfungen auch innerhalb der Koalition und heftige Spannungen mit den jeweiligen Wissenschaftsministern.

Unter der Politik von Rot-Grün war der bauliche Zustand des Universitätsklinikums in Gießen zum Teil problematisch geworden. Es gab kein abgestimmtes Konzept der Hochschulmedizin in Hessen insgesamt.

Deshalb ist die Frage berechtigt und muss heute noch einmal gestellt werden: Meine Damen und Herren, was wäre geschehen, wenn die Landesregierung nicht gehandelt hätte? Im Ranking befanden sich die Klinika der Universitäten Gießen und Marburg nicht unter den ersten 25. Nachlassende Wettbewerbsfähigkeit – 10 % der deutschen Krankenhäuser stehen in den kommenden fünf Jahren vor der Insolvenz. Das ist das Ergebnis des Rating-Reports 2006, der vor wenigen Tagen veröffentlicht worden ist. Mittelfristig wäre die medizinische Versorgung in Mittelhessen gefährdet gewesen. Darüber hinaus wären mittelfristig über 10.000 Arbeitsplätzen in Gießen und Marburg gefährdet gewesen. Die Zukunft des Universitätsklinikums Gießen, um mich vorsichtig auszudrücken, war mehr als schwierig. Marburg selbst hatte nicht die erforderliche Größe, um im nationalen und im internationalen Wettbewerb überhaupt auch nur standzuhalten.

(Axel Wintermeyer (CDU): Sehr richtig!)

Rot-Grün hat damals nicht gehandelt, obwohl sie wussten, dass es Handlungsbedarf gab.

(Axel Wintermeyer (CDU): Richtig!)

Es gab bereits damals ein Gutachten des Wissenschaftsrates aus dem Jahre 1996. Bereits im Jahre 1996 wurde zur Zusammenführung von Gießen und Marburg geraten.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung, Roland Koch hat gehandelt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha!)

Sie hat angesichts dieser von mir beschriebenen Situation entschieden. Sie hat sich für die Fusion der beiden Standorte entschieden. Sie hat sich für die Privatisierung entschieden, wie wir wissen. Die Ziele dieser beiden strategischen Schritte sind erstens Sicherung der Krankenversorgung, zweitens Sicherung der Arbeitsplätze und drittens

Sicherung einer hohen Qualität von Forschung und Lehre.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb hat der Ministerpräsident in seiner Grundsatzrede vom Dezember 2004 gefordert, erstens dass im Zusammenhang mit einer Privatisierung eine Garantie hinsichtlich der Beibehaltung der beiden Standorte gegeben werden müsse, zweitens dass es bis zum Jahre 2010 keine betriebsbedingten Kündigungen geben dürfe und drittens dass durch unseren Vertragspartner eine vertragliche Verpflichtung im Hinblick auf die notwendigen Investitionen eingegangen werden müsse.

Meine Damen und Herren, diese Bedingungen sind, wie wir alle wissen – ich brauche das nicht mehr zu wiederholen – durch die Rhön-Klinikum AG erfüllt worden. Wir haben ein optimales Angebot. Das brauche ich hier nicht mehr im Einzelnen vorzutragen.

Ich will aber am Rande noch feststellen, dass sich die Investitionszusage der Rhön-Klinikum AG auf den engen Zeitraum von fünf Jahren bezieht. Ich halte es für eindrucksvoll, dass über 360 Millionen € bis zum Jahre 2010 in Gießen und Marburg investiert werden sollen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 2012!)

– Nein, bis 2010, mit Ausnahme – –

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur 260, und nicht 360 Millionen €! Immer bei den Fakten bleiben!)

260 Millionen € – und 107 Millionen € für den Partikelbeschleuniger bis 2012, wenn Sie es ganz genau wissen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich weiß es ganz genau! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wissen es nicht! – Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, ich will am Rande sagen, dass das ein riesiger Anschlag für die Wirtschaft im mittelhessischen Raum ist, nicht nur eine Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit, nicht nur eine Verbesserung der medizinischen Versorgung, nicht nur eine Sicherung der Arbeitsplätze, sondern auch ein riesiger Anschlag für die Wirtschaft in Gießen und in Marburg.

Meine Damen und Herren, es ist bereits gesagt worden, deshalb kann ich mich kurz fassen:

(Tarek Al-Wazir und Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gute Idee!)

Es ist auch wichtig, dass die Fachbereiche Medizin der beiden Universitätsklinika Gießen und Marburg in der Person ihrer Dekane ein wichtiges Mitspracherecht haben, dass sie auch die Möglichkeit haben – das haben der Ministerpräsident und der Wissenschaftsminister bereits ausgeführt –, gegen Entscheidungen der Geschäftsführung, wenn sie nicht in ihre Interessenlage hineinpassen, vorzugehen.

Das Land bleibt in politischer Verantwortung. Sie wissen, dass das Land 5 % der Anteile hält. Sie wissen, dass wir mehr als diesem Anteil entsprechend ein erhebliches Mitsprache- und Kontrollrecht besitzen, weit über das hinaus,

was im GmbH-Gesetz geregelt ist. Ich will das hier gar nicht mehr im Einzelnen ausführen.

Meine Damen und Herren, ich komme noch einmal zu einem Punkt, der besonders umstritten diskutiert worden ist, nämlich zu der Entscheidung der Landesregierung, das Universitätsklinikum zu privatisieren.

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich will zunächst einmal feststellen: Herr Kollege Dr. Spies, was Sie hier im Hinblick auf das Verhältnis des Wertes der beiden Klinika auf der einen Seite und des Kaufpreises auf der anderen Seite vorgetragen haben, entspricht schlichtweg nicht den Tatsachen. Ich will es Ihnen im Einzelnen vorrechnen. Das sind erstens 260 Millionen € für Investitionen – das habe ich angesprochen –,

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

zweitens 107 Millionen € für den Partikelbeschleuniger – das sind 367 Millionen € –, dann 112 Millionen € Kaufpreis, 30 Millionen für den Sozialfonds. Das sind insgesamt 510 Millionen €, die Sie in Ihrer Rechnung vortragen müssen. Sie dürfen nicht 100 Millionen € zu 500 Millionen € ins Verhältnis setzen. Das ist schlichtweg inkorrekt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich will klar und deutlich sagen: Die Privatisierung folgt der Erkenntnis, dass der Staat nicht alles selbst, sondern dass Private es oft besser machen können.

(Axel Wintermeyer (CDU): Richtig!)

Damit hat Herr Spies ganz offenbar bis zum heutigen Tage erhebliche Probleme.

(Axel Wintermeyer (CDU): Sozialistisches Feindbild!)

Herr Spies hat wortwörtlich im Zusammenhang mit diesem Thema gesagt, das, was jetzt hier passiere, nämlich die Privatisierung der Universitätsklinik, sei eine Enteignung der Gesellschaft.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Richtig! – Axel Wintermeyer (CDU): Unglaublich!)

– „Richtig“. Vielen Dank, dass Sie es noch einmal bestätigen. Verehrter Herr Dr. Spies, es ist zulässig, dass es auch innerhalb der SPD Sozialisten gibt.

(Axel Wintermeyer (CDU): Träumer!)

Ich habe aber nicht gewusst, dass Sie zu diesen gehören und dass Sie ein völlig gestörtes Verhältnis zum freien Unternehmertum in unserem freien Staat, in unserer freien Marktwirtschaft haben.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

Mit sozialistischem Vokabular kommen wir nicht mehr weiter. Herr Dr. Spies, es ist bei Ihnen vielleicht vergebliche Liebesmühe, dafür zu werben, dass die sozialistischen Modelle weltweit gescheitert sind. Jedenfalls werden Sie hier mit Ihrer Ansicht, ich vermute, auch in Ihrer eigenen Partei, eine sehr solitäre Rolle spielen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wovon sprechen Sie?)

Meine Damen und Herren, ich will außerdem hinzufügen, dass die rot-grüne Bundesregierung bei einigen Projekten privatisiert hat.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wow! Oh! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Donnerwetter!)

Ich mache damit deutlich, dass Herr Spies auch in seiner eigenen Glaubensgemeinschaft offenbar eine sehr solitäre Meinung vertritt.

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Wagner, z. B. die Staatsweingüter!)

Ich will hinzufügen – das hat im Wesentlichen schon unser Ministerpräsident hier vorgetragen –: Ich finde die Sprache von Herrn Dr. Spies bemerkenswert, wenn er sagt, Gesundheit sei keine Ware.

(Zuruf der Abg. Heike Habermann (SPD))

Das ist richtig. Er bringt es aber gleichzeitig als Argument dafür, dass Gesundheitsvorsorge und -fürsorge nicht in privater Hand geschehen darf. Er spricht von Menschlichkeit. Haben Sie vergessen, dass der normal niedergelassene Arzt als Geschäftsmann auch darum bemüht sein muss, dass er mit seiner segensreichen beruflichen Tätigkeit Geld verdient? Haben Sie vergessen, dass wir Dutzende von privaten Krankenhausträgern in Deutschland haben?

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wollen Sie deren Tätigkeit etwa diffamieren? Haben Sie daran gedacht, dass in diesen privat getragenen Krankenhäusern Ärzte und Krankenschwestern arbeiten,

(Dr. Thomas Spies (SPD): Hätten Sie zugehört, wüssten Sie die Antwort, Herr Wagner!)

die mit ihrer segensreichen Arbeit auch daran denken müssen, dass sie ihren Lebensunterhalt sichern? Ich muss Ihnen sagen: Ihre Argumentation ist mehr als verquer. Es lohnt sich eigentlich gar nicht, auf sie im Einzelnen einzugehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich außerdem noch darauf hinweisen, dass im Rahmen der Anhörung namhafte Experten von der Notwendigkeit der Fusion und der Privatisierung gesprochen haben. Ich erinnere an den Präsidenten der Leibniz-Wissenschaftsgemeinschaft, Prof. Rietschel, der wörtlich sagte:

Ich halte die Maßnahme einer Überführung der mittelhessischen Universitätskliniken in die Hände eines privaten Trägers für einen ebenso mutigen wie richtigen Schritt.

Herr Medizinprofessor Dr. Nowak aus München sagt:

Angesichts der gewaltigen Veränderungen in der Hochschulmedizin ist es an der Zeit, internationalen Vorbildern zu folgen und auch im Bereich der Universitätsmedizin in Deutschland ökonomische Expertise, Initiative und Kreativität mit Forschung und Lehre auf Spitzenniveau zu verbinden.

Genau das ist der Anspruch der Regierung Koch. Genau diesem Anspruch kommen wir mit der heutigen Entscheidung im Landtag einen ganz großen Schritt näher.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich bin auch sehr froh, dass die betroffenen Universitätsklinikum unterstützen, was hier heute entschieden wird. Der Gießener Dekan, Prof. Pieper, zeigte sich sehr erfreut, zu sehen, wer unser strategischer Partner geworden ist: „Gießener Anzeiger“ vom 13. Januar 2006.

Das Präsidium der Philipps-Universität Marburg und das Dekanat des Fachbereichs Medizin begrüßen einhellig die Entscheidung der Hessischen Landesregierung, die Rhön-Klinikum AG als den zukünftigen strategischen Partner der beiden Medizinstandorte ausgewählt zu haben. Wir betonen ausdrücklich

– so die Marburger –

unsere Bereitschaft zu einer konstruktiven Partnerschaft als wesentlichem Element für den Erfolg der Privatisierung und der von allen Beteiligten angestrebten medizinischen Spitzenforschung an beiden Standorten. Präsidium und Dekanat sehen in der Entscheidung für die Rhön-Klinikum AG wesentliche Elemente verwirklicht, die für die Zukunftsfähigkeit exzellenter medizinischer Forschung und Lehre ausschlaggebend sein werden.

Meine Damen und Herren, das sagen die Spitzenvertreter der Medizin in Marburg, deren Teil Herr Dr. Spies in früheren Jahren war, bevor er eine parlamentarische Karriere begann.

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU) – Frank Gotthardt (CDU): Bei den Spitzen war er nie!)

– Nein, ich habe von den Spitzenvertretern gesprochen und davon, dass er Teil des Klinikums war, das spitzenmäßig bei dieser gesamten Thematik vertreten wird.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, na, na! Ob jemand ein guter Arzt ist, hat nichts damit zu tun, welche politische Meinung er hat!)

Meine Damen und Herren, der Wissenschaftsrat – das wissen wir bereits – hat die Privatisierung befürwortet. Wir wissen außerdem, dass das Bundeskartellamt keine Bedenken hat. Was mich jetzt wundert, ist, dass die Kollegin Sarah Sorge offenbar nicht glücklich über die Entscheidung des Wissenschaftsrates ist. Frau Sorge, habe ich nicht Sie und Ihre Fraktion in den vergangenen Monaten so verstanden, dass Sie bei der gesamten Diskussion und Entscheidung über dieses Projekt insbesondere auch das Votum des Wissenschaftsrates abgefragt wissen wollten? Sie haben es jetzt. Was sagen Sie jetzt wörtlich in einer Presseerklärung vom 28. Januar? „Als ‚zu großen Vertrauensvorschuss‘ wertet die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Beschluss des Wissenschaftsrates“ im Hinblick auf die Privatisierungspläne.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lesen kann er auch nicht richtig!)

Das ist ein objektiv arbeitendes Gremium. Sie können nicht, je nachdem, wie dieses Gremium entscheidet, sagen, es ist in Ordnung oder objektiv nicht in Ordnung.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wollten die Entscheidung treffen, ohne den Wissenschaftsrat eingebunden zu haben!)

– Wir haben den Wissenschaftsrat eingebunden, und zwar, wie Sie sehen, mit großem Erfolg.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Das mag Ihnen von den GRÜNEN nicht gefallen. – Das gesamte Projekt der Privatisierung des Universitätsklinikums Gießen und Marburg ist eine Erfolgsgeschichte. Daran kommen Sie nicht vorbei.

(Beifall bei der CDU)

Je mehr sich diese Ansicht durchsetzt, desto mehr werden auch Sie nach und nach zu dem Ergebnis kommen – wie es in der SPD-Fraktion der Fall gewesen ist –, dass dieses Projekt erfolgreich ist, und zwar für die Menschen, für die medizinische Versorgung und für die Arbeitsplätze in Mittelhessen.

Lassen Sie mich zu diesem Thema noch einige wenige Sätze verlieren. Ich dachte, dass angesichts der Presseerklärung aus der Feder von Herrn Schäfer-Gümbel auch Herr Dr. Spies inzwischen ein bisschen in seiner Denke und in seiner Beurteilung und Bewertung dieses Projekts gediehen sei. Herr Dr. Spies, Sie stehen aber immer noch dort, wo Sie vor einem halben Jahr oder vor einem Jahr gestanden haben – ohne jegliche Einsicht in das, was Fachleute Ihnen vorgetragen haben.

(Beifall bei der CDU – Petra Fuhrmann (SPD): Das ist halt ein Mensch mit Grundsätzen, im Gegensatz zu Ihnen!)

Wissen Sie, was mich in dem Zusammenhang besonders bedrückt, Herr Dr. Spies? Das ist nicht nur Ihr heutiger Auftritt, den ich in der Sache für völlig unangemessen halte, sondern mich hat bedrückt, wie Sie in der Vergangenheit bei diesem wichtigen strukturpolitischen und wissenschaftspolitischen Gesundheitsthema mit der Angst der Menschen gespielt haben, indem Sie den privaten Kliniken erhöhte Sterblichkeitsraten vorgeworfen haben.

(Zurufe von der CDU)

Damit haben Sie, Herr Dr. Spies, zum Glück nicht nur bei vielen Mitgliedern dieses Parlaments, sondern insbesondere bei den Fachleuten in Gießen und Marburg jegliche Glaubwürdigkeit verspielt. Deshalb werden Sie in der Diskussion zu diesem Thema künftig weniger gehört werden.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Wie gut, dass es Sie gibt, Herr Wagner! – Weitere Zurufe von der SPD)

Ich freue mich, dass Herr Schäfer-Gümbel sagt – ich zitiere aus der „Gießener Allgemeinen Zeitung“ –:

Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Thorsten Schäfer-Gümbel hat dazu aufgerufen, die Grundsatzdiskussion um die Privatisierung des Uniklinikums Gießen und Marburg zu beenden. Die Entscheidung, das Haus zu verkaufen, solle man jetzt akzeptieren. Die bislang bekannt gewordenen Pläne des Rhön-Klinikums hätten auf den ersten Blick überrascht, räumte Schäfer-Gümbel ein.

(Dr. Thomas Spies (SPD): „Überrascht“ ist richtig!)

Ich bin gespannt, wie die SPD-Fraktion abstimmen wird. Folgt sie Herrn Dr. Spies mit seinen spätsozialistischen Vorstellungen von vorgestern,

(Lachen bei der SPD)

oder folgt sie Herrn Schäfer-Gümbel?

(Beifall bei der CDU)

Eines lässt sich aber auf jeden Fall feststellen: Ein wirkliches Konzept hatten Sie von der SPD-Fraktion in den

letzten eineinhalb oder zwei Jahren nicht. Sie hatten es nicht zu Ihrer Regierungszeit, und Sie haben es auch nicht zu Ihrer Oppositionszeit.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Sie haben es nur noch nicht gelesen, Herr Dr. Wagner!)

Ich finde es schon bemerkenswert, wenn Herrn Dr. Spies nichts anderes einfällt, als im Rahmen einer Zwischenfrage an meine Kollegin Nicola Beer zu fragen, ob nicht auch ein PPP-Modell vernünftig gewesen wäre. Wo ist Ihr sozialdemokratisches PPP-Modell? Das hätten Sie doch der Öffentlichkeit vorstellen können. Sie hätten hier doch Alternativen vorstellen können. Das alles haben Sie von der SPD verabscheut.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, ich bin froh darüber – das sage ich auch namens der CDU-Fraktion –, dass wir die schwierige Lage der Universitätsklinik von Gießen und Marburg heute ins Positive umkehren. Ich bin froh darüber, dass mit der Annahme des Angebots der Rhön-Klinik AG Mittelhessen jetzt die besten Chancen hat, zu einer der führenden Wissens- und Gesundheitsregionen in Deutschland aufzusteigen. Das bedeutet Spitzenforschung, Spitzenversorgung für die Patientinnen und Patienten, zukunftsfähige und zukunftssichere Arbeitsplätze sowie eine finanzielle Entlastung des Landeshaushalts durch privaten Betrieb mit modernen betriebswirtschaftlichen Instrumenten.

Ich will am Ende meines Vortrags der Landesregierung ganz herzlich danken.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Weihrauch!)

– Meine Damen und Herren von der Opposition, das geht weit über den Weihrauch hinaus. Hier ist innerhalb kurzer Zeit Außergewöhnliches geleistet worden.

(Beifall bei der CDU – Dr. Thomas Spies (SPD): Segensprechung!)

Die grundsätzliche Erklärung des Ministerpräsidenten wurde im Dezember 2004 abgegeben. Das Zusammenführen der beiden Universitätsklinikum hat vor einem guten halben Jahr stattgefunden, am 01.07.2005. In diesem Monat, also Anfang 2006, wird die Privatisierung erfolgen. Das war eine Riesenarbeit – angesichts der Fähigkeiten, die es gegeben hat, angesichts der vielfältigen Beratungen mit den unterschiedlichsten Gremien, angesichts der vielen organisatorischen Maßnahmen, die geschaffen werden mussten. Ich bedanke mich ausdrücklich bei dem Herrn Wissenschaftsminister, bei der Frau Sozialministerin, bei dem Herrn Finanzminister und an der Spitze bei Herrn Ministerpräsidenten Roland Koch.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum bedanken Sie sich nicht bei sich selber? Sie waren doch auch im Kabinett!)

– Der Justizminister war leider nur am Rande an dieser gesamten Entwicklung beteiligt. Ich bedauere das sehr.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe ab November 2005 als Fraktionsvorsitzender einen kleinen Beitrag dazu leisten dürfen, dass dieses nun zu einem Erfolgsmodell werden wird.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Das wollte ich aber gar nicht sagen. Herr Ministerpräsident, ich wollte sagen, dass Sie mit großem Mut, mit großem Sachverstand und mit hoher politischer Kommunikationsbereitschaft dieses Erfolgsmodell in einer Zeit vorangetrieben haben, als es – ich darf das als Betroffener sagen – vor Ort nicht populär war, wie wir in Gießen und Marburg erleben mussten. Da hat es vor Ort kräftige Aktionen gegeben. Unter anderem hat Herr Dr. Spies mit einer PDS-Initiative gemeinsame Sache gegen dieses Projekt gemacht.

(Zurufe von der CDU)

Wir haben vor Ort durchaus Gegenwind gehabt. Das will ich einräumen.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will aber ausdrücklich feststellen: Verantwortliche Politik hat nicht nach der jeweiligen Windrichtung zu handeln, verantwortliche Politik hat nicht das für notwendig zu halten, was angeblich populär ist, sondern sie hat das populär zu machen, was notwendig ist.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lieber Roland Koch, lieber Ministerpräsident, das ist Ihnen und Ihrem Kabinett in hervorragender Weise gelungen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Schäfer-Gümbel das Wort. Sie haben fünf Minuten Redezeit.

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich noch Mitglied der römisch-katholischen Kirche wäre, Herr Dr. Wagner, dann würde ich diese Landesregierung nach Ihrer Einlassung in Rom zur Heiligsprechung vorschlagen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Demonstrativer Beifall bei der CDU)

Das war der humoristische Teil, Herr Wagner. Ich versuche, nach dem Klamauk ein bisschen Ernsthaftigkeit in die Debatte zurückzuholen.

(Zurufe von der CDU)

Ich will vorab zwei inhaltliche Anmerkungen machen. Ich bin sehr gespannt, Herr Minister, wie sich das weitere Verfahren entwickelt. Es gibt nämlich jenseits der Beschlusslage des Hessischen Landtags, des Wissenschaftsrats, des Bundeskartellamts, der VBL und anderer Stellen ein Problem, das weder Sie, Herr Corts, noch der Landtag, noch einer der eben Genannten im Griff haben, nämlich die mögliche juristische Überprüfung der Entscheidung durch die Asklepios Kliniken. Ich hätte von Ihnen erwartet, Herr Minister, dass Sie vor dem Landtag wenigstens erklären, wie Sie mit dem Risiko umgehen wollen – abschließen können Sie es nicht –, dass Sie vor europäischen Gerichten den Prozess um die Vergabeentscheidung unter Umständen verlieren. Sie produzieren nämlich ein Haftungsrisiko in Millionenhöhe.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

– Herr Gotthardt, hören Sie doch zu. Das würde vielleicht auch Ihnen helfen.

(Zurufe von der CDU)

Zweite Bemerkung.

(Zurufe von der CDU)

– Herr Gotthardt, auch Ihre Lautstärke wird nichts daran ändern, dass ich in meinen fünf Minuten Redezeit wenigstens ein paar Anmerkungen mache.

(Zurufe von der CDU)

Zur Ausgangslage. Hier wird gerade das Bild gestellt, auf der linken Seite sitzen die Betonköpfe, die überhaupt keine Veränderungsnotwendigkeiten gesehen haben,

(Demonstrativer Beifall bei der CDU und der FDP)

und auf der rechten Seite sitzt der Hort des Fortschritts.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich will Sie daran erinnern – Herr Koch, widersprechen Sie mir, wenn ich etwas Falsches sage –: Wir beide hatten am Rande der Reise nach Dänemark und in die Niederlande in Kopenhagen ein Gespräch, in dem wir sehr offen und sehr klar über die verschiedenen Probleme der Häuser gesprochen haben, über die Verwerfungen in der Region und über die Frage, wie sich die verschiedenen Probleme gegenseitig potenzieren. Mit Verlaub, Herr Gotthardt, der Prozess ist nicht nach dem Motto „Hier die Landesregierung, da die Opposition und da die Region“ gelaufen. In allen Parteien und Fraktionen sind Debatten über die Frage geführt worden, was die beste Lösung für eine anerkanntermaßen schwierige Situation ist.

(Frank Gotthardt (CDU): Herr Koch hatte Recht, und Sie hatten Unrecht!)

– Herr Gotthardt, hören Sie doch einmal zu. – Herr Leonhard, ich habe es schon gesagt: Unter Umständen mache ich mir nach dem, was heute gesagt worden ist, den Spaß und werde meine Telefonrechnung nacharbeiten, welche Telefonate ich in den 48 Stunden vor der Entscheidung des Ministerpräsidenten mit wem geführt habe. Zu der Frage, wer hier vor der Entscheidung gegen wen die Fäden gezogen hat, um das Maximum für den jeweiligen Standort herauszuholen, dazu könnte ich hier einiges beitragen. Es gab doch entsprechende Konfliktlagen. Die Marburger Seite wollte die Privatisierung unter allen Umständen verhindern, um den Standort Marburg zu sichern, während die Gießener Seite in den verschiedensten Facetten dargelegt hat, dass sie eine Privatisierung will, nachdem der Ministerpräsident gesagt hatte: „Bevor bestimmte Entscheidungen getroffen worden sind, wird nach Gießen kein Cent mehr fließen.“

In dieser Konstellation hat in einem Zeitfenster von fünf, sechs, sieben Tagen ein solcher Druck stattgefunden. Deswegen hat der Kollege Spies Recht: Es gab überhaupt keine Blaupause dazu, sondern das ist das Ergebnis eines, ich nenne es einmal so, politischen Druckprozesses, aus der Gießener Position – wir wollen die Privatisierung unter allen Umständen, aber mit Marburg wollen wir nie und nimmer – und der Marburger Position – wir übernehmen den Gießener Laden –, immer vor dem Hintergrund der schwierigen Situation, die wir in Mittelhessen haben.

Das hat im Ergebnis dazu geführt, dass der Ministerpräsident für sich entschieden hat: Ich mache einfach beides.

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Kollege, Sie müssen zum Ende kommen.

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Ich komme sofort zum Ende.

(Zurufe von der CDU)

Das war an dieser Stelle der entscheidende Punkt.

(Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Herr Gotthardt, wenn die Standorte das jetzt begrüßen, dann hat das doch damit etwas zu tun – Frau Präsidentin, das ist auch mein vorletzter Satz –,

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

dass niemand dem Konzept der Verelendungstheorie folgt und sagt, diese Veranstaltung muss jetzt volle Kanne gegen die Wand fahren. Denn alle, die wir hier sitzen, haben eine Verantwortung für die Gesamtregion, für die Patienten und die Beschäftigten, und die haben wir sehr wohl wahrgenommen.

(Zurufe von der CDU)

Wir lassen es nicht zu – –

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Das war Ihr letzter Satz.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Mein letzter Satz, Frau Präsidentin!)

– Nein, das ist er schon gewesen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin, elf Minuten!)

Bitte, kommen Sie zum Ende.

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Wir lassen es nicht zu, dass das Bild gestellt wird: Wir sind gegen die Region und die anderen dafür. – Das genaue Gegenteil ist der Fall. Das wissen Sie besser als alle anderen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Kaufmann das Wort. Herr Kaufmann, Sie haben neunminutige Redezeit.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor der Herr Kollege Wagner hier ans Pult getreten ist, hätten wir wahrscheinlich gut mit dem Austausch von Argumenten aufhören können. Aber, Herr Kollege Wagner, nachdem Sie so viele, teilweise vielleicht auch gar nicht so ernst gemeinte Dinge gesagt haben, sind einige Anmerkungen schon noch nötig. Allerdings wäre dann in

der Tat vergessen worden, die Landesregierung hinreichend zu loben, hinreichend Weihrauch zu verstreuen. Dabei meinte der Kollege Wagner, es sei nicht nur Weihrauch gewesen. – Aber, Herr Kollege Wagner, ich möchte Sie darauf hinweisen: Jedes Verstreuen oder Verschwenken von Weihrauch ist mit hohen Anteilen von Feinstaub verbunden, und insoweit wäre dieser Saal bald nicht mehr benutzbar, wenn wir Ihre Verfahrensweise immer erleben müssten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, damit die Aufregung nicht weiter steigt, will ich als Grundsatz für uns GRÜNE Folgendes festhalten.

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Wenn man sich weltweit in exzellenten Krankenhäusern umtut, steht außer Frage, dass exzellente Krankenhäuser auch privat geführt werden könnten – ebenso, wie öffentliche Hände ganz exzellente Krankenhäuser führen können, die all das, was wir uns unter einem guten Krankenhaus vorstellen, tatsächlich bringen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren: Nur privat ist gut, oder nur öffentlich ist gut – das kann nicht das Diskussionsthema sein, und ich denke, das hat auch niemand behauptet.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch, der Ministerpräsident! – Volker Hoff (CDU): Doch, der Kollege Spies!)

Herr Kollege Wagner, auf Folgendes muss ich schon eingehen: Sie haben dem Kollegen Spies den klassischen Sozialismus vorgeworfen. Ich finde, dies ist ein Vorwurf an einen Sozialdemokraten, den er ertragen kann. Sich aber anschließend zu wundern, dass er Hand in Hand mit der SED marschiert, das überrascht mich jetzt wieder.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei der CDU und der FDP)

Denn in Ihrer Perspektive, die ja in Richtung des linken Auges in der Regel etwas getrübt ist, ist das sowieso immer eines und dasselbe; denn Sie haben noch nicht verstanden, was die Ziele des demokratischen Sozialismus wirklich sind.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU und der FDP sowie des Ministerpräsidenten Roland Koch)

– Der Herr Ministerpräsident bittet darum, wenn ich ihn richtig verstanden habe, sie jetzt nicht zu erklären, schon aus Gründen der Zeit. Ich werde darauf auch verzichten.

Nein, meine Damen und Herren, ich will durchaus noch einen ersten Punkt aufgreifen. In den Debatten bis zum heutigen Tag haben wir immer wieder, auch von Herrn Staatsminister Corts, gehört, im Umgang mit dem Wissenschaftsrat sei das dialogische Verfahren praktiziert worden. Das heißt, man spricht immer miteinander.

(Volker Hoff (CDU): Das diabolische Verfahren!)

So, wie wir das erleben durften, war es über lange Zeit wohl so: Die Landesregierung sagt das eine, der Wissenschaftsrat sagt das andere, und das wiederholt man beliebig oft.

Wenn Sie jetzt so tun, als ob der Wissenschaftsrat alles abgesegnet hätte, was in diesen Verträgen steht, dann stimmt das einfach nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ganz nüchtern will ich hier auf drei Punkte hinweisen.

Das Erste ist die Strukturplanung von Fachbereichen und Klinikum. In seiner Ausarbeitung hat der Wissenschaftsrat alles schön nebeneinander gestellt – das, was seine Eckpunkte waren, und das, was daraus geworden ist. Der Eckpunkt des Wissenschaftsrats war an dieser Stelle eine gesetzliche Klarstellung, dass der Zustimmungsvorbehalt des Klinikums „nicht hinsichtlich aller Strukturentscheidungen des Fachbereichs gilt, sondern nur für das Klinikum berührende“. Herausgekommen ist dann die folgende Bewertung des Wissenschaftsrats:

Im Sinne einer Gesamtbewertung hält der Wissenschaftsrat die vom Land vorgeschlagene Lösung für vertretbar.

Meine Damen und Herren, „vertretbar“ ist nicht dasselbe wie „gut“, wirklich nicht, Herr Kollege Reif, sondern – Stichwort dialogisches Verfahren – man hat so lange Druck gemacht, bis am Ende herauskam: Wenn du jetzt nicht zustimmst, dann platzt alles. – Diese Verantwortung aber wollte keiner übernehmen.

Ein weiterer Punkt ist die Konzentration der Aufgaben der Gesellschafterversammlung. „Die Universitäten bzw. Fachbereiche sollten auch Gesellschafterstellung erhalten“, sagt der Wissenschaftsrat. Herausgekommen ist, was wir den Verträgen entnehmen konnten. Dazu schreibt der Wissenschaftsrat:

Der Wissenschaftsrat gibt zu bedenken, dass die Gesellschafterstellung der Universitäten neben der des Landes die Wahrnehmung der gemeinsamen Verantwortung der beiden Universitäten für ihr Klinikum ermöglichen würde. Er regt an,

– man höre und staune –

in der von der Gesellschafterversammlung zu erlassenden Geschäftsordnung der Geschäftsführung die Belange von Forschung und Lehre entsprechend zu berücksichtigen.

Meine Damen und Herren, das heißt doch, der Wissenschaftsrat hat nach wie vor Vorbehalte. Hier ist etwas noch nicht geregelt, denn diese Geschäftsordnung gibt es noch nicht.

Mein dritter und letzter Punkt ist die Zuordnung von überwiegend wissenschaftlich tätigen klinisch-theoretischen Instituten. Hier kommt der Wissenschaftsrat zu dem Ergebnis:

Im Rahmen einer externen Evaluation wird zu überprüfen sein, wie sich die Situation der überwiegend wissenschaftlich tätigen klinisch-theoretischen Institute, die – entgegen der Empfehlung dem Wissenschaftsrats – noch dem Klinikum angehören, entwickelt hat.

Meine Damen und Herren, vorgeschlagen war, diese Institute aus dem Klinikum herauszunehmen, um sie dem Fachbereich zuzuordnen. Sie gehören ihm noch an. Der Wissenschaftsrat sagt dazu, das muss man kritisch evaluieren, einer externen Evaluation unterziehen.

Herr Staatsminister, was Sie versucht haben hier darzustellen und was der Ministerpräsident dann noch einmal

besonders lautstark zu unterstreichen versucht hat – dass der Wissenschaftsrat geradezu über das jubelt, was Sie als Ergebnis produziert haben –, das kann man nun wahrlich nicht festhalten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insoweit bleibt eine ganze Reihe von Vorbehalten. Die Kollegin Sorge hat vorhin schon darauf hingewiesen, dass Sie nicht aus der grundsätzlichen Überlegung, privat ist immer alles pfui-bäh – das sagen wir nicht, und deswegen meine Eingangsbemerkung –, sondern wegen der Tatsache, dass diese Operation Privatisierung des Klinikums Mittelhessen nicht sauber, nicht alle Fragen abschließend klärend erfolgt ist,

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

unsere Zustimmung dazu nicht erwarten können. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Meine Damen und Herren, es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen zu diesen Tagesordnungspunkten vor. Damit sind wir am Ende dieser Debatte und treten in die Abstimmungen ein.

Zunächst rufe ich Tagesordnungspunkt 58 auf: Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Landesregierung betreffend Privatisierung des Universitätsklinikums Gießen und Marburg; Veräußerung eines Teilgeschäftsanteils in Höhe von nominal Euro 475.000 an der Universitätsklinikum Gießen und Marburg GmbH, mithin 95 % des Stammkapitals der Gesellschaft, an die Rhön-Klinikum AG mit Sitz in Bad Neustadt/Saale; hier: Zustimmung durch den Hessischen Landtag nach § 65 Abs. 7 der Landeshaushaltsordnung. Wer dieser Beschlussempfehlung, Drucks. 16/5187 zu Drucks. 16/5078, zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Damit ist diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP

(Beifall bei der CDU und der FDP)

– darf ich das zuerst sagen – gegen Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen. – Nun können Sie klatschen.

(Beifall bei der CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, dann rufe ich Tagesordnungspunkt 46 zur Abstimmung auf: Antrag der Fraktion der FDP betreffend Privatisierung der Uniklinik Gießen und Marburg, Drucks. 16/5146 neu. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Dann ist dieser Antrag ebenfalls mit den Stimmen der CDU und der FDP gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Nun rufe ich Tagesordnungspunkt 65 zur Abstimmung auf: Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend Privatisierung des Uniklinikums Gießen und Marburg sichert und stärkt die Hochschulmedizin, Drucks. 16/5182 zu Drucks. 16/4879. Wer stimmt dieser Beschlussempfehlung zu? – Wer ist da-

gegen? – Wer enthält sich? – Dann ist diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der FDP angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 66 zur Abstimmung auf: Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der FDP betreffend Privatisierung des Uniklinikums Gießen und Marburg sichert und stärkt die Hochschulmedizin, Drucks. 16/5183 zu Drucks. 16/4968. Wer stimmt dieser Beschlussempfehlung zu? – Wer stimmt dagegen? – Darf ich noch einmal fragen: War das richtig, die SPD hat zugestimmt?

(Reinhard Kahl (SPD): Ja!)

Dann haben die Fraktionen der CDU und der SPD zugestimmt, gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Reinhard Kahl (SPD): Das ist so! – Gerhard Bökel (SPD): Immer für Überraschungen gut!)

Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt 67: Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend unsinnigen Verkauf des Universitätsklinikums Gießen und Marburg stoppen, Drucks. 16/5184 zu Drucks. 16/4973. Wer stimmt dieser Beschlussempfehlung zu? – Wer stimmt dagegen? – Dafür sind die Fraktionen der CDU und der FDP, dagegen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Dann kommen wir zu Punkt 68: Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Verkauf des Universitätsklinikums Gießen und Marburg schafft Risiken für Wissenschaftsfreiheit und Krankenversorgung, Drucks. 16/5185 zu Drucks. 16/5000. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Dann ist diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen von CDU und FDP gegen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

(Frank Gotthardt (CDU): Wo ist eigentlich der Kollege Spies bei den Abstimmungen? – Gegenruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Hier, neben mir! Herr Gotthardt, sind Sie auch noch da?)

– Meine Damen und Herren, wir sind in der Abstimmung.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Haben Sie es immer noch nicht verkräftet, Herr Gotthardt?)

– Meine Damen und Herren, Sie dürfen noch länger sitzen. Wir hatten uns verabredet, dass wir das jetzt zügig machen.

Tagesordnungspunkt 69: Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der CDU betreffend Zukunftsfähigkeit des Uniklinikstandorts Gießen-Marburg ist gesichert, Drucks. 16/5186 zu Drucks. 16/5002. Dazu hat Frau Beer zur Geschäftsordnung das Wort.

Nicola Beer (FDP):

Ich bitte darum, über die einzelnen Ziffern separat abzustimmen, wobei uns ausreichen würde, über Ziffer 1 und 3 und über Ziffer 2 und 4 abzustimmen.

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Ich wiederhole es: Frau Beer beantragt, über die Ziffern 1 und 3 sowie 2 und 4 des Antrags gesondert abzustimmen.

(Reinhard Kahl (SPD): Alles kein Problem!)

Meine Damen und Herren, dann rufe ich zunächst die Ziffern 1 und 3 zur Abstimmung auf. Wer der Beschlussempfehlung zu diesen beiden Ziffern folgen will, den bitte ich um sein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Dann sind diese beiden Ziffern mit der Zustimmung der Fraktion der CDU versehen, gegen die drei anderen Fraktionen, und damit angenommen.

Ich rufe nun die Ziffern 2 und 4 auf. Wer gibt diesen Ziffern seine Zustimmung? – Wer ist dagegen? – Dann sind diese beiden Ziffern mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Meine Damen und Herren, die Beschlussempfehlungen zu diesem wichtigen Vorhaben sind in unterschiedlichen Facetten angenommen. Wir sind damit am Ende der Tagesordnung.

Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg. Alles Gute, bis zur nächsten Plenarsitzung.

(Schluss: 17.39 Uhr)